

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis halbjährlich 3.30 M., vierteljährlich 1.90 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungs-Verschiebung. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinstellung am Montag.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Seitennummern 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsinsertionen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelder und Schlusszeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 15. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Deutscher „Familiensinn“.

Professor Adolf Wagner, bekanntlich ein streng konservativer Mann, hat es mit den Agrariern verstanden, weil er deren Seite gegen die Erbschaftsteuer als das bezeichnet hat, was es ist, nämlich als „hinfallige, rein phrasenhafte Argumente“. In der Tat prüft man die Behauptung, die Erbschaftsteuer verlege das „deutsche Familiengefühl“, etwas näher, so zeigt sich, daß sie echt agrarischer Humbug ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat überhaupt keine irgendwie sachlichen Beweise vorzubringen gewußt. Sie begnügt sich mit der Redensart, daß nach „deutscher Familienauffassung“ der Besitz der Gatten, Eltern und Kinder in gewissem Sinne Gemeinschaftsbesitz, daß die Gütertrennung zwischen Ehegatten „undeutsch“ und daß der Vater nach „germanischer Auffassung“ eigentlich nur der Verwalter des Gutes für die Kinder ist. Man sieht, der Schwerpunkt dieser Ausführungen liegt in der möglichst häufigen Wiederholung der Worte „deutsch“ und „germanisch“, denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Mag nämlich der Vater immerhin „nach germanischer Auffassung“ nur der Sachwalter des Gutes für die Kinder sein, so ist darum doch immer nicht abzusehen, weshalb es „undeutsch“ sein soll, daß die Kinder beim Tode des Vaters eine Abgabe von ihrem Gut zahlen. Phrasen nichts als Phrasen.

Inzwischen hat jedoch ein anderes Blatt es unternommen, den agrarischen Bedenken gegen die Erbschaftsteuer so etwas wie eine sachliche Begründung zu geben. Und die zeigt den „deutschen Familiensinn“ der agrarischen Herrschaften in seinem vollen Glanze. Der „Westfälische Merkur“ legt in einem längeren Artikel dar, daß der bäuerliche Besitz an und für sich schon durch das jetzt geltende Erbrecht gefährdet sei. Er schreibt:

„Der Tag, an dem der Bauer stirbt, bedeutet heute für den Hof einen kritischen Tag erster Ordnung. Die älteren bäuerlichen Rechte liegen die Substanz des Hofes im Vererbungsfalle intact zugunsten des Aneiders; die Ritterben wurden hinsichtlich ihrer Stundessche in der Hauptsache auf die angesammelten Früchte verwiesen...“

... Seitdem nach Aufhebung dieser deutschrechtlichen Normen der Bauernstand unter den römischen Pflichtenzwang des geltenden bürgerlichen Rechts gestellt wurde, ist die Zeit der Unvergleichlichkeit der Höfe vorüber. Heute ergreift jeder Vererbungsfalle die Substanz, indem die Ritterben vom Hofe selbst ihr Erbe erblich lösen. Da eine Teilung in naturali mit der bäuerlichen Betriebsform unvereinbar ist, so vollzieht sich der Erbvergang in der Regel so, daß der Aneide auf den Hof Schulden aufnimmt, und mit dem geliehenen Gelde die Anteile seiner Geschwister auszahlt. Das geltende Erbrecht bedeutet also für den Bauernstand einen gesetzlichen Zwang zur Verschuldung. Ein solcher Zwang würde ein seines Zweckes willen gewiß gerechtfertigt sein, vorausgesetzt, daß die Verschuldungshöhe selbst bei einer zahlreicheren Familie nicht eine Summe übersteige, die der Hof normalerweise im Laufe einer Generation wieder erlegen kann; andernfalls würde der nächste Erbfall den Hof unter ungünstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen treffen, der zweitnächste unter noch ungünstigeren, und damit wäre das Schicksal des Hofes für die Zukunft besiegelt. Tatsächlich aber bedingen beispielsweise die gesetzlichen Pflichtteilsquoten des Preussischen Landrechts für einen Hof im gemeinen Werte von 45 000 M. bei fünf Kindern eine Schuldenlast von 24 000 M. ...“

Es wird dann weiter geschildert, daß die preussische Regierung im Laufe des vorigen Jahrhunderts wiederholt — zuletzt noch 1868 — durch Besetze versucht hat, dieser Gefahr der Auflösung bäuerlichen Besitzes zu steuern; aber viel habe das nicht geholfen:

„Auch heute noch muß in den meisten Erbfällen der Hof zugunsten der Ritterben bis nahe an die Hälfte seines Ertragswertes verschuldet werden; auch heute noch sind die meisten ländlichen Grundbesitzer kaum in der Lage, ihre Erbverluste im Laufe einer Generation annähernd wieder zu ergänzen; auch heute noch bedeutet daher der Tod des Besitzers eine Krise, in welcher die Zukunft der Familie auf der väterlichen Scholle oft auf des Meeres Sande steht.“

Dies sei der Grund, weshalb die bäuerliche Bevölkerung sich gegen eine Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten sträube:

„Und es sind wahrlich nicht die schlechtesten Instinkte unserer Bauern, die gegen die neue Schlinge sich aufbäumen; es ist der Familiensinn, es ist die Pietät vor den vergangenen Generationen und die Hoffnung auf das heranwachsende Geschlecht, es ist das Heimatgefühl und die Liebe zur erterbten Scholle, es ist, kurz gesagt, gerade die Gesinnung, die den Bauernstand zu einem so eminent nationalen Faktor macht, die in ihren Tiefen erschütterter und verletzt wird durch die Befolgung, insofern staatlicher Steuerpolitik demselben aus dem Erbe der Väter verjagt zu werden.“ ...“

Diese Darstellung ist ja geeignet, mitleidige Gefühle zu erwecken und gegen eine Steuer, die man nicht bezahlen will, Stimmung zu machen. Aber wer seinen Verstand zu Hilfe nimmt, muß doch selbst bei oberflächlicher Prüfung schnell herausfinden, daß die rührselige Geschichte eigentlich mit der Erbschaftsteuer gar nichts zu tun hat. Mag es nun wahr sein oder nicht, daß der mittlere bäuerliche Besitz

durch die Notwendigkeit, auch für die jüngeren Kinder zu sorgen, zugrunde gerichtet wird — auf alle Fälle bleibt es wahrlich ganz gleichgültig, ob der Erbe nach Abfindung seiner Geschwister von dem, was ihm verbleibt, noch eine kleine Abgabe zahlt, denn die wird ihn sicher nicht ruinieren und ändert nichts an den erhaltenen oder zerstörenden Tendenzen des Erbrechts. Dagegen ist es höchst bezeichnend, wie die ländlichen Besitzer, die seit Jahren aus dem Zoll- und Steuerwesen des Reiches auf Kosten der übrigen Bevölkerung große Vorteile ziehen, sich sträuben, auch ihrerseits einmal eine Last auf sich zu nehmen.

Jegend etwas Verweiskräftiges für oder gegen die Erbschaftsteuer kann also die Darstellung des „Westfälischen Merkur“ nicht beibringen. Statt dessen aber wirft sie, wie schon bemerkt, ein höchst bezeichnendes Licht auf das, was man im agrarischen Jargon „Familiensinn“ nennt. Man überlege nur: der „Westf. Merkur“ bedauert, daß nach heutigem Recht der älteste Sohn des Bauern den Hof nicht allein erbt, sondern daß die übrigen Kinder Anrecht auf ihr Pflichtteil haben. Dadurch, so doktriert er, ist die „Zukunft der Familie“ gefährdet. Ja, was verstehen diese Herren denn eigentlich unter „Familie“? Gehören da die jüngeren Kinder nicht mit dazu, sondern nur die ältesten Söhne? Wo bleibt das „Heimatgefühl“, wo die „Liebe zur erterbten Scholle“, wenn die meisten Kinder des Bauern von der Scholle vertrieben werden? Man sieht für die agrarischen Hirne rechnen als vollgültige Menschen nur die ältesten Söhne. Denn so steht doch die Frage: soll der Älteste allein erben und die anderen Kinder mit einer mehr oder minder geringen Abfindung in die Besitzlosigkeit, ins Proletariat hinausgestoßen werden, oder sollen alle Kinder zu gleichen Teilen erben, wobei Aufteilung des Hofes, sei es in natura, sei es dem Werte nach unausbleiblich ist?

Es handelt sich hier um ein Problem, das keineswegs neu ist. Schon im Altertum sind ganze Völker zugrunde gegangen, weil sie es nicht zu lösen vermochten. Entweder dem ältesten Sohn allein blieb der Besitz vorbehalten — dann versank die weitaus größte Masse der Bevölkerung in bitterster Armut; oder der Besitz wurde unter alle Kinder verteilt — dann war er nach ein paar Generationen so zersplittert, daß niemand mehr sich von ihm ernähren konnte.

Heute hat das Problem für die Gesamtmasse des Volkes nicht mehr dieselbe Bedeutung wie ehemals, weil wir heute nicht mehr so ausschließlich wie in früheren Zeiten auf die landwirtschaftliche Produktion angewiesen sind. Aber für die ländlichen Grundbesitzer besteht es allerdings noch in seiner ganzen Schärfe fort. Und da hat es zu jenem kalten, grausamen Egoismus geführt, der selbst die nächsten Anbertwandten nicht schon und im Namen des „deutschen Familiensinns“ verlangt, daß die eigenen Brüder und Schwestern vom Besitz der Familie verjagt und in die Besitzlosigkeit hinausgestoßen werden!

Man erkennt aber nun leicht, daß das Problem in einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft überhaupt nicht gelöst werden kann. Hier gibt es in der Tat nur die grausame Wahl, ob durch Aufteilung des Erbes alle, oder durch Ausschließung der jüngeren Kinder der größte Teil der Nachkommen zugrunde gerichtet werden soll. Erst die Enteignung des Grundbesitzes, die kommunistische Produktion kann diesen Schaden heilen.

Unsere Heerichau.

Der erste Tag.

Rürnberg, 14. September.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Besichtigung des Parteitages, der heute um 9 Uhr im „Belodrom“ eröffnet wurde, ist anscheinend stärker, als auf allen früheren Tagungen.

Die Delegierten nehmen die Hälfte des geräumigen Saales ein, die andere Hälfte ist durch Zuhörer dicht besetzt. Leider läßt die Akustik viel zu wünschen übrig.

Nach der Wahl des Bureau richteten die ausländischen Delegierten, für England Duclach und Sanders, für Belgien Huhmans, für Österreich Winarski und für den Jüdischen Arbeiterbund in Rußland Schönberg Begrüßungsansprachen. Den Grundton aller dieser Reden bildete die Betonung der Friedensliebe des Proletariates aller Länder und das Gelöbnis, den Kampf gegen die frivole Völkerverhetzung durch kapitalistische Interessentengruppen künftig mit größter Energie weiterzuführen.

Darauf erhalteten Parteivorstand und Kontrollkommission ihre Berichte. Parteisekretär Müller schilderte in großen Zügen die politischen Kämpfe des letzten Jahres und die Maßnahmen, die von der Partei zur Abwehr der ungeheuren gesteigerten Agitation der Gegner getroffen wurden. In Sachen der Jugendorganisation habe sich kein Parteitag auf eine bestimmte Form festgelegt. Die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen wollten keineswegs die politisch-proletarische Aufklärung ersetzen, vielmehr beabsichtige man, die jungen Leute aller Berufe einheitlich zusammenzufassen und in unpolitischen Bildungsvereinen. Selbständige und Selbstverwaltung sollten nicht getroffen werden, nur mühten Personen von Talent und pädagogischem Talent die Veräter bilden. Nur gegen autonome Jugendorganisationen sei man, und nur gemeinsam mit den Gewerkschaften könnte die Partei das große Werk vollenden.

Genosse Ebert gibt eine Darstellung der Bemühungen des Parteivorstandes in Sachen der Lokalfisten. 5000 Mitglieder seien übergetreten, der Rest bekämpft in perfider Weise Partei und Gewerkschaften und kann nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden.

Genosse Schulz legt den Grundriß der Tätigkeit der Partei- und des Bildungsausschusses dar. Er wendet sich dann unter lebhaftem Beifall gegen einen Artikel Marenbrechers in der „Frankl. Tagespost“, der über den Charakter der proletarischen Massenaufklärung die wunderbarsten Ansichten entwickelt und meint, daß die materialistische Geschichtskennntnis den Massen Schaden würde, weil sie zur Indolenz verleiten könne. Das sei, so fährt Schulz aus, eine ganz unsozialistische Ansicht. Wenn sich die Arbeiterschaft schon vor 40 Jahren auf dem Nürnberger Vereinstag gegen diese bürgerliche Art der Bildungsduselei und Leithammelerei gewendet habe, so werde sie heute erst recht nichts von solcher Methode wissen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Eisner verteidigt zweimal die Auffassung Marenbrechers. Nicht zwecklos sei die theoretische Schulung der Massen, wohl aber unmodern, gebe es doch verbiente Führer in der Partei, die sich scheuten, über die Mehrwerttheorie zu sprechen. Der Masse mühten erst Elementarkenntnisse, das Stoffliche beigebracht werden. Die Partei- und die Parteischule könne leicht Schüler zur Annahme verleiten, auch ein halbjähriger Kursus könne keine geeigneten Lehrer für die Massen erzeugen.

Gegen Eisner wendet sich scharf Genossin Rosa Luxemburg. Die Kritik an der Partei- und Parteischule sei berechtigt und notwendig, Eisners Kritik sei jedoch die Karikatur einer Kritik. Eigentümlich sei es mit seiner beteuerten Ehrfurcht vor der Theorie bestellt, aus lauter Ehrfurcht wolle er die Massen vor Erkenntnis theoretischer Auffassung überhaupt bewahren. Die Nürnberger Methode sei vollends der Nürnberger Trichter. Der einzige Marenbrecher solle über alle Gegenstände dozieren! (Stürmischer Beifall.) Auch Clara Zetkin polemisiert unter lebhaftester Zustimmung gegen Eisner und Marenbrecher, der durch seine unsozialistischen Ansätze in der nationalsozialistischen „Hilfe“, die Partei kompromittiere.

Noch eine ganze Reihe anderer Redner spricht gegen Eisner, der merkwürdigerweise keinerlei Unterstützung findet, obwohl ihm außer einem Teil des Auditoriums auch eine Anzahl Delegierter Beifall spendete. Schließlich wird die Debatte geschlossen und eine die Tätigkeit der Partei- und Parteischule anerkennende Resolution mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Sämtliche 362 Mandate wurden von der Mandatprüfungskommission und im Plenum ohne Debatte anerkannt!

Der Nottinghamer Trade-Unions-Kongreß.

London, 12. Sept. (Fig. Ver.)

Heute hielt der 41. Jahreskongreß der britischen Trade-Unions in Nottingham seine Schlußsitzung ab, so daß es nunmehr möglich ist, ein Gesamturteil über seine Beratungen zu fällen. Der Kongreß zeigte einen Fortschritt in der sozialistischen Erkenntnis, wenn auch noch eine vollständige Abkehr vom politischen und ökonomischen Denken der Bourgeoisie nicht bezeichnet werden kann. Die Gewerkschaften befinden sich in einer Uebergangszeit von der liberalen zur sozialistischen Weltanschauung. Der Uebergang würde sich rascher vollziehen, wenn die theoretische Bildung der sozialistischen Elemente der Trade-Unions eine bessere wäre. Und daran fehlt es nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen. Dafür aber ist das praktische Leben Englands hochentwickelt und zwingt zur Ergreifung von Maßregeln, die dem herrschenden Denken weit voraus sind. Die Entwidlung vollzieht sich noch unbewußt.

Zwisch für diesen Gang der Dinge war die Eröffnungssrede Schackletons, die vom ganzen Parlamentarischen Komitee des Kongresses, das heißt von den Vertrauensmännern der britischen Gewerkschaften abgefaßt war. Die Betonung der sozialpolitischen Maßregeln der liberalen Regierung; die Hervorhebung ihrer Schwächen; das Vertrauen zur Regierung, Arbeiterfragen international zu regeln; die scharfe Kritik der Haltung der Regierung gegenüber Arbeitslosigkeit und der Tadel gegen die liberalen Arbeiterabgeordneten Waddison und Vibian; der Glaube an die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, schließlich der Appell an die internationale Solidarität der Arbeiter, — das alles ist ein Gemisch von liberalen Traditionen und sozialistischen Empfindungen. Die Rede gab ein richtiges Bild von der geistigen Verfassung der Arbeitermassen des Vereinigten Königreiches. Etwas Ähnliches würde herauströmen, wenn die verschiedenen Gewerkschaftsverbände Deutschlands sich zu einem gemeinschaftlichen Kongreß versammelten. In rein praktischen sozialpolitischen Fragen würden sie wahrscheinlich zusammengehen, aber bei der Begründung und Schärfe der Fassung der sozialpolitischen Forderungen würden sich die Unterschiede bemerkbar machen. Nur in einem Punkte steht der britische Gewerkschaftskongreß einheitlicher da als ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß stehen würde: in der Frage der Verweltlichung der Schule. Der Nottinghamer Kongreß nahm gegen eine verschwindende Minorität katholischer Arbeiter eine Resolution an, die die Trennung zwischen Kirche und Schule verlangt, wobei von allen Rednern betont wurde, daß die Resolution von dem Standpunkt ausgehe, daß Religion Privatsache sei, in die sich der Staat nicht mischen dürfe. Diese Ansicht wird in England von vielen frommen Christen geteilt.

Dem liberal-sozialistischen Charakter des Kongresses entsprach es auch, daß eine Mehrheit dafür stimmte, die Regierung zu ersuchen,

Staatszuschüsse zu den Arbeitslosenfonds der Gewerkschaften zu gewähren, während eine andere Mehrheit eine Resolution ablehnte, die der Regierung den Dank für das Alterspensionsgesetz aussprechen wollte. Die Debatte über letztere Resolution kulminierte in der Rede des Delegierten der Briefträger, Stuart, der erklärte: „... Die Regierung hat dies Zeugnis nicht verdient, den Dank verdienen die Arbeiter, die der Regierung diese Konzession abgerungen haben, da sie stark genug waren, die Regierung zur Einbringung dieser Vorlage zu zwingen.“

Erwähnt zu werden verdient auch die Debatte über die Resolution betreffend Einrichtung von obligatorischen Schiedsgerichten für gewerbliche Streitigkeiten. Die Befürworter der Resolution wiesen auf die Tatsache hin, daß in den letzten 10 Jahren nicht einmal ein Drittel der Streiks erfolgreich war. Die Gegner der Resolution sahen in ihr eine Bankrotterklärung des Gewerkschaftswesens. Die Resolution wurde mit 1099 000 Stimmen gegen 645 000 verworfen. Die Minderheit ist indes größer als in früheren Jahren.

Im übrigen wurden alle sozialpolitischen und demokratischen Resolutionen, wie Achtstundentag, Ausbau der bestehenden Schutzgesetze, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, Zahlung von Wahlkosten und Diäten, Bergesellschaftung der Eisenbahnen und Minen einstimmig angenommen.

Die Krise in Dänemark.

Kopenhagen, 13. September. (Fig. Ver.)

Bis zuletzt hat das dänische Ministerium geglaubt, die Schande Albertis überleben zu können, obwohl doch Christensen in der kurzen Zeit, die er als Finanzminister fungierte, seinem Freunde und Kollegen von der Justiz, dem größten Betrüger des Landes, noch ein Darlehen aus der Staatskasse von 1 1/2 Millionen zustehen hatte lassen. Aber am Sonntagabend nahm die Regierung Christensens plötzlich ein Ende; dazu bedurfte es aber des Eingreifens des Königs, ein Vorgang, der in wirklich konstitutionell und parlamentarisch regierten Ländern nicht gewöhnlich ist. Der Minister des Innern, der konservative Lehngraf Rabe-Debehau hatte, nicht wie üblich durch den Chef des Ministeriums, sondern direkt vom König seinen Abschied verlangt. Da wurde Christensen zum König gerufen, und das Ergebnis der Beratungen über die Lage war, daß das ganze Ministerium gehen mußte.

Das Ministerium Christensens ist am 13. Januar 1905 ins Leben getreten. Man hatte sich zu der damaligen Ministerkrise eine Zeit ausgewählt, in der der Reichstag Ferien hatte. Das Ministerium Deunger, das erste der Linken partei, war besonders wegen seines militärischen Kriegsministers Madsen wieder einmal von den Sozialdemokraten arg in die Enge getrieben worden. Madsen, früher auch als Kanonengenieur der Firma Krupp tätig, suchte hinter dem Rücken und gegen den Willen des Folketings die Befestigung Kopenhagens auszubauen und hatte sich namentlich die vor dem Hafen liegende Insel Saltholm dazu auserkoren. Er verwandte zu seiner Festungsbauerei Erparnisse, die er bei anderen Posten seines Budgets machte. Er durfte dergleichen nicht tun, denn der Reichstag hatte ja beschlossen, wo für die Gelder seines Ressorts verwandt werden sollten und was mit den Festungswerken in Zukunft geschehen sollte, das war eine der Hauptfragen, die der vom Parlament eingesetzten Landesverteidigungskommission zur Beratung vorlagen. Nachdem unsere Genossen den Kriegsminister auf seinem Schleichweg ertrappelt hatten, war sein Verbleiben im Amte unmöglich geworden. Aber die starken Männer der Regierung, der Justizminister Alberti und Christensen, damals Kultusminister, brachten es dahin, daß nicht nur Madsen, sondern auch der Marineminister Jöhnke, der ein Gegner der Festungsbauten war, gehen mußte und ebenso der Ministerpräsident Professor Deunger und der Finanzminister Hage.

Der ehemalige Volksschullehrer Christensen wurde nun Chef des neuen Ministeriums und zugleich Kriegs- und Marineminister. Auch im übrigen fand man nicht für alle ledigen Posten die „zuverlässigen“ Männer in der Linken partei, so daß man den Minister des Innern aus den Reihen der Konservativen holte.

Christensen war als Folkethingmann Vertreter der alten antimilitärischen Anschauungen seiner Partei. Noch in einer Militärsdebatte des Jahres 1899 sagte er: „Wir können unsere Neutralität nicht verteidigen durch Waffengewalt, und wir müssen uns klar machen, daß wir das nicht können.“

Und als im Jahre 1901 der berühmte „Systemwechsel“ erfolgt war, da waren es die Männer vom ersten Linkenministerium, die in radikalsten Worten von der politischen Zukunft sprachen. Zunächst sollten nun die großen Programmforderungen der Partei: das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Schleifung der Befestigung Kopenhagens und Herabsetzung der Militärausgaben, durchgeführt werden. Was in dieser Hinsicht unter Deunger, der wohl ehrlich liberal gesinnt, aber schwach war, geschehen war, war weniger als null, denn die Militärausgaben stiegen. Unter Christensen wurde wohl das Gemeindevahlrecht verbessert, auch für die Frauen eingeführt, aber keineswegs wirklich demokratisch gestaltet. Zudem wurden unter dem Druck der sozialdemokratischen Agitation eine Reihe anderer Reformen durchgeführt oder trotz aller Bemühungen unserer Genossen verepsucht. So die Reform des Gerichtswesens, die die Unterschrift des Millionendiebes Alberti

trägt und in vielen Punkten ein Produkt der politischen Fälschungen dieses erfolglosen Justizministers ist.

Während der Ministerkrise von 1905 wurde Christensen von seinen Wählern über seine Stellung zur Herabsetzung der Militärausgaben und der Schleifung der Festungswerke befragt. Er antwortete: „Die Festung ist eine Tatsache, um die wir nicht herum kommen, und in Zukunft will ich darüber keine Unannehmlichkeiten mehr hören.“ Als er dann am 17. Januar als neugeborener Ministerpräsident und Verteidigungsminister im Folkething seine Programmrede hielt, sagte er, daß seine Absicht auf wesentlich Herabsetzung der Militärausgaben vorhanden sei. Seine Parteifreunde in der „Verteidigungskommission“ des Reichstages haben in diesem Sinne eine starke Erhöhung der Militärausgaben vorbereitet. Seine Partei ist bereit, auch in dieser Hinsicht die alten guten Grundsätze zu verraten, aber ihm selbst ist es nicht vergönnt, als Minister dieses neue militärische Programm der „Linken partei“ durchzuführen. Ob er in Zukunft als Folkethingmann dafür wirken können, ist noch sehr fraglich. Er soll in enger finanzieller Verbindung mit Alberti gestanden haben, in Geldangelegenheiten von diesem Schwindler abhängig gewesen sein. Seine näheren Parteifreunde haben sogar früher einmal einige tausend Kronen für ihn gesammelt, um ihn unabhängig von Alberti zu machen. Er hat die Gabe zurückgewiesen, weil er ihrer nicht bedürfe. Man glaubte ihm damals. Nun denken viele wieder anders über die Sache.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September 1905.

Strandgepländer.

Fürst Bälou genießt noch seine Ferien in Rorderney. Zu den Gemüthen gehört auch offenbar, daß der Fürst sich von Zeit zu Zeit über Weltpolitik reden hört, und da der deutsche Reichstag für gewöhnlich nicht versammelt ist, so befreitigt der Kanzler dies harmlose Bedürfnis in Interviews, natürlich mit auswärtigen Journalisten. Ein eigentümlicher Vorgang treibt ihn, sich dazu just die Vertreter der reaktionärsten und deutschfeindlichsten Blätter auszusuchen. Vor einiger Zeit war's ein Herr von der „Kowaja Wremja“, diesmal ein Vertreter des „Standard“. Offenbar versucht Fürst Bälou die Wirkung seiner Liebenswürdigkeit an den internationalen Gegensätzen, nachdem es ihm in Deutschland selbst so gut gelungen, durch bloße Liebenswürdigkeit die Gegensätze zum Schweigen zu bringen und die freisinnige Opposition in seine getreueste Garde zu wandeln.

Sechs Spalten füllt das Interblew im „Standard“, eine lange Polemik gegen die englischen Chauvinisten und ihre Hejereien. Da der Kanzler außerdem sprach, finden sich auch ein paar sehr vernünftige Aeußerungen.

So erklärte Bälou, das Publikum schreibe den Aeußerungen hoher Persönlichkeiten viel zu viel Bedeutung zu, ohne zu wissen, unter welchen Umständen und in welcher Gemüthsstimmung die Worte der hohen Persönlichkeit gefallen sind. Die Mißverständnisse, die so entstehen, seien eine der größten Gefahren der heutigen Zeit.

Das ist eine Ansicht, die wir teilen, wir meinen wir, daß Fürst Bälou als providentieller Staatsmann das Publikum vor einer Anzahl solcher Aeußerungen eigentlich hätte beschützen müssen. Mit Recht warnte Bälou auch das englische Publikum, den Auslassungen gewisser Professoren, die angebliche höfliche und sonstige Verbindungen hätten, zuviel Bedeutung beizulegen, und von gutem Geschmaack zeugt auch seine Versicherung, er lese die Auslassungen des Professors Schiemann höchstens einmal in sechs Monaten.

Nach einer ausführlichen Widerlegung aller Deutschland zugeschriebenen kriegerischen Pläne folgte dann der Schlussallord nach dem jetzt üblich gewordenen Schema: Deutschland wolle den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis, sondern einen „Frieden in Ehren“, eine etwas verkaufte Versicherung, die gewöhnlich keinen besonderen Erfolg hat und auch diesmal nicht viel genützt hat. Der „Standard“ bespricht in einem Leitartikel die neue Leistung sehr unwirsch und so wird es schon notwendig, den Absichten des Fürsten Bälou, das englische Volk von dem festen Willen des deutschen Volkes, den Frieden und die Eintracht in Europa unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, mit zweckmäßigeren Mitteln zu überzeugen. Es trifft sich sehr günstig, daß in Berlin am 20. September die große Versammlung stattfinden wird, in der die Vertreter der deutschen und der englischen Arbeiter ihre unverbrüchliche Solidarität bekunden werden. Wir wissen im voraus, daß diese Kundgebung nicht auf solche Harthörigkeit stoßen wird wie die Aeußerungen des deutschen Kanzlers bei der Redaktion des englischen konservativen Blattes.

Die Verfassungsfrage in Mecklenburg.

Wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, wird der außerordentliche Verfassungskonvent, der bekanntlich wieder am 12. Oktober in Schwedt zusammentritt, nur von sehr kurzer Dauer sein. Das Gros der Ritterschaft sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Regierungsvorlage glatt abzulehnen sei. Man wird es auch nicht für nötig halten, seine Ablehnung in einer milderen Form

vorzubringen, da die Regierung ihrerseits es nicht für nötig gehalten habe, auch nur durch die kleinste Aenderung der Vorlage zu zeigen, daß sie zu einem Entgegenkommen bereit sein könnte. Die Herren geben sich auch gar nicht mehr die Mühe, diesen ihren Entschluß geheimzuhalten, denn es ist Anordnung gegeben, daß bereits zum 14. Oktober, also zwei Tage nach Eröffnung des Landtages, die Sitzungszimmer des Engeren Ausschusses im Ständehaus zu Klostod hergerichtet werden sollen.

Das mecklenburg-schwedische Ministerium will, wie der Gewächsmann des Frankfurter Blattes weiter mitteilt, die Verfassungsfrage, falls die Ritterschaft alle Vorschläge ohne weiteres ablehnt, vor das Forum des Bundesrats bringen. Im Grunde genommen, ist es besser, die alten mecklenburgischen Verfassungszustände bleiben vorläufig — allzu lange kann eine wirkliche Reform doch nicht mehr hinausgeschoben werden — noch bestehen, als daß der vom Ministerium ausgebrütete widerliche Wechselbalg Gesetz wird, denn an der Herrschaft des feudalen Junkertums wird durch diese sogenannte Verfassungsreform nichts geändert. Es werden dadurch lediglich die Einkünfte des Großherzogs enorm vermehrt; ein Teil des heutigen Landesvermögens zu „Krongut“ gestempelt; die Machtstellung des Ministeriums vergrößert und in weiterer Folge der Bevölkerung neue Steuerlasten aufgebürdet. Einen anderen Zweck hat die ganze „Reform“ nicht.

Der kleine Befähigungsnachweis.

Am 1. Oktober tritt bekanntlich der sogenannte kleine Befähigungsnachweis in Kraft, der dazu auserkoren ist, wieder einen Teil des alten Junkertums ausleben zu lassen.

Nach der Novelle der Reichsgewerbeordnung, die der Reichstag im Mai d. J. beschlossen hat, wird von diesem Tage an die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben nur noch solchen Personen zugestanden, die vor dem 1. Oktober 1884 geboren sind und die Meisterprüfung bestanden haben. Haben solche Personen die Meisterprüfung nicht für dasjenige Gewerbe oder denjenigen Zweig des Gewerbes bestanden, in welchem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, so haben sie die Befugnis dann, wenn sie in diesem Gewerbe entweder die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben oder während einer gleich langen Zeit als Werkmeister in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind. Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nicht widerrüchlich erteilen. In den Ausführungsbestimmungen, die der preussische Handelsminister für Preußen erlassen hat, empfiehlt er mit Rücksicht auf die tief einschneidende wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahme besondere Vorsicht. Jedenfalls sei es gut, bei allen Verleihungen und Entziehungen der Anleitungsbefugnis Handwerkskammern und Innungen zu befragen.

Die Novelle bestimmt weiter, daß jeder Lehrling nach Ablauf der Lehrzeit die Gesellenprüfung ablegt. Zur Meisterprüfung werden nur solche Personen zugelassen, die eine Gesellenprüfung bestanden haben. Es ist nicht nötig, daß der Geselle seine Gesellenprüfung in dem Handwerk abgelegt hat, in der er seine Meisterprüfung ablegen will. Wer zum Beispiel in seiner Gesellenzeit umfattet, braucht für die bevorstehende Meisterprüfung nicht erst noch eine Gesellenprüfung im neuen Handwerk abzulegen. Ausnahmen betreffen der Gesellen- und Meisterprüfung sind für ältere Handwerker zulässig, wollen sie heute noch den Meistertitel erwerben, so kann ihnen die Gesellenprüfung erlassen werden, wenn sie eine solche früher nicht bestanden hatten.

Es soll in Zukunft streng darauf gesehen werden, daß der Meistertitel nur von Handwerkern geführt wird, die die Meisterprüfung bestanden haben und das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Für die Uebergangszeit gilt die Bestimmung, daß Personen, die vor dem 1. Oktober 1905 das Recht der Lehrlingshaltung besaßen, den Bestimmungen der Novelle aber nicht entsprechen, also nicht Meister sind und nach dem 1. Oktober 1884 geboren sind, ihre Lehrlinge auslernen lassen dürfen. Nach dieser Zeit haben sie sich den Bestimmungen des Gesetzes zu unterwerfen, wenn sie ferner Lehrlinge anleiten wollen. Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, also bis zum 1. Oktober 1910, darf die Zulassung zur Meisterprüfung vom Bestehen der Gesellenprüfung nicht abhängig gemacht werden.

v. Liebert, der Große.

Herr Abg. v. Liebert, Generalkommandeur des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, hat am 7. d. M. auf dem Sedankommers des Alldeutschen Verbandes in Potsdam eine seiner bekannten geistvollen Reden gehalten, in der er nach dem Bericht der „Potsd. Tagesztg.“ gesagt haben soll:

„Sedan bedeuete auch den Sieg des Germanismus über das Romanentum. Mit Sedan wurde die französische Welt Herrschaft gebrochen und Deutschland begann Weltmacht zu werden. Ferner bedeuete Sedan den Sieg des Protestantismus über den Ultramontanismus, vor allem aber schuf es uns das protestantische Kaiserium und brachte uns das einst verlorene Land an den Vogesen wieder.“

Vielleicht entschließt sich Herr v. Liebert auch noch einen „Reichsverband gegen Katholizismus und Zentrum“ zu gründen.

Kürnberg.

Kürnberg, 13. September.

Als wir gestern Abend in Kürnberg eintrafen und nach Meldung bei dem in den Räumen des städtischen Hauptbahnhofs selbst untergebrachten Empfangsbureau auf die Straße traten, trieb uns ein kalter Herbstwind leichten Sprühregen ins Gesicht. Heute bedeckt Zeus nur zuweilen seinen Himmel mit Wolkendunst — meist läßt heller Sonnenschein die zahlreichen Türme und Giebel der malerischsten aller deutschen Städte sich scharf in den blauen Aether oder das grelle Weiß lichtdurchgluteter Wolken jaden. Des „deutschen Reiches Schatzkammer“, wie ein jedem Delegierten — neben der „Geschichte der Kürnberg Arbeiterbewegung“ — von den Kürnberg Genossen geführter Führer das markanteste Stück mittelalterlicher Kulturgeschichte nennt, präsentiert sich den Gästen im schönsten Staate. Und in der Tat: „Keine andere deutsche Stadt bietet wie Kürnberg in seinen prächtigen Kirchen, seiner auf der Höhe gelagerten mächtigen Burg, seiner Halle silboller Patrizierbauten, endlich in dem trotzigen, ungemein malerischen Viertel seiner von unzähligen Türmen und Räumen gekrönten Stadtmauer ein so gerundetes und kraftvolles Bild mittelalterlichen Städtelebens und mittelalterlicher bürgerlicher Kultur. Als wir heute schon in früher Morgenstunde in beschaulicher Einsamkeit einen Gang durch die hallenden Gassen machten und dann an dem gewaltigen Stadtgraben entlang promenierten, fühlten wir uns aus dem hastenden Zeitalter Zeppelins und der Gebirde Wright veretzt in die geruhigen Zeiten Hans Saksens und Albrecht Dürers. Ueber den Räumen der Stadtmauer und den spizen Giebeln der angrenzenden Häuser schwärmte eine Wolke Schwalben, wie einst wohl in den Tagen der höchsten Betriebamkeit eines stolzen und kunstsinziger Bürgerturns, und über das wildwuchernde Gestrüch des Stadtgrabens, über die

Mauerlücke hinweg grühten erst und stolz die energischen Konturen der getoaltigen Burg wie vor ein paar hundert Jahren. Nur bräut keine Feldschlange mehr aus den Schießschorten, nur zeugt hin und wieder ein langer Riß in der Mauer von dem Alter dieses zyklonischen Verteidigungswerkes. Und ach: jetzt läutet und surrt die elektrische Bahn vorüber, und dort um die Ecke faucht gar unter toarndem Gepupen ein Auto, um in echt Berliner Tempo die stark geneigte Kurve zu nehmen!

Das ist Kürnberg! Umgürtet von der fünf Kilometer langen Stadtmauer, beherrscht von der Burg, überragt von seinen Domen, liegt das alte Kürnberg inmitten des neuen, des modernen Kürnberg mit seinen breiten, lichten modernen Straßen, mit seinen Proletarierquartieren. Das zünftige Handwerk ist auch in dieser altertümlichen Stadt Deutschlands von der Industrie abgelöst worden. Den Gesellenverbänden, die, wie Schoenlant es so anschaulich dargestellt, manch scharfe Fehde mit den Meistern ausgetämpft, sind die modernen Gewerkschaftsorganisationen gefolgt, denen in Kürnberg wohl 40 000 Arbeiter angeschlossen sind!

Und selbst der breite Graben und die mächtige Stadtmauer mit ihren Bastionen und Türmen haben nicht einmal das alte Kürnberg gegen die umfingenden Gewalten des Petalors des Dampfes und der Elektrizität schützen können. Zwischen den erklühten Patrizierbauten, die erstau auf das bunte Strahentreiben einer Großstadt des 20. Jahrhunderts herabgeschauen, haben sich neue Häuser mit prohenhaft trivialer Fassade eingedrängt. Neben Kramläden und Bräustuben von wahrhaft urwäterlichem Gepräge werfen „hoch elegante“ Läden, werfen die Spiegelscheiben „modernster“ Cafés ihre aufdringliche Lichtstut auf die Gassen. Ja, was noch schlimmer ist, hier und da hat sich ein „Restaurant“ oder Café gar silbubrig in einen ehrwürdigen Bau eingenistet, in dem höchstens der beleibte Wirt zum „kanten Dohlelein“ seinen Gästen eigenhändig den Blinckung vor die Nase legen sollte...

So zeigt Kürnberg ein wunderbares Doppelbild. Zur Ehrfurcht und zur sinnenden Betrachtung stimmen die Gotik und das Barock seiner prächtigen Kirchen- und Profanbauten. „Die gute alte Zeit“ des Bürgerturns mit ihrem biederden Bürgerturn, ihrem das Handwerk zur Kunst adelnden Fleiß ihrer kernhaft schlichten Poeste, aber auch mit ihrem starren Autoritätsglauben, ihrem engherzigen Kastengeist wird in uns lebendig. Aber diese patriarchalischen Reminiszenzen und Stimmungen umhüllt, überflutet der Strom des gegenwärtigen Lebens, des gegenwärtigen Kampfes. Nicht daß wir uns auf gewisse Ertragenschaften der Reuzzeit besonders viel zu gute täten — etwa auf das gräßlich gezierte und öde Caséhäustreiben oder auf das „Kabarett“, das natürlich auch in Kürnberg nicht fehlen darf, wenn auch der Kraft- und Duft-Wagen, der die Gassen der Altstadt oft zu lebensgefährlichen Engpässen macht, zuweilen unseren Verkehr erregt: wir verkennen darum noch lange nicht die welt- und schicksalsbezwingende Macht der modernen Technik, die ja jetzt im leuchtenden Luftschiff Zeppelins und vielleicht mehr noch in dem Luftauto des amerikanischen Wäuderpaars ihre jüngsten Triumphe gefeiert hat. Sache des Volkes, unsere Sache ist es, die moderne Technik, die moderne Wissenschaft in den Dienst der Menschheit zu stellen, den Menschen, der im Dienste des Kapitalismus nur ein Sklave der Maschine ist, zum freien, glücklichen Herrn der Maschine zu machen!

Und wenn wir dabei angeht die steinernen Zeugen einer zwar begrenzten, aber in sich geschlossenen Kultur der Vergangenheit erkennen, in welchem Zustande grauenvoller Barbarei heute noch die große Mehrheit des Volkes lebt — um so besser! Helfen wir eine Gesellschaftsordnung schaffen, wo der Mensch nicht mehr im Sklavensuche der armseligen nackten Notdurft frondet, sondern wo ihm der Lebensunterhalt etwas Selbstverständliches, etwas Geistiges ist, damit er darüber hinaus sein Leben menschenwürdig, künstlerisch zu gestalten vermag!

Christliche Einigkeit.

Die christlichen, richtiger ultramontanen Gewerkschaften sind eifrig bemüht, die evangelischen Arbeiter zu sich hinüberzuziehen — einmal um ihre Mitgliederzahl zu vergrößern, dann auch zu dem Zwecke, um ihren ultramontanen Charakter zu verdecken. Denn es geht nicht gut an, sich als „interkonfessionell“ zu bezeichnen und die Abhängigkeit vom Zentrum abzuleugnen, wenn neun Zehntel der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften katholisch sind und die evangelischen Arbeiter nicht die mindesten Anstalten machen, diesen Prozentsatz zugunsten der „interkonfessionellen“ umzuwandeln. Nun tun zwar die christlichsozialen Stickerleute alles Mögliche, die evangelischen Arbeiter für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen, aber ihr Einfluß ist trotz des Spektakels, den sie von ihren „Erfolgen“ machen, doch nur gering, und so bleibt es nach wie vor dabei, daß sich die christlichen Gewerkschaften mit dem Anhang aus ultramontanen Arbeiterkreisen begnügen müssen. Auch auf dem letzten Delegiertentag der evangelischen Arbeitervereine in Halle haben die Christlichsozialen ihre Reize für die christlichen Gewerkschaften ausgeworfen, aber wieder ohne jeden Erfolg. Die Führer der evangelischen Arbeitervereine sind zwar den Sozialdemokraten nicht genehm und sie tun alles Mögliche, ihre Leute von den sozialistischen Gewerkschaften abzuhalten, aber sie sind doch auch den Ultramontanen nicht hold, und da sie nicht hoffen können, den Zentrums einfluß in den christlichen Gewerkschaften zu brechen, dafür aber fürchten müssen, daß ihre Schäfchen inmitten der ultramontanen Mehrheit an ihrem evangelischen und — da ja das Zentrum in „nationaler“ Hinsicht für nicht Mittelrein gehalten wird — auch an ihrem „nationalen“ Bewußtsein Schaden leiden, so verhalten sie sich im allgemeinen den Redungen gegenüber, die aus den christlichen Gewerkschaften ins evangelische Arbeiterlager herüberschallen, recht schwerhörig, zum Teil sogar direkt ablehnend. So schreibt Pfarrer Just, einer der namhaftesten evangelischen Arbeitervereinsführer, in dem Verbandsblatt der schlesischen Arbeitervereine:

„Man hatte in Halle gegen einen unsichtbaren Feind zu kämpfen, gegen Mächte, die nicht selber auf dem Plan erschienen, sondern nur einzelne Vertreter sandten, die mit gebundener Marschroute marschieren mußten. Nicht nur die christlichen Gewerkschaften, sondern auch die sich als deren Protektoren aufstellende christlichsoziale Partei haben in Halle versucht, den Gesamtverband zu überumpeln und auf irgendeine Weise ins Schlepptau zu nehmen. Wie Kinder (gemeint sind die christlichen Gewerkschaftsführer), die ein eingelenktes Versprechen bei jeder Gelegenheit aussagen, hatten sie sich ihre Reden ausgearbeitet und hielten sie nun, ob sie pöhten oder nicht, und der Schlüsselreim hieß immer wieder: Werbet christlichsozial und christliche Gewerkschaften. Aber die anderen Abgeordneten fangen nicht mit und dadurch kamen die Redner aus dem Zusammenhang und aus der Ruhe. Diese unermüdete und kaumenswerte Unverfrorenheit hat die Gollensche Tagung unerquicklich gemacht.“

Man sieht, von einer Geneigtheit der evangelischen Arbeitervereine, sich von den christlichen Gewerkschaften ins Schlepptau nehmen zu lassen, ist aus diesen Worten nichts zu spüren. Und so werden sich denn die christlichen Gewerkschaften trotz des „interkonfessionellen“ und „politisch neutralen“ Mantels wohl damit abfinden müssen, als das zu gelten, was sie wirklich sind: ultramontane Unternehmungen zum Schutze des Zentrums.

Der Liberalismus und die Lehrer.

Zu der materiellen Not der Volksschullehrer gesellt sich der Bewußtseinszwang. Kamenlich die preussischen Lehrer wissen ein Liedchen davon zu singen. Zwar sagt die preussische Verfassung: Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern; wie diese Meinungsfreiheit aber in Wirklichkeit aussieht, ist hinlänglich bekannt. Diese materielle und geistige Misere der preussischen Volksschullehrer und ihre unaussprechliche Rückwirkung auf die Volksschule wird in einem Artikel des liberalen „Leipziger Tageblattes“ treffend dargelegt und unter anderem festgestellt, daß nach der Statistik vom 20. Juni 1906 821 Lehrer bis höchstens 700 M., 8311 bis höchstens 1000 M., 7277 bis höchstens 1200 M. und 10 831 bis höchstens 1600 M. Diensteinkommen hatten. Also 27 089 Lehrer, d. h. fast ein Drittel aller preussischen Volksschullehrer, hatten bis höchstens 1500 M. Diensteinkommen.

Es bedarf keiner langatmigen Auseinandersetzungen — heißt es dann in dem Artikel, — um darzutun, daß eine Volksschule, deren Lehrkräfte so unzureichend besoldet werden, nichts Vollendetes leisten kann. Denn natürlich wenden sich diejenigen jungen Leute, die im Leben vorwärts kommen wollen, einem Beruf zu, der ihnen bessere Aussichten bietet. Der Gedanke, in einem abgelegenen Dorf alle Bildungsquellen und alle ästhetischen Genüsse zu entbehren, in sozialer Abhängigkeit von einem „Patron“ und unter der steten Bevormundung des Ortsgeistlichen zu leben, zudem aber dieses Leben nur notdürftig fristen zu können, ist für strebame und energische Menschen keineswegs verlockend. Es ist unvermeidlich, daß die besseren Elemente sich anderen Berufen widmen werden, so lange dem Lehrer nicht eine einigermaßen befriedigende materielle Lage gesichert ist.“

Es heißt dann weiter: „Mit dieser materiellen Hebung des Standes muß dann freilich auch noch eine soziale und moralische „Standeserhöhung“ verbunden sein. Die sachmännische Schulaufsicht muß überall durchgeführt werden, und es muß der politische Gesinnungszwang aufhören, der jetzt gegen die Lehrer geübt wird.“

Selbstverständlich gibt es für die politische Betätigung des Lehrers eine Grenze. Der Staat kann seitens seiner Lehrer keine sozialdemokratische Propaganda dulden; er kann nicht zugeben, daß die Lehrer ein Gewicht heranziehen, das den Staat und seine wichtigsten Institutionen negiert. Hier beginnt der innere Widerstand. Wenn dem Lehrer jedoch nicht nachgegeben werden kann, daß er den Unterricht zu einer staatsfeindlichen politischen Agitation ausnützt, so ist es selbstverständlich, daß er wegen außerordentlicher Betätigung seiner politischen Gesinnung nicht beeheligt werden darf.“

Das ist echt liberal! Das Blatt fordert demnach die politische Betätigungsfreiheit für die Lehrer nur so weit, als es dem Liberalismus in den Kränzen paßt. Liberal zu denken und liberalen Vereinen anzugehören, das darf dem Lehrer nicht verwehrt werden, denn sonst werden seine heiligsten Menschenrechte verletzt; aber die Grenzen der liberalen Anschauungen darf er nicht überschreiten, dann hören die Menschenrechte auf.

Ein selbstverständliches Dementi.

Vor einigen Tagen ist die Meldung aufgetaucht, daß bei der Regierung die Absicht bestände, das billige Ortsporto wieder einzuführen. Diese Meldung wird vom Reichspostamt — wie nicht anders zu erwarten war — kategorisch dementiert. Das war zu erwarten, denn Kraetle und Fortschritt passen zusammen, wie die Faust aufs Auge.

Der preussische Landtag

fol, wie eine hiesige konservative Parlamentärkorrespondenz zu berichten weiß, im Oktober im königlichen Schloß persönlich durch den König eröffnet werden. Wie wir hören, steht es fest, daß die Eröffnung am 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Weißen Saale er-

folgt. Der Termin wird nach der stattgehabten Staatsministerial-Sitzung am kommenden Freitag bekanntgegeben werden. — Wie verlautet, sollen die preussischen Beamten Gesetze am 21. Oktober vom Finanzminister Lehmann v. Rheinbaben dem Landtage vorgelegt werden und am gleichen Tage zur Veröffentlichung gelangen. Von einer früheren Bekanntgabe will man im Finanzministerium nichts wissen. Der alte Brauch, der auch bei der Staats-Einbringung in Preußen gilt, soll nicht gebrochen werden. Das Reich geht in dieser Richtung weniger bürokratisch vor, veröffentlicht die Etats vor der Einbringung und will auch die Finanzpläne veröffentlichten, sobald der Bundesrat entschieden hat. Am 22. Oktober dürften wegen der Hoffentlichkeiten die Sitzungen des Landtages ausfallen, auch war es bisher üblich, nach der Einbringung wichtiger Vorlagen einige freie Tage für Fraktionsbesprechungen zu reservieren. — Nach der Eröffnung des Landtags hat übrigens noch eine neue Präsidentschaft stattgefunden. Das Präsidium, das am 26. Juni gewählt worden war, hätte gemäß § 9 der Geschäftsordnung nach vier Wochen wiedergewählt werden müssen. Da die Herbsttagung als zweite Session der neuen Legislaturperiode gelten wird, so muß eine neue Wahl stattfinden, wie sie zu Beginn jeder neuen Session nötig ist. Diese Wahl gilt für die Dauer der ganzen Session, ist also nach vier Wochen nicht zu wiederholen.

Verminderungsbestrebungen in Hamburg.

In Hamburg ist die Kirche vom Staate so ziemlich getrennt und daher ist es auch zu erklären, daß die Volksschullehrer nicht allzu grausam mit Widersprüchen und sonstigen religiösen Memorien mißtraktiert werden. Klage doch vor einiger Zeit der Hauptpastor Dr. Rode in der Hamburger Bürgerchaft, daß es hamburgische Lehrer gebe, die in den wenigen Religionsstunden staatsbürgerlichen Unterricht erteilen. Diese „Läden“ möchte der aus Dunkelmännern bestehende kirchliche Verein durch Errichtung eines Seminars zur Ausbildung christlicher Religionslehrer ausfüllen, die dann durch privaten Unterricht die geistige Dressur der Volksschüler vornehmen sollen. Der kirchliche Verein verlangt, daß bestimmte Kinder vom Religionsunterricht in den Schulen dispensiert und dann von ihm unterrichtet werden sollen. Diesen Verminderungsbestrebungen werden selbstverständlich unsere Genossen im Hamburger Landesparlament energig entgegengetreten und entsprechend unserem Programm die völlige Beseitigung des Religionsunterrichts in den Schulen verlangt.

Das Organ der hamburgischen Lehrerschaft, die „Pädagogische Reform“, wendet sich sarkastisch gegen die „Seelenrettungskurse für ungeschuldige Kinder“ und bemerkt, die gesetzgebenden Körperschaften Hamburgs müßten sich nunmehr die Frage vorlegen, ob es nicht besser ist, wenigstens den Katechismusunterricht aus den öffentlichen Schulen zu beseitigen. Wir empfehlen gründlichste Aufräumungsarbeit auf diesem Gebiete.

Militärjustiz!

Wegen Achtungsverletzung und Verharnen im Ungehorsam stand der Grenadier Bartel vor dem Dresdener Kriegsgericht. Während des Wehrereignisses befahl ihm ein Unteroffizier, einen Knallknopf zu holen. Der Grenadier ging, sagt aber: „Da kann man ja nicht Knappen genug schaffen!“ Als der Angeklagte dann lange in seinem Schrank nach einem Knappen suchte, wurde er vom Unteroffizier aufgefordert, den Schrank zu schließen. Dies soll der Angeklagte nicht schnell genug getan haben. Es folgte eine Meldung und dann die Anklage. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die große „Disziplinlosigkeit“ auf 7 Wochen Gefängnis, während welcher Zeit der Grenadier über die eiserne Disziplin nachdenken kann. O welche Lust, Soldat zu sein! —

Oesterreich.

Eine Demonstration.

Budapest, 14. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokraten veranstalteten heute trotz des Verbotes der Polizei einen Umzug für das allgemeine Wahlrecht und gegen die Merikalen Ungarns. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit einer Prozession, die anlässlich des Katholikentages stattfand. Die Polizei wandte sich in brutaler Weise gegen die Sozialdemokraten und hieb mit blanker Waffe drein. Zahlreiche Arbeiter wurden verwundet und viele Verhaftungen vorgenommen.

Holland.

Für das gleiche Wahlrecht.

Haag, 14. September. Gestern fand hier eine große Kundgebung zugunsten des allgemeinen gleichen Stimmrechts statt. Sie nahm einen imposanten Verlauf. Es wohnten derselben 30 000 Personen bei. 950 Verbände waren vertreten. 12 Redner hielten während des Meetings, welches veranstaltet worden war, Ansprachen. U. a. wurde darauf hingewiesen, daß insgesamt 500 000 Arbeiter beiderlei Geschlechts ein Wahlrecht nicht besitzen.

Norwegen.

Sozialdemokratische Beamte.

Kristiania, 8. September. (Eig. Ber.)

Die staatlichen Beamten und kommunalen Angestellten in Norwegen sind sehr gut organisiert, aber trotzdem ist es ihnen nicht möglich gewesen, bessere Lohnverhältnisse zu erzwingen. Die Organisationen haben meist andere Aufgaben als Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder. Die Löhne werden vom Storting und von Stadtparlamenten bewilligt, wo die Arbeiter und Angestellten bisher wenig Einfluß gehabt haben. Und gibt es dann mal eine Bestimmungszulage auf der einen Seite, so wird auf der anderen Seite die direkte oder indirekte Steuerherrschaft sofort fester angezogen.

Zu dieser Erkenntnis sind nun auch die Angestellten gekommen. Die Bewegung des letzten Jahres beweist deutlich, daß Zulagen in Gestalt von guten Redensarten die patriotischen Gefühle durchaus nicht mehr befriedigten. Sämtliche Eisenbahnangestellte hatten bereits mit Streik gedroht, falls ihren Forderungen nicht entsprochen worden wäre. Der Druck von oben wird aber immer stärker. Das Solidaritätsgefühl erwacht auch bei den Staatlichen. Vor einigen Tagen gründeten die öffentlichen Angestellten einen sozialdemokratischen Verein in der Erkenntnis, daß ihre sozialen und politischen Interessen ganz und gar mit denen der selbständig organisierten Arbeiter zusammenfallen. Die Angestellten können es nicht länger erdulden, als Diener behandelt zu werden, die sich nur dankbar zeigen sollen, weil man sie in Dienste hat. Die Schutzleute sind in diesem Verein stark vertreten.

Rußland.

Der ewige Ausnahmezustand.

Petersburg, 12. September. Durch kaiserlichen Ukas ist der Kriegszustand in den Ostsee-Provinzen mit dem 28. d. M. aufgehoben und durch den verstärkten Schutz ersetzt worden. In einigen Gegenden des Gouvernements Jelaterinow ist der außerordentliche Schutz verlängert worden.

Türkei.

Eisenbahnerstreik.

Konstantinopel, 14. September. Auf der anatolischen Bahn wurde heute der Generalstreik proklamiert.

Das Regierungsprogramm.

Konstantinopel, 13. September. In einem Interdiktum mit einem Korrespondenten der Petersburger Telegraphen-Agentur erklärte der Minister des Außern Tewfik Pascha, die neue Türkei werde gegen sämtliche Mächte eine friedliche und freundschaftliche Politik betreiben, jedoch ihre nationalen Interessen wahren und sich nicht in internationale Zwistigkeiten einmischen. Falls die Türkei Kulturkräfte nötig haben sollte, würde sie diese, dem Beispiel anderer Länder folgend, aus dem Auslande berufen und zwar aus eigenem Antriebe. Ein systematisches kulturelles Eindringen anderer Mächte in das türkische Gebiet werde auf die Dauer unmöglich, da die Türkei selber ein Kulturstaat geworden sei. Auf Mazedonien übergehend, erklärte der Minister, die Türkei werde jetzt in Mazedonien Reformen in gleicher Weise wie im ganzen Reiche einführen. Zu allererst stehe eine Justizreform bevor. Das mazedonische Budget werde bedeutend erleichtert werden, da keine Notwendigkeit vorliege, daselbst wie bisher zahlreiche Truppen zu halten. Die dreiprozentigen Zuschläge würden vorläufig nach wie vor für die Bedürfnisse des mazedonischen Budgets verwendet werden, doch beabsichtige er, über diese Frage ein neues Einbernehmen herbeizuführen, wenn er mit den Mächten über Handelsverträge verhandeln würde. Die Reformen müßten den Wohlstand der mazedonischen Bevölkerung heben, was natürlich auf das mazedonische Budget günstig wirken würde.

Einigkeit der Jungtürken.

Konstantinopel, 14. September. Es wird bestätigt, daß zwischen dem Delegationskomitee, mit dem Prinzen Sabah-Eddin an der Spitze, und dem Komitee für Einheit und Fortschritt eine vollständige Einigkeit erzielt worden ist.

Der verstimte Diplomat.

Konstantinopel, 14. September. Der bulgarische diplomatische Agent Geshow reiste vorgestern ab als Zeichen der Unzufriedenheit und Protest dagegen, daß er zu dem diplomatischen Gesandener, das der Minister des Außern Tewfik Pascha gab, keine Einladung erhalten hatte.

Konstantinopel, 14. September. Den türkischen Mächtern zufolge erklärte der Großvezir auf die Schritte, welche vom bulgarischen diplomatischen Agenten Geshow wegen der unterbliebenen Einladung zum diplomatischen Diner unternommen wurden, beide Regierungen bildeten, daß Bulgarien nur ein Vasallenstaat der Türkei sei, vom politischen Gesichtspunkt aus nur eine Regierung. Infolgedessen könne der bulgarische diplomatische Agent an dem Diner der Vertreter der auswärtigen Staaten nicht teilnehmen. Er könne nur bei dem Diner für die Minister und die ottomanischen Würdenträger zusammen mit dem Vertreter Aegyptens zugezogen werden. Wie dieselben Mächte melden, erklärte das bulgarische Ministerium des Außern dem türkischen Kommissariat in Sofia, daß das Unterlassen der Einladung Geshows zu einem Bruch der Beziehungen führen könnte. Die von Geshow bei einigen Volkspostern unternommenen Schritte seien wirkungslos geblieben. Die ganze türkische Presse billigt die Haltung der Pforte und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Zwischenfall ohne jede politische Bedeutung sei. Der Vorfall ist bezeichnend für das zunehmende Selbstbewußtsein der jungtürkischen Machthaber.

Marokko.

Die Anerkennungsfrage.

Die französisch-spanische Note ist heute den Mächten offiziell übermittelt worden. Ueber ihren Inhalt meldet der Telegraph aus Paris:

Die französisch-spanische Note stellt zunächst die Forderung auf, daß die Frage der Anerkennung Mulay Hafids nach denjenigen Grundsätzen gelöst werden soll, nach denen das Einvernehmen der Mächte in der marokkanischen Frage seit Algerias Gebilde und aufrechterhalten worden ist. Frankreich und Spanien haben berücksichtigt, daß ihr Sonderinteresse in Marokko sie dazu bestimmen, den anderen Regierungen Vorschläge zu machen. Bei der Formulierung dieser Vorschläge haben sie es sich zur Richtschnur genommen, daß die Anerkennung des neuen Machten einzig und allein von der Erlangung von Garantien abhängig gemacht werden müsse, die gemeinsam für alle fremden Interessen gegeben würden. Diese Garantien sollten sein: erstens: Bestätigung der Akte von Algeciras und Billigung der zu ihrer Anwendung getroffenen Exekutionsmaßregeln, insbesondere der Rechte, die Frankreich und Spanien zur Überwachung der Kriegskontrollen zur See übertragen sind. Ferner: Bestätigung aller anderen Verträge und Verpflichtungen des Machten gegenüber den fremden Regierungen, dem diplomatischen Korps und gegenüber Privatpersonen. Drittens: Übernahme der Verantwortlichkeit für die Schulden des Machten, während die Schuldforderungen der Privatpersonen später geprüft werden sollen. Viertens: Bestätigung der Vollmachten der Entschädigungskommission in Casablanca sowie Übernahme der Verantwortlichkeit für die Bezahlung der Entschädigungen durch den neuen Sultan. Fünftens: ausdrücklicher Widerruf des heiligen Krieges durch einen scharifischen Brief an die Städte und Stämme, sofortige Inangriffnahme der notwendigen Maßregeln zur Herstellung der Sicherheit in der Umgebung der Häfen und auf den in das Innere führenden Hauptstraßen.

Falls diese Garantien gegeben sind, könnte Mulay Hafid als Sultan amtlich anerkannt werden, wobei die Mächte sich das Recht vorbehalten, unmittelbar von dem neuen Sultan die Regelung derjenigen Fragen zu fordern, die ihre eigenen Interessen betreffen, im besonderen was Frankreich und Spanien betrifft, Wiedererstattung ihrer militärischen Ausgaben und Bezahlung von Entschädigungen für die Ermordung Angehöriger ihrer Nationen. Ferner heißt es in der Note, daß es angemessen sein würde, wenn der neue Sultan für standesgemäßen Unterhalt Abdul Hafids Sorge trage. Schließlich empfiehlt sie die Beamten Abdul Hafids dem Willkürgefühl Mulay Hafids.

In der Note ist also die Frage der Anerkennung Mulay Hafids von der Frage der Rückerstattung der militärischen Ausgaben Frankreichs gelöst. Diese blieben späteren Verhandlungen zwischen Frankreich und Marokko vorbehalten. Damit ist die momentane Schwierigkeit, die sich aus dem Zwiespalt zwischen der deutschen und französischen Diplomatie ergeben hat, zunächst umgangen, um allerdings in einem späteren Zeitpunkt aufs neue aufzutreten. Immerhin ist es möglich, daß die Anerkennung Mulay Hafids, an die sich in den letzten Wochen so viel unnütze Erregung geknüpft hat, nun ziemlich rasch vollzogen wird.

Unterdessen hat Mulay Hafid dem belgischen Gesandten, als ältesten des diplomatischen Korps in Tanger, ein Schreiben überreicht, das besagt, er erkenne die von seinem Vorgänger eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere die Akte von Algeciras, an, bitte um Anerkennung seines der Mächte und rechne zur Durchführung der in der Akte vorgesehenen Reformen auf ihre Unterstützung.

Kanada.

Neuwahlen.

Ottawa, 14. September. Die Regierungsblätter teilen mit, daß Sir Wilfrid Laurier wahrscheinlich heute die Auflösung des Parlaments verkünden und das Datum für die Neuwahlen festsetzen wird. Die Neuwahlen werden um so größeres Interesse haben, als diesmal die Sozialisten sich ernstlich an dem Wahlsampfe beteiligen werden.

Die Jugendorganisation und Genosse Legien.

Gegen die am 6. September stattgefundenen zweite Konferenz der Vereinigung der freien Jugendorganisationen hat Genosse R. Legien in Nr. 112 des „Vorwärts“ und Genosse K. Schmidt in der Versammlung der Berliner Holzarbeiter den Vortritt ergriffen: Die Konferenz habe den Parteitag vor eine vollendete Tatsache gestellt, die Gründung einer Zentralorganisation beschlossen. Genosse Legien dürfte wissen, daß erstens der Parteitag die Zweckmäßigkeit der verschiedenen Organisationsformen aus vereinigungsgesellschaftlichen Gründen mit Rücksicht auf die Existenz der bestehenden Jugendorganisationen, die als die geeignetsten vielleicht in Frage kommen, nicht einmal erörtern, geschweige denn darüber beschließen kann. Ein gutgemeinter Beschluß des Parteitages könnte gar leicht das Gegenteil des gewollten Zweckes bewirken. Zudem hat aber die zweite Jugendkonferenz gar nicht eine Gründung beschlossen! Bereits 1 1/2 Jahre besteht die Organisation. Unmittelbar nach dem Mannheimer Parteitag, der den selbständigen Jugendorganisationen seine Sympathie ausdrückte, fand die Generalversammlung des Mannheimer Verbandes junger Arbeiter statt. In Norddeutschland bestanden damals drei Vereine (Berlin, Bernau, Harburg), die sich dem Mannheimer Verbande seines ausgesprochen politischen Charakters wegen nicht anschließen konnten. Der Mannheimer Verband war den freieren süddeutschen Verhältnissen angepaßt. Trotzdem versuchte er auch in Preußen eine Agitation zu entfalten. Ein solches Unternehmen war natürlich recht gefährlich, nicht allein für die daran beteiligte Jugend, sondern für die in bester Entwicklung begriffene Jugendbewegung überhaupt, und nicht zuletzt für die Arbeiterbewegung. Der Mannheimer Verband erklärte indes — und gar nicht so ganz mit Unrecht — als einzige Zentralorganisation berufen zu sein, auch in Norddeutschland seine Tätigkeit zu entfalten. Auf Raten mehrerer älterer erfahrener Genossen, unter denen sich auch Genosse Karl Liebknecht befand, traten die drei norddeutschen Vereine auf der Weihnacht 1906 in Berlin tagenden Konferenz zu einer nur allzu losen Verbindung (Vereinigung) zusammen. Ein Ausschuß (Geschäftsleitung) von drei Personen ward eingesetzt. Von der anfangs beabsichtigten Gründung einer Zentralorganisation sollte auf Raten fähiger Genossen vorläufig abgesehen werden. Das geschah denn auch!

Doch gar bald sollten die Beteiligten die Unterlassung bereuen. Die Jugendbewegung nahm einen gewaltigen Aufschwung. Nur ein paar Zahlen. Die Vereinigung entwickelte sich also:

1907	Januar	3 Vereine mit 1483 Mitgliedern
	April	14 " " 2282 "
	Juli	22 " " 2867 "
	Oktober	23 " " 3853 "
1908	Januar	27 " " 4013 "
	April	33 " " 4504 "

Außer den festen Vereinen bestanden Ende Juni dieses Jahres drei lose Mitgliedschaften mit 875 Mitgliedern. Danach zählte die Vereinigung Ende Juni dieses Jahres 36 Vereine mit 5431 Mitgliedern. Das bedeutet eine Zunahme von 3948 Mitgliedern oder 266 Proz. in 1 1/2 Jahren!

Nach Auflösung des Mannheimer Verbandes (8. Mai 1908) suchten mehrere süddeutsche Vereine, die trotz des Darmstädter Auflösungsbeschlusses weiter bestanden, den Anschluß an die Vereinigung nach. So wurde diese ohne ihre ursprüngliche Absicht nach Süddeutschland gedrängt. Und auf dem am 30. August d. J. in Leipzig stattgefundenen Vertretertag sämtlicher in Deutschland bestehenden Jugendorganisationen (das Zentralkomitee für die Jugendagitation in Mannheim einbezogen) einigten sich alle Anwesenden auf ein Programm, nach dem bisher die freien Jugendorganisationen Norddeutschlands gearbeitet haben. Damit war also schon in Leipzig die Grundlage einer einheitlichen Organisation geschaffen.

Infolge des Wadstuns der Vereinigung wurde das ihr im Jahre 1906 gegebene Kleid zu eng. Schon bald zeigten sich bedenkliche Risse. Der Geschäftsleitung wurde auf der zweiten Konferenz heftig vorgeworfen, daß sie nicht schon längst die so notwendige Reform der Organisation vorgenommen habe. Aus verschiedenen Gründen war dies früher nicht möglich. Aber jetzt auf der zweiten Konferenz mußte die in der Praxis bereits ausgeübte Tätigkeit der Organisation formell festgelegt werden. Entsprechend der schon seit Auflösung des Mannheimer Verbandes notwendigerweise ausgeübten Tätigkeit mußte das Statut korrigiert, die Leitung von drei auf fünf Personen, die Entschädigung des Vorsitzenden von 75 M. auf 125 M. erhöht werden. Voilà tout!

Daß von den leitenden Genossen geraten worden sei, auf diese notwendige Reform zu verzichten, trifft nicht zu. Diese unsere Absicht war aber allen Interessenten längst bekannt. Schon in der Nummer vom 1. Juli d. J. der „Arbeitenden Jugend“ waren die betreffenden Anträge publiziert. Ein jeder, der unsere Organisation kennt, hielt sie eben für selbstverständlich. Ihre Unterlassung wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung der Organisation. Der organisierten Jugend darf man es aber nicht verübeln, wenn sie so lange an ihren unter vielen Mühen und schweren persönlichen Opfern geschaffenen Organisationen festhält, als nicht andere bessere Einrichtungen an ihre Stelle gesetzt sind.

Die zweite Jugendkonferenz hat ferner auf Raten leitender Genossen die Altersgrenze für aufnahmefähige Mitglieder auf 18 Jahre herabgesetzt und nicht nur für Einzelmitglieder, wie Genosse Legien annimmt, sondern für alle Aufnahmehelfer. Die Ortsvereine haben sich ihr Statut, da die örtlichen Verhältnisse nicht überall die gleichen sind, zwar selbst ausgearbeitet. Die Konferenz hat aber auf Drängen der Leitung ausdrücklich beschlossen, daß in dem von der Geschäftsleitung ausgearbeiteten Musterstatut für die Ortsvereine eine Altersgrenze von 18 Jahren vorzuziehen ist. Somit ist verhindert, daß die Jugendorganisation zum Zummelplatz Hühnergänger werden könnte. Die aus der Jugendorganisation hervorgegangenen Älteren können natürlich nicht mit dem vollendeten 18. Lebensjahre aus der Organisation hinausgeworfen werden. Vieles sind sie unentbehrlich für die Bewegung. Sie dürfen aber selbstverständlich nur dann in der Jugendorganisation verweilen, wenn sie zugleich Mitglieder ihrer Gewerkschaft werden. Tatsächlich zählen unsere Organisationen sehr wenig über 18 Jahre alte Mitglieder. Der Berliner Verein besaß Ende 1907 von 2072 Mitgliedern nur 226 über 18 Jahre alte. Die an leitender Stelle stehenden etwas über 18 Jahre alten Mitglieder haben teils an der Gründung der Organisation vor vier Jahren mitgewirkt und sozusagen von der Wiege auf gedient.

Genosse Schmidt hat nun noch behauptet: die Berliner Jugendorganisation sei entgegen des Rates leitender Genossen in diesem Jahre auch für die weibliche Jugend geöffnet worden. Das war gar nicht nötig. Bereits seit vier Jahren nimmt der Verein nach seinem Statut auch weibliche Jugendliche auf. Eine Änderung dieser Bestimmung des Statuts dürfte der Vorstand nicht vornehmen, jedoch hatte er die Absicht, die Generalversammlung darüber entscheiden zu lassen. Das wurde aber von den älteren beratenden Genossen nicht gewünscht. Niemals haben wir die erst in diesem Jahre errichtete Jugendabteilung des Frauvereins belächelt, obgleich unsere Organisation — wie gesagt — seit vier Jahren die weibliche Jugend organisiert und wir prinzipiell die gemeinsame Erziehung der Geschlechter fordern, und die christlichen Jungfrauenvereine jahrelang hart belächelt, weil sie eine künstliche Scheidewand innerhalb der Jugend errichtet haben.

Die Äußerungen der Genossen Legien und Schmidt lassen erkennen, wie gut es gewesen wäre, wenn die Generalkommission der hiesigen Einladung der Jugendorganisation, an der zweiten Jugendkonferenz teilzunehmen, gefolgt wäre. Die Genossen hätten einen tieferen Einblick in die Jugendorganisation erhalten. Auch wäre es

vielleicht nicht nötig, jetzt darüber zu streiten, wie dies oder jenes hätte besser gemacht werden können.

Der eine Geist durchwehte die ganzen Verhandlungen: der Arbeiterbewegung zu dienen. Die Jugend sieht sich eins mit der Gesamtheit des kämpfenden Proletariats. Und wenn einige Jugendliche energisch betont haben, „unter allen Umständen“, mag kommen was will, ihre selbständigen Organisationen zu erhalten, so nur darum, weil sie in der Ueberzeugung leben, damit der Arbeiterbewegung den besten Dienst erweisen zu können. Darum keine Vergewaltigung der Jugend, sondern verständiges Entgegenkommen, Einigung. Wenn von diesem Gedanken die Verhandlungen in Rürnberg getragen werden, dann werden unsere Feinde, die jetzt ein Freudengeheul über die Uneinigkeit zwischen Jungen und Alten anzukommen beginnen, zu früh triumphieren haben! Die Jugend, die Zukunft gehört der modernen Arbeiterbewegung!

Mag Peters.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Jubiläumfeier der Berliner Hausdiener.

Der Verein Berliner Hausdiener, der jetzt die Verwaltungsstelle I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes bildet, feierte am Sonnabend seinen 25. Geburtstag. Das genaue Datum der Gründung des Vereins ist der 20. September 1883. Wie bei allem, was sich in Natur- und Menschenleben zu Großem entwickelt, war auch hier der Anfang klein. Es waren 21 Hausdiener, die sich an jenem Tage zusammenschlossen. Ihres Vereines Zweck war vor allem: Hebung des sittlichen Standes der Hausdiener Berlins, Unterhaltung der Mitglieder durch Vorträge und gesellige Zusammenkünfte, sowie die Stellenvermittlung. Nach Verlauf von drei Jahren wurde das Unterstützungswesen zum Hauptzweck des Vereins gemacht. Aber damals schon trat in den Kreisen der Mitglieder die Meinung zutage, daß der Verein doch auch anderen, weiter reichenden Zielen dienen könnte und sollte, daß er wie andere Arbeiterorganisationen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgen müßte. Darüber kam es zu inneren Kämpfen. Es bildeten sich auch Konkurrenzorganisationen wie der „Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins von 1898“, die „Freie Vereinigung der Hausdiener“ und später der „Zentralverein der Haus- und Geschäftsdienstler Berlins“. Wiederholt wurden Verschmelzungsversuche gemacht. Aber selbst zu Anfang der neunziger Jahre, nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, vermochte der Gedanke der Einheitsorganisation nicht durchzudringen, und noch viel weniger der Gedanke einer Kampforganisation. Noch im Jahre 1894 mußte über den Verein Berliner Hausdiener wegen Abhaltung der Vereinsvergütungen in gesperrten Lokalen die „Vorwärts“-Sperrverhandlung werden. Damals, nach zehnjährigem Bestehen, hatte der Verein 672 Mitglieder. Man scheute sich vor der Beschäftigung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen und sozialpolitischen Dingen dermaßen, daß man die Erörterung solcher Fragen geistlich aus den Versammlungen fernhielt. Im zweiten Jahrzehnt der Vereinsstätigkeit kam allmählich aber mit der unüberwindlichen Gewalt einer naturnotwendigen Entwicklung eine andere Auffassung über Zwecke und Ziele des Vereins zum Durchbruch. Mit dem Wachsen der Mitgliederzahl, die 1899 schon 1330 betrug, kamen Vorfälle aus Ruder, die durch Veranlassung von sozialpolitischen und ähnlichen Vorträgen den Mitgliedern Stoff zu ernstem Nachdenken boten. Man befaßte sich mit der Frage des Schluß-Ladenschlusses, der Sonntagruhe im Handelsgewerbe, der Kranken-, der Unfall- und Invaliditätsversicherung, und nach und nach brach sich die Ueberzeugung Bahn, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossen eine der Hauptaufgaben der Organisation sein müßte. Im Jahre 1903 beteiligte sich der Verein in Gemeinschaft mit dem Lokalverband an den Erhebungen des Bundesrates über die Lage der Angestellten und Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe. Im Jahre darauf wurde der Allgemeine Transportarbeiter-Kongress, und 1906 der Handelskassensarbeiter-Kongress auch durch Delegierte des Vereins Berliner Hausdiener besetzt. Man beschäftigte sich auf diesen Kongressen mit der Frage der Einheitsorganisation. Aber erst im November 1906 kam unter Mitwirkung der Gewerkschaftskommission der Anschluß an den Handels- und Transportarbeiterverband tatsächlich zustande. Damit war der Verein endgültig in die festgefügte Reihe der ihrer großen und ersten Aufgaben bewußten Arbeiterbewegung eingetreten. Inzwischen war die Mitgliederzahl beständig gewachsen; im Geschäftsjahre 1904/1905 zählte der Verein 6554, und in diesem Jahre des Uebertritts zum Zentralverband bereits 8300 Mitglieder. Wie nach und nach die Zwecke der modernen Arbeiterbewegung zur Geltung kommen, erkennt man am besten aus den Kassensberichten. Erst in dem Bericht vom Jahre 1903/1904 finden wir einen Posten für Streikunterstützung. Es sind 300 M., aber die wurden nicht für Kämpfe im eigenen Beruf ausgegeben, sondern den ausgesperrten Webern in Grimnitzhau gesendet. Der Kassensbericht des folgenden Geschäftsjahres enthält für Streik- und Gemahregelunterstützung die Summe von 1822,50 M., wobei allerdings Rotfahnenunterstützung, sowie 700 M. für die streikenden Vergorbeiter mitgezählt sind. Im Geschäftsjahre 1905/1906, das sich auf fünf Quartale erstreckte, gab man 2753 M., und 1907 3892 M. für Streik- und Gemahregelunterstützung an. Seine kranken Mitglieder unterstützte der Verein im Jahre 1902/03 mit 7470 M.; im Jahre darauf wurden 10464 M. dafür ausgegeben, in den fünf Quartalen 1905/06 waren es 21081,50 M., und 1907 erforderte die Krankenunterstützung 15055,85 M. Regelmäßige Arbeitslosenunterstützung wurde zum erstenmal im Jahre 1905/06 gezahlt und zwar in der Höhe von 11299,75 M.; 1907 kostete dieser Unterstützungszweig dem Verein 11919,25 M.

Nicht ohne schwere innere Kämpfe und verhältnismäßig recht langsam hat sich der Verein Berliner Hausdiener zu dem entwickelt, was eine Arbeiterorganisation sein soll und muß. Daß es nicht schneller ging, hat seine Ursache in den besonderen Berufsverhältnissen. Leicht ist es, dem Handwerkergehilfen und Industriearbeiter den Gedanken der Kampforganisation beizubringen, als dem Hausdiener. Nur allzu sehr verharren die Arbeiter dieses Berufs noch in dem unbedingten Kadavergehorsam. Eine gute, feste Stellung zu erhalten, scheint ihnen nur zu oft noch als des Strebens höchstes Ziel, und glauben sie das erreicht zu haben, so ertragen sie geduldig, was man ihnen auch zumutet. Daß diese unterwürfige Bestimmung im Schwinden begriffen ist, daß auch die Handelskassensarbeiter zum Klassenbewußtsein erwachen und erkennen, daß sie dem verbündeten Unternehmertum als festgefügte Masse gegenüberzutreten müssen, dafür zeugt die Entwicklung ihres Vereins und Zentralverbandes.

Seinen 25. Geburtstag feierte der Verein Berliner Hausdiener am Sonnabend in den Räumen der Brauerei Friedrichshain. Der gewaltige Saal vermochte die Masse der Festteilnehmer nicht zu fassen. Das Programm der Feier wie ihr ganzer Verlauf zeigten dafür, daß auch jener Kulturgebanke, den die Gründer des Vereins

in die Worte „Hebung des sittlichen Standes der Berliner Hausdiener“ leiteten, in der neuen Kampforganisation eine gute Pflegestätte gefunden hat. Keine Einzelangelegenheiten, keine mehr oder minder anrüchliche Couplets gab es hier zu hören. Mit feinem Kunstgeschmack war das Programm zusammengestellt. Das Berliner Sinfonieorchester unter Leitung seines Dirigenten Fischer bot eine Reihe der besten Musikstücke in trefflicher Ausführung und die Konzert-sänger Hilda und Tommy Steffens sangen Lieder, die zu Herzen gingen und jung und alt erfreuten. Die Feste, die das Vorstandsmittglied Otto Schulz hielt, war kurz und kernig besetzt von den Gedanken, die zum Zweck und Ziel des Vereins, des Zentralverbandes und der ganzen Arbeiterbewegung bilden.

Die Pensionskasse der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft.

Jeder, der im Betriebe der genannten Omnibusgesellschaft beschäftigt ist, hat bei seinem Eintritt eine Erklärung zu unterzeichnen, wodurch er der für den Betrieb bestehenden Pensions-, Witwen- und Waisenkasse beiträgt, und sich verpflichtet, die laufenden Beiträge zu zahlen, welche ihm von seinem Lohn abgezogen werden. — Der von den Kassensmitgliedern zu leistende Beitrag beträgt 4 Proz. ihres Lohnes beziehungsweise Gehalts. Das Kassensstatut bestimmt unter anderem, daß Mitglieder, welche freiwillig oder unfreiwillig ausscheiden (das heißt also, aus ihrer Stellung entlassen werden oder dieselbe selbst aufgeben, denn anders ist ein Ausscheiden aus der Kasse nicht möglich), falls sie noch nicht ein volles Jahr Mitglied sind, von den gezahlten Beiträgen nichts zurückerhalten. Wer ein bis drei Jahre Mitglied war, erhält 1/2, wer länger als drei Jahre war, den vollen Beitrag zurück.

Mit der Bestimmung, daß bei einem Aufhören der Mitgliedschaft vor Ablauf eines Jahres von den Beiträgen nichts zurück-erstattet wird, sind die Werkstattarbeiter der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft unzufrieden. Sie beschloffen sich deshalb am Sonntag in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung mit dieser Angelegenheit. Da wurde unter anderem hervorgehoben, daß die bezeichnete Bestimmung für die Werkstattarbeiter eine erhebliche Schädigung bedeute. Nach der Natur des Betriebes könne für viele Werkstattarbeiter von einer dauernden Beschäftigung gar keine Rede sein. Liege viel Arbeit vor, dann würden neue Arbeiter eingestellt und wieder entlassen sobald weniger Arbeit vorhanden ist. Alle dieser Arbeiter erhalten bei ihrer Entlassung von den wochen- oder auch monatelang gezahlten Beiträgen nichts zurück. Es handelt sich in solchen Fällen um Geldbeiträge, die für einen Arbeiter recht erheblich sind, denn der wöchentliche Beitrag zur Pensionskasse beträgt je nach der Höhe des Lohnes 1,30 bis 1,60 M. Es wurde weiter bemerkt, daß in letzter Zeit eine Anzahl von Klempnern, die einen Stundenlohn von 70 Pf. hatten, entlassen worden und an deren Stelle solche für 60 Pf. eingestellt worden seien. Auch in diesem Falle hatten die Entlassenen, soweit sie noch nicht ein Jahr beschäftigt waren, den Verlust ihrer Beiträge zu erleiden. Ebenso sei es den Arbeitern ergangen, die seinerzeit nach dem großen Brande des Omnibusdepots in der Köpenicker Straße entlassen wurden! Die angeführte Bestimmung — so wurde weiter ausgeführt — sei ja, wenn nicht für die Direktion, so doch für ihre Beamten geradezu ein Anreiz, Arbeiter vor Ablauf des ersten Jahres zu entlassen, um der Pensionskasse Einnahmen zu sichern, denen keine Gegenleistungen der Kasse gegenüberstehen. Gerade die Beamten und sonstige fest Angestellte hätten ja Vorteile von der Kasse, die, wie ein Versicherungs-techniker der Gesellschaft berechnet habe, ohne die Beiträge der Arbeiter nicht lebensfähig sei. Die Werkstattarbeiter aber hätten gar kein Interesse, hohe Beiträge zum Vorteil der Angestellten zu entrichten. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß es den Interessen der Werkstattarbeiter am meisten entspreche, wenn sie der Pensionskasse überhaupt nicht angehören brauchen. Sollte sich das nicht erreichen lassen, dann müsse aus Gerechtigkeit- und Billigkeitsgründen gefordert werden, daß die Statuten der Kasse dahin abgeändert werden, daß auch denen, welche vor Ablauf eines Jahres austreten, die Beiträge voll oder doch mindestens zu drei Vierteln zurückerstattet werden.

Die Versammlung wählte eine Kommission ein, welche an einem der nächsten Tage im Sinne dieser Forderungen bei der Direktion der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft vorstellig werden soll.

Achtung, Arbeiter!

Die Sperrverhandlung über die Firma Weniger in Spandau, Bauten Charlottenburg, Fritschestr. 23-26, Halensee, Köpenicker Straße 2, Spandau, Hamburger Straße 112, ist aufgehoben.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Arbeitslosendemonstration.

Gegen die Arbeitslosigkeit in Posen hatte das dortige Gewerkschaftskartell eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Referent Vergemann konstatierte in derselben, daß zurzeit 14 Proz. der organisierten Arbeiter, die dem Gewerkschaftskartell angehören, ohne alle die anderen dem Kartell fernstehenden, arbeitslos sind. Er konstatierte ferner, daß weder die städtischen noch die staatlichen Behörden auf die im März von Seiten des Kartells erfolgten Eingaben betreffs Binderung der Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme längst beschlossener städtischer Arbeiten eine Antwort gegeben haben. Augenblicklich werden in Posen sogar bei dem Neubau des Offizierkasinos des 20. Fuß-Artillerie-Regiments eine Anzahl Soldaten zum Verdrängen von Maurer- und Zimmererarbeiten beschäftigt. Der Kartellausschuss hat sich dieserhalb schleunigst an das Generalkommando gewandt und um Abhilfe dieses Uebelstandes erlucht, ist bis jetzt aber ohne Antwort geblieben. Da auch die zurzeit ausgeführten Staatsbauten den Winter über liegen bleiben sollen, so ist für den kommenden Winter eine äußerst able Lage zu befürchten. Die stark besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche für den kommenden Winter ganz entschieden die Vornahme von Rotstandsarbeiten fordert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Posten in Duisburg.

Duisburg, 14. Sept. (W. S.) Gestern früh ist ein postkrankes Kind im hiesigen Epidemienhause gestorben. Zurzeit befinden sich im Epidemienhause noch 11 Postenkranken.

Katastrophe auf hoher See.

Rio de Janeiro, 14. Sept. (W. S.) Der englische Dampfer „Scartau Prince“ ist bei den Koffa-Inseln gesunken. Der Kapitän und 6 Matrosen sind gerettet. Die übrige Mannschaft ist wahrscheinlich ertrunken. Der Dampfer ist am 14. August aus New York abgegangen.

Abgestürzt.

Dortmund, 14. September. (W. S.) Der Montagearbeiter Tigges von der Firma Heinrich Lehmann u. Co. in Düsseldorf stürzte von einem Neubau auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch aus einer Höhe von vierzehn Metern herab. Der Verunglückte starb in der vergangenen Nacht.

Der Parteitag in Nürnberg.

Nürnberg, 13. September 1908.

Die Eröffnung.

In der städtischen Festhalle im Luisenpark fand heute um 7 Uhr abends die feierliche Eröffnung des Parteitages statt. Die Festhalle ist ein riesiges Gebäude aus Eisen und Glas. Vor zwei Jahren wurde sie als Maschinenhalle für die Landesausstellung erbaut. Nichts ist in ihrem Ansehen verändert. Alle Verhältnisse gehen bei ihr ins Ungeheure. Das gewaltige Glasdach ruht auf freistehenden Eisenträgern. Der Blick des Eintretenden vermag kaum bis zum Ende des langgestreckten Raumes zu dringen. Alles ist auf Massenwirkung berechnet. Nach zuverlässiger Schätzung bietet sie Raum für 25 000 Personen. Und nun stelle man sich diesen alle gewohnten Verhältnisse weit hinter sich lassenden Saal im Glanz unzähliger Vogenlampen vor von einer unübersehbaren Menge gefüllt. Kein Parteitag hat je etwas Ähnliches gesehen. Die Nürnberger Arbeiter wissen wahrlich das 40jährige Jubiläum der Gründung der Partei in ihrer Stadt zu feiern. Hier sind Massen angebeten und in einem Raum vereinigt, wie sie keine andere Partei aus einer Stadt heraus zusammenbringen kann. Fast verschwindet das Häuflein der Delegierten — und es sind an nähernd 400 —, das sich um die in der Mitte einer Längsseite errichteten Tribüne scharf, in dieser Menschenlut. Es erscheint unmöglich, daß die Stimme eines Redners durchdringt, und vielleicht wird es notwendig, die sachlichen Verhandlungen der Vorversammlung auf morgen zu verschieben.

Um 8 Uhr ist kein Stuhl mehr frei, und noch immer strömen neue Massen heran. Von Zeit zu Zeit klingen Hochrufe durch den Saal, wenn ein bekannter Führer erblidt wird. Um 7 Uhr setzt die Musik ein. Das Philharmonische Orchester bringt Richard Wagners „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ und die Ouvertüre zu „Tannhäuser“ zu Gehör. Dann braust der Rassenchor der vereinigten Arbeitervereine Nürnbergs und des Arbeiterbundes durch den Saal. 900 Sänger hat Wendelin Weichheimer, unser Parteileiter, um seinen Stab versammelt, und der von ihm komponierte Chor des unsterblichen Herweghschen Gedichts „Viel und Arbeit“ gelangt zu machtvoller hinführender Wirkung.

Saum sind die letzten Töne verhallt und der Sturm der Begeisterung vorübergerauscht, den Komposition und Vortrag geweckt hatten, so tritt — es ist 7 1/2 Uhr geworden.

Genosse Dorn - Nürnberg

an den Rand der Tribüne und spricht:

Werte Festversammlung! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Mir ist seitens der hiesigen Mitgliedschaft des Wahlvereins der Ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, Sie in Nürnberg's Mauern zu begrüßen, zu begrüßen an der Stätte, wo schon so viele und große Kämpfe geführt worden sind für die Freiheit des Volkes, sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete. Eben sind 40 Jahre verfloßen, seitdem in Nürnberg's Mauern der erste Arbeitertag versammelt war, der dem Nürnberger Proletariat die Wege gezeigt hat, auf denen es dereinst das Ziel erreichen wird, das es erstrebt. Außer dieser Tagung haben noch eine Reihe anderer in Nürnberg stattgefunden, so im Jahre 1849, 1862, 1868, 1869 und 1874. Daß alle diese Tagungen nicht unfruchtbar geblieben sind, daß wir in Nürnberg in der Arbeiterbewegung Fortschritte gemacht haben, zeigt wohl am deutlichsten unsere heutige Tagung. Wir können mit Stolz zurückblicken auf das, was hier geleistet worden ist, wenn wir daran denken, daß noch im Jahre 1871 in Nürnberg nur 340 Stimmen bei der Reichstagswahl abgegeben worden sind, daß wir es aber schon im Jahre 1874 auf 5300 Stimmen und 1897 auf 20 000 Stimmen gebracht haben. Und gerade bei der Wahl im verfloßenen Jahre, wo man glaubte, in ganz Deutschland die Sozialdemokratie niederzubrechen zu können, da haben wir in Nürnberg den Beweis erbracht, daß die Gegner uns nicht zur Strecke bringen können. Wir haben in diesem Wahlkampf einen glänzenden Sieg errungen und haben 35 000 Stimmen aufgebracht. (Lebhafte Bravo!) Das ist ein Erfolg, auf den Nürnberg stolz sein kann. Auch mit unserer Beteiligung an den bayerischen Landtagswahlen haben wir Erfolge errungen. Bereits 1893 eroberten wir 4 Mandate, die wir allerdings durch verschiedene Umstände im Jahre 1905 wieder verloren haben. Wir können aber sagen, daß wir die Scharte, die wir zu einer Zeit erlitten haben, inzwischen ausgeweht haben. Bei der letzten Landtagswahl am 31. Mai 1907 haben wir von 6 Mandaten 5 erobert. So haben wir auf allen Gebieten Erfolge zu verzeichnen. Auch wenn wir die Zahl der Mitglieder nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch bei der politischen Organisation betrachten, können wir wohl sagen, daß es in Nürnberg vorwärts und weder vorwärts gegangen ist. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung ist neuerdings von der Partei hier herausgegeben.

Die Nürnberger Arbeiterschaft, ja, die Arbeiterschaft von ganz Deutschland blickt auf die Tagung des diesjährigen Parteitages. Wie wir auf unseren früheren Parteitagen immer Großes geschaffen haben für die Arbeiterschaft, so wollen wir wünschen und hoffen, daß auch dieser Parteitag die Hoffnungen erfüllt, die auf ihn gesetzt werden. Es ist die Pflicht auch des diesjährigen Parteitages, neue Anregungen zu geben, damit unsere Agitatoren hinausziehen können zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen. Wenn wir alle von diesem Wunsche befeelt sind, dann werden wir am Schlusse des Parteitages sagen können: Schwere Kämpfe haben wir durchgeföhrt, aber wir haben uns doch wieder vereint zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Proletariats. In diesem Sinne heiße ich Sie alle, speziell die Delegierten aus ganz Deutschland, nochmals herzlich willkommen. (Lebhafte Beifall.)

Singer (mit stürmischem Beifall begrüßt):

Werte Genossen und Genossinnen! Im Auftrage des Parteivorstandes trete ich an diesen Platz, um in seinem Namen und im Namen der gesamten Partei herzlich zu danken für den feierlichen Empfang, den die Nürnberger Parteigenossen dem Parteitag bereitet und für die herzlichen Worte des Vordredners. (Beifall.) Die Empfindung, die der Vordredner zum Ausdruck gebracht hat, durchzittert heute jedes sozialdemokratische Herz. Wir alle sind der Ansicht, daß dieser Parteitag dazu berufen ist, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, die über eine Reihe von Fragen aufgestanden, und ich möchte gleich an dieser Stelle der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Spruch des Parteitages für jeden Parteigenossen ein Heiligum, ein Evangelium sein muß. (Lebhafte Beifall.)

Wir sind hier in Nürnberg auf einem klassischen Parteiboden. Schon der Vordredner hat auf den fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine hingewiesen, der am 5., 6. und 7. September 1868 in Nürnberg's Mauern, auch auf städtischem Grund und Boden, wenn auch nicht in dieser Festhalle, sondern im Rathaus, getagt hat. Wir haben die große Freude, die damaligen beiden Vorsitzenden in unserer Mitte begrüßen zu können, unsern Genossen Weibel und unsern Genossen Löwenstein, die beide noch in Mäßigkeit, Eifer und Fleiß den Interessen der Partei dienen. (Lebhafte Beifall.) Auf der Tagung im Jahre 1868 waren 108 Vereine mit 13 995 Mitgliedern durch 108 Delegierte vertreten. Das diesem Nürnberger Vereinstage den Stempel aufdrückte, was ihn charakterisierte, was ihn zu einem Ehrentage der Sozialdemokratie gestempelt hat, das ist die Annahme eines Programms, welches bis dahin noch schloß, und der Beschluß, daß die Arbeitervereine Politik, daß sie Klassenpolitik treiben müssen,

daß sie sich loszulösen haben von den bürgerlichen Parteien und Vereinen, in deren Schlepptau sie bisher gelebt hatten. Dieser Beschluß gibt dem Vereinstage von 1868 nicht nur die Weisheit, sondern hebt ihn auch heraus aus allen Arbeiter-tagungen, denn auf Grund dieses Beschlusses erfolgte der Anschluß der deutschen Arbeitervereine an die Internationale Assoziation. Von dem Augenblick an waren die deutschen Arbeitervereine, wenn auch noch nicht in die Reihen der Sozialdemokratie getreten, die damals noch nicht existierte, so doch auf Grund sozialistischer Ueberzeugungen als in sich geeinte, geschlossene, von den bürgerlichen Parteien losgelöste Partei konstituiert. Der Vorstand der deutschen Arbeitervereine, deren Vorsitzender unser Genosse Weibel war, schlug dem Vereinstage vor, sich ein selbständiges Programm zu geben und als dieses Programm das der Internationalen Arbeiterassoziation anzunehmen. Schon darüber, ob dieser Vorschlag, auf die Tagesordnung kommen sollte, entspann sich ein Streit. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wünschten, daß die Programmfrage überhaupt nicht, oder doch erst auf einer späteren Tagung beraten werden sollte, aber die Mehrheit schloß sich dem Vorschlag des Vorstandes an, die Programmfrage kam als erster Punkt auf die Tagesordnung.

Als die Hauptverhandlungen begannen, da war es ebenfalls ein Parteigenosse, dessen Tod wir leider in den letzten Jahren zu beklagen hatten, Robert Schweichel, der als Referent in geistvoller, durchschlagender Beweisführung den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation empfahl. Es ist selbstverständlich unmöglich, in diesem Riesentraum Ihnen eine ausführliche historische Darlegung der Verhandlungen jenes Arbeitertages zu geben. Lassen Sie mich aber kurz darauf hinweisen, daß die Diskussion, die sich an das Referat anschloß, bei der Mehrheit der Redner getragen war von dem Wunsche und dem Bestreben, die Arbeiter loszulösen von der bürgerlichen Gesellschaft, sie auf eigene Füße zu stellen, und in Mäßigkeit darauf, daß ihre Klassenlage eine eigene Vertretung der Arbeiter erforderte, sie loszulösen von allen anderen Parteien. Es wurde mit Mehrheit beschlossen, dieses Programm, den Vorschlag des Vordredners zu akzeptieren und im Anschluß daran nahm man einen Protest der bürgerlichen Parteien gegen diesen Beschluß entgegen; und am nächsten Tage, als die Verhandlungen weiter geführt werden sollten, kam eine Erklärung der bürgerlichen Delegierten, daß sie an den Verhandlungen jenes Verbandstages nicht mehr teilnehmen wollten, weil der Verband durch das angenommene Programm eine Richtung eingeschlagen hatte, die ihren Interessen nicht entsprach. Der Verbandstag war schon damals, wie sich ereignisweise ja auch später die Sozialdemokratie weiter entwickelte, ein Freund kräftiger durchgreifender Beschlüsse und ging einfach über diesen Protest zur Tagesordnung über. Die bürgerlichen Vertreter waren aus dem Verband ausgeschieden, der Verband arbeitete weiter und das war der Geburtsstag der deutschen Sozialdemokratie. Durch diesen Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation durch den Beschluß eines selbständigen sozialdemokratischen Programms, war der Anschluß gegeben zur Gründung der sozialdemokratischen Partei, die sich ein Jahr später in Eisenach auftrat und ihr Programm entsprechend jenem Beschluß festsetzte. Dort ging die sozialdemokratische Arbeiterpartei nach sechsjährigem Kampf mit dem von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in die deutsche sozialdemokratische Partei auf. So dürfen wir mit freudigem Stolz in Erinnerung an jene Vorgänge sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie hier auf diesem Parteitag in Nürnberg zugleich einen ihrer ehrenvollsten Tage feiert. (Beifall.)

Wenn ich nunmehr kurz die anderen Gegenstände erwähne, die damals in Nürnberg verhandelt wurden, so möchte ich sagen, wir sind mittendrin in der Gegenwart. Damals wurden verhandelt die indirekten Steuern, die Wehrfrage und andere Fragen, die noch heute von ungemieiner Bedeutung für das arbeitende Volk sind und für deren Erledigung in einem dem sozialdemokratischen Programm entsprechenden Sinne wir heute mitten in der Arbeit stehen. Indem ich diesen Gegenstand verlasse, möchte ich nur noch eine Ehrenrolle aufrufen für diejenigen Genossen, die damals auf dem Verbandstag tätig waren und die wir die Freude haben, noch heute unter den Lebenden zu sehen. Es leben von den Mitgliedern dieses Verbandstages noch die Genossen Weibel, Löwenstein, Greulich-Pürich, Demmler-Geyer, Stolle-Gesau, Dr. Degen-Fürth. Lassen Sie mich von dieser Stelle diesen Männern Dank aussprechen dafür, daß sie die Pioniere der Sozialdemokratie vor 40 Jahren waren, Dank dafür, daß sie die lange Zeit in reger Tätigkeit an der Spitze der Partei ihren Grundföhren treu geblieben, die Sozialdemokratie geführt, beschirmt haben bis zu dem Tage, an dem wir mit stolzer Freude bekennen können, daß die sozialdemokratische Partei die stärkste Partei Deutschlands ist. (Lebhafte Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Wir haben Tage schwerer Arbeit vor uns. Die Gegenstände, die hier in Nürnberg auf diesem Parteitag verhandelt werden sollen, sind wichtig. Ich verzichte darauf, in diesem Augenblick die einzelnen Punkte ausführlich zu skizzieren. Aber dem Wunsche und der Hoffnung lassen Sie mich Ausdruck geben, daß jeder Teilnehmer des Parteitages in seinen Reden und Beschlüssen getragen sein wird von der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß alles, was auf diesem Parteitag beschlossen werden wird, der Partei zum Vorteil und zum Wohle dienen wird. (Beifall.)

Es wird namentlich eine Frage sein, die uns ausgiebig beschäftigen wird. Wir wollen — und mit dieser Hoffnung möchte ich schließen —, wir wollen uns vornehmen, auch diese Frage in rein sachlicher Weise zu erledigen. Aber heute darf ich schon erklären, daß ich es als die höchste Aufgabe dieses Parteitages betrachte, volle Klarheit in dieser Frage zu schaffen, und den unüberbrücklichen Beschluß zu fassen, daß der Wille der Gesamtpartei respektiert und beachtet wird. (Beifall.)

Parteigenossen! Indem ich nunmehr namens der bisherigen Parteileitung den Nürnberger Parteitag für eröffnet erkläre, lassen Sie mich Sie auffordern, den Willen und die Ueberzeugung, nur das Beste der Partei zu fördern, zu bekräftigen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung stimmt brausend in das Hoch ein.)

Genossen! Nach dem bisherigen Brauch bitte ich Sie nunmehr, den Parteitag zu konstituieren und zunächst zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten und Pflichten zu wählen.

Genosse Anieriem schlägt zu Vorsitzenden vor die Genossen Dorn-Nürnberg und Singer. Die Delegierten beschließen einmütig nach diesem Vorschlage.

Singer: Ich erkläre zugleich im Namen des Genossen Dorn, daß wir die Wahl annehmen und unser Bestes tun wollen, um die Geschäfte des Parteitages erfolgreich zu führen und zu erledigen. (Beifall.)

Ich schlage nun vor, unserem verehrten Senior, den Genossen Löwenstein, zu einer kurzen Ansprache das Wort zu geben (Lebhafte Beifall), und werde dann vorschlagen, die weiteren geschäftlichen Verhandlungen auf morgen zu verschieben, da es einfach unmöglich ist, in diesem Raum reichhaltige Dinge abzumachen. (Zustimmung.)

Gabriel Löwenstein (mit stürmischem Beifall begrüßt): Werte Versammlung! Genossen und Genossinnen! Sie werden wohl alle mit mir Freude und Genugtuung darüber empfinden, daß wir heute den Gedentag feiern, an welchem vor 40 Jahren nicht nur der Ruf erscholl: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!, sondern wo auch diesem Sturmrufe sofort praktischer Ausdruck verliehen wurde. Am Arbeitervereinstage zu Nürnberg im Jahre 1868 vollzog sich die notwendige Scheidung der proletarischen Massenbeweisen Arbeiter von dem bürgerlichen Arbeiterverein. In Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation wurde auf dem Arbeitervereinstage zu Nürnberg der Programmsatz an die Spitze gestellt: Die Emanzipation der arbeitenden Massen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erlangt werden. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft. Bei unentwegter Festhaltung dieser Grundsätze ist die sozialdemokratische Partei in Deutschland groß und stark geworden und auf ihre jetzige Höhe gelangt. Bei den hierzu erforderlichen Klassenkämpfen, bei beständiger Fühlung mit dem erdrückten und leidenden Proletariat war aber die Partei nicht gehindert, auch für die Gegenwart Erfolge zu erzielen, ja die Klassenkämpfe bedingten sie; hat doch selbst Bismarck anerkannt, daß das bismarcksche Klassenreform in Deutschland nur den Sozialdemokraten, das heißt unsern jetzigen Klassenkämpfe zu verdanken sei. Das Ziel, das die Sozialdemokratie sich gesetzt hat: Eine andere Staats- und Gesellschaftsordnung zu erringen, in welcher ein jeder die Frucht seiner Arbeit genießen kann, ist nur dann zu verwirklichen, wenn die Proletarier aller Länder einig und entschlossen sind, ihr Ziel durchzuführen. Dies hat aber selbstverständlich zur Voraussetzung, daß auch in den einzelnen Ländern die Proletarier in den Klassenkämpfen zur Erringung dieses Zieles einig in der Festhaltung der sozialdemokratischen Grundsätze sind, jedenfalls aber alles zu vermeiden haben, was irgendwie geeignet sein könnte, diese Klassenkämpfe abzuschwächen. In dieser Hoffnung und Erwartung wollen Sie auch mir als Parteialtesten und einem der Mittkämpfer am Arbeitervereinstage vom Jahre 1868 gestatten die Genossen und Genossinnen zu begrüßen und ihnen ein herzlich Willkommen zuzurufen. (Stürmischer Beifall.)

Wort nehmend folgten Musik und Rassenchor. Besonderen Eindruck machte der von Weichheimer komponierte Chor der Dichtung Emanuel Burms: „Empor zum Licht“. So war ein würdiger und schöner Rahmen für den unerschütterlichen Abend geschaffen.

1. Verhandlungstag. Nürnberg, 14. September 1908.

Wortmittagsitzung.

Im Herkulesaalbau wurde heute mit den Arbeiten des Parteitages begonnen. Neben der Inschrift „Sozialdemokratischer Parteitag, Nürnberg 1908“ weist die Statue der Freiheit, die auf dem offenen Altan des schlichten Holz- und Fachwerkbauwerks unter Blumenschmuck steht, auf das Kongreßlokal hin. Der geräumige Saal, der keine Galerien hat, ist geteilt. Vorn sitzen unter der Bühne, auf der das Präsidium Platz genommen hat, vor der Rednertribüne die Delegierten an langen Tischen, der hintere Teil ist für die Zuhörer bestimmt. Der Saal ist einfach geschmückt: zwei alte Parteifähnchen am Eingang, daneben die Bilder von Grille-Nürnberg und Liebknecht, an den Wänden Tafeln mit Sinnsprüchen, vor allem der Ruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ und im Hintergrunde auf der Bühne wieder die Statue der Freiheit und rechts und links von ihr Postamente mit den Wästen von Marx und Lassalle.

Singer eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Die Konstituierung des Parteitages wird fortgesetzt. Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Dr. Frank-Rammheim gewählt: Frä. Vaader-Berlin, Viehmann-Berlin, Knieriem-München, Sämann-Stuttgart, Pöhlender-Leipzig, Winkler-Freiburg, Schüh-Breslau, Lesche-Hamburg und Willius-Stettin. In die Mandatsprüfungskommission werden auf Vorschlag von Sachse-Bochum gewählt: Frau Rieh-Hamburg, Wolderski-Berlin, Trinks-Karlruhe, Sindermann-Dresden, Jörn-Fürth, Leopold-Heil, Mehrlein-Breslau, Schadow-Kottbus, Schmitt-München.

Entsprechend der Anregung des Essener Parteitages wird auch eine besondere Beschwerdekommission eingesetzt. Nach dem Vorschlag von Scheidemann-Kassel wird diese zusammengesetzt aus den Genossen: Frau Baumann-Hamburg, B. Raith-München, Raab-Darmstadt, Mich-Mühlhausen, Meyer-Heidelberg, Seeger-Leipzig, Pontath-Wagden, Faber-Frankfurt a. O., Fahrow-Berlin.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird gutgeheißen. Die Tagungszeit wird festgesetzt von 9-1 Uhr und von 3-7 Uhr. Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, a) Allgemeines, b) Organisation, und zwar: 1. Frauenorganisation, 2. Jugendorganisation. Berichterstatter: G. Müller-Berlin. c) Kasse und Presse. Berichterstatter A. Gerlich-Berlin. d) Bildungsausschuss. Berichterstatter Heinrich Schulz. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter A. Raden. 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter E. Eichhorn. 4. Kasseier. Berichterstatter R. Fischer. 5. Sozialpolitik und neuer Kurs. Berichterstatter G. Wollenbuh. 6. Die Reichsfinanzreform. Berichterstatter F. Geyer. 7. Sonstige Anträge. 8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Zur Tagesordnung liegen die Anträge 1-5 vor. Bräuker-Berlin zieht mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage die Anträge 2 und 3 zurück.

Singer: Antrag 1 bedt sich mit einem Vorschlag, den ich machen möchte, nämlich, daß wir die Frage der Budgetbewilligung als besonderen Punkt behandeln und zwar im Anschluß an den parlamentarischen Bericht. Parteivorstand und Kontrollkommission werden Ihnen hierzu eine Resolution unterbreiten, die Weibel begründen wird. Im Anschluß daran würde ich vorschlagen, einem bairischen und einem badischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu erteilen, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Gründe ausgiebig darzulegen. Damit wäre die Frage erledigt, weil ja dann eigentlich zwei Korreferenten ernannt sind. (Zustimmung.) Zu dieser Frage liegt noch folgender

- *) 1. Kassel: Bei Punkt 3 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) die Frage der Budgetbewilligung in den bundesstaatlichen Landtagen erneut zu erörtern. 2. Berlin IV und Drien: Der Parteitag wolle den Punkt: „Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung setzen. 3. Genosse Ritter-Berlin III: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse“. 4. Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Wagdeburg beantragt, auf die Tagesordnung des Nürnberger Parteitages als besonderen Punkt zu setzen: „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“. 5. Berlin IV: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die gegenwärtige Kriegshege in Deutschland.“

Antrag Walker-Augsburg vor, der jedoch nicht genügend unterstützt wird:

Der Parteitag wolle beschließen:
1. Die Frage der Budgetbewilligung wird als besonderer Beratungsgegenstand, als Punkt 3, behandelt.

2. Es wird eine Kommission von 15 Mitgliedern ernannt, welcher die Vorbereitung dieses Punktes übertragen wird. Bei der Wahl dieser Kommission sollen nicht allein die an der Frage direkt Beteiligten, sondern auch solche Berücksichtigung finden, welche sich in der Polemik noch nicht festgelegt haben.

3. Zu der Berichterstattung der Kommission wird ein Referent und ein Korreferent von dieser bestellt. Es wird erst nach dem Referat im Plenum verhandelt.

Der Parteitag stimmt dem Vorschlag von Singer ohne Debatte zu. Dadurch erledigt sich der Antrag 1.

Den Antrag 4 begründet Schulz-Wagberg: Sie wissen, daß Bebel bereits im Briefe nach England eine Stellung eingenommen hat, die sich nicht ganz deckt mit Maßnahmen des Berliner Aktionsausschusses. Wir müssen die Frage einmal verhandeln und zwar soll dabei nicht nur die gegenwärtige Kriegsfrage besprochen, sondern überhaupt erörtert werden, was die Partei zu tun hat, um die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf die auswärtige Politik zu lenken.

Müller-Berlin zieht mit Rücksicht darauf, daß der Parteivorstand die Absicht hat, eine Resolution für die auswärtige Politik vorzulegen, den Antrag 5 zurück.

Singer: Ich kann bestätigen, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission dem Parteitag eine Resolution über die auswärtige Politik unterbreiten werden. Bei dieser Beratung kann auf das eingegangen werden, was dieser Antrag bezweckt.

Antrag 4 wird abgelehnt.

Singer teilt weiter mit, daß der Geschäftsbericht des Vorstandes über die verschiedenen Materien getrennt behandelt werden soll, und zwar soll Müller über die Organisation referieren, Schert über die Lokalistenfrage, Gerisch über die Massenverhältnisse und die Presse und Schulz über den Bildungsausschuß.

Der Parteitag stimmt auch diesem Vorschlag zu, und genehmigt die Tagesordnung entsprechend den Vorschlägen von Singer.

Zunächst gibt Genosse Singer eine Berichtigung zu dem Preßbericht über die Sitzung vom Sonntag (Eröffnungssitzung), die etwa folgendermaßen lautet: Es soll nicht heißen: daß die Parteitagsschlüsse den Genossen ein Heiligum und Evangelium sein sollen, sondern: die Parteigenossen müssen es als ihre erste Pflicht betrachten, die Beschlüsse des Parteitagss und unverbrüchlich hochzuhalten.

Dann ergreift

Singer

das Wort zur Begrüßung der ausländischen Delegierten:

Wir haben auch in diesem Jahre das Vergnügen, Genossen von den ausländischen Bruderparteien begrüßen zu können, und zwar eine erheblich stärkere Anzahl als im vorigen Jahre. Als Delegierte der englischen Sozialdemokratie ist erschienen Genosse Quetch, der vielen von uns schon persönlich bekannt ist, und Genosse Sanders, der die Labour Party and Fabian Society vertritt. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs entsendet uns die Genossen Schuhmeier, Winarsky und die Genossin Popp. Ferner ist für die niederösterreichische Landespartei Genosse David-Wien erschienen. Belgien delegiert den Genossen Hudsmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus, den Genossen Müller vom Deutschen Verein in Brüssel und den Genossen Mäulebrou für die Junge Garde in Belgien; die Schweiz den Genossen Moor als Vertreter der Partei, das ausländische Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeitervereins in Rußland die Genossin Schönberg. Ich heiße alle Gäste herzlich willkommen und spreche im Namen des Parteitagss den Dank dafür aus, so viele Delegierte der Bruderparteien des Auslandes begrüßen zu können. Ich hoffe, unsere Parteitagss werden mit unseren Brudergrüßen an die ausländischen Parteien die Ueberzeugung aus den Verhandlungen unserer Tagung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor ihrer internationalen Solidarität und Verpflichtung sich bewußt bleibt, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Organisation und ihren Verhandlungen sich als Mitglied der proletarischen Parteien aller Länder fühlen, durch ihre Verhandlungen aufs neue beweisen wird, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach wie vor besteht und daß die deutsche Sozialdemokratie es sich nicht nehmen lassen wird, sowohl in der prinzipiellen Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze als auch der praktischen Politik, die sie zur Befreiung und Erfüllung ihrer Grundsätze eingeschlagen hat, zwar ein dienendes Glied des internationalen Proletariats, aber auch, wie sie mit berechtigtem Stolz von sich sagen kann, als mitwirkendes und wichtiges Glied der internationalen Arbeiterbewegung nach wie vor angesehen zu werden. (Bravo!)

Es nahmen darauf die ausländischen Delegierten zur Begrüßung des Parteitagss das Wort.

Quetch - London

hielt folgende vom Genossen Ledebour übersetzte Ansprache: Es ist nicht meine Absicht, hier auf innere Parteifragen Deutschlands einzugehen, die ja in einem jeden Lande von den Genossen des Landes für sich geregelt werden müssen, oder Schwierigkeiten zu erörtern, die in anderen Ländern entstehen. Wir kommt es darauf an, die großen gemeinsamen Gesichtspunkte hervorzuheben, die uns in dem Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft verbinden. Wir haben Gelegenheit gehabt, in Deutschland die Tätigkeit der Partei sowohl auf ökonomischem als auf politischem Gebiete kennen zu lernen. Wir haben auch außerdem Gelegenheit gehabt, die außerordentliche Energie der deutschen Gewerkschaften zu sehen, wir haben ihr prächtiges Gebäude bewundert und freuen uns über ihre Entwicklung. Wir haben gleichzeitig, wie schon früher, die politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie bewundert, und da kommt es mir vor allem darauf an, auf diejenigen Fragen einzugehen, die gemeinsam im Interesse der internationalen Sozialdemokratie von den Parteigenossen aller Länder erledigt werden müssen: die Sicherung des internationalen Friedens. (Beifall.) Wir haben in der letzten Zeit in allen europäischen Ländern, besonders in England und Deutschland, so viel von der Kriegsgefahr gehört. Ich brauche den deutschen Genossen nicht zu versichern, daß wir englischen Parteigenossen ebenso wie Sie mit aller Energie für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um internationale Konflikte zwischen England und Deutschland im Keime zu ersticken. Denn wir sind uns wohl alle darüber klar: Wenn internationale Konflikte entstehen, wenn Kriege zwischen den Völkern ausbrechen, so sind es nicht die Völker, die sie verursacht haben. Die Völker sind in ganz überwiegender Mehrheit alle friedlich gesinnt. Die Ursache zu den Kriegen ist zu suchen bei den herrschenden Klassen. Man sagt mit Recht, daß wir in England ein demokratisches Verfassungsleben haben, daß in England das Volk in letzter Linie über seine Geschicke selbst entscheidet. Das ist zutreffend, sofern man nur die inneren Angelegenheiten des Landes in Betracht zieht. Aber es trifft nicht auf die äußeren Angelegenheiten zu. Auch in England wird über den Kopf des Volkes hinweg durch die herrschenden Klassen, durch die Vertreter der Regierung die Kriegsfrage gefördert. Auch in England erfährt das Volk nicht alles, was es wissen müßte über den Gang in der auswärtigen Politik. Auch in England werden durch Diplomaten, durch die Kabinette, hinter den Kulissen des öffentlichen Lebens die Fäden gesponnen, die unter Umständen zum Kriege führen können. Eine eigentliche Antikriegspartei im Sinne des Wortes gibt es auch, abgesehen von den sozialistischen Parteien, in den europäischen Ländern nicht. Auch die bürgerlichen Parteien treten nicht als eigentliche Kriegsparteien auf. Aber wir wissen, daß es

Interessen gibt, Interessenverbände, die in allen Nationen am Ausbruch eines Krieges außerordentlich interessiert sind, die aus dem Kriege Nutzen ziehen.

Die Vertreter dieser Kriegsinteressen sind es, die gleich den Geiern über den blutigen Schlachtfeldern schweben, um aus dem Gemehel und aus der Schlächtere ihre Beute zu ziehen, und gegen diese Kriegsinteressenten vorzugehen haben wir nicht bloß jetzt, das haben wir im ganzen Laufe der Entwicklung stets für unsere Pflicht gehalten. Als der Burenkrieg auszubrechen drohte, haben wir englischen Sozialisten von Anfang an unter großen Schwierigkeiten, entgegen der öffentlichen Meinung, gegen diese Kriegsgeheberei gewirkt. Und wäre damals das englische Volk unserem Rufe gefolgt, so hätte sich das Sprichwort bewährt: „Vorher gewarnt, ist vorher geschützt.“ Leider sind wir damals nicht durchgedrungen. Erst nachher hat sich auch der Mehrheit des englischen Volkes die Ueberzeugung von der unglaublichen Torheit dieses Krieges bemächtigt. Und auch in der letzten Zeit, als bei uns die Kriegsgeheberei gegen Deutschland entstand, haben wir bei jeder Gelegenheit, wo irgendwie Komplikationen zu entstehen drohten, uns dagegen gewandt. Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte in die deutschen Gewässer, weil wir darin eine Demonstration gegen Deutschland erblickten. Wir haben protestiert gegen die Reise des Königs Eduard nach Rußland. Wir haben protestiert gegen diesen Besuch, nicht nur deswegen, weil wir auch darin eine jener diplomatischen Wadenschäften erblickten, die bis zu einem gewissen Grade gegen Deutschland gerichtet sind, sondern wir haben auch dagegen protestiert, daß der Vertreter des englischen Volkes sich soweit erniedrigte, die Hände des Jaren zu drücken, die noch triefen vom Blute seiner eigenen Untertanen. (Beifall.) Und, Parteigenossen, wenn wir in diesem Geiste handeln, wenn wir in diesem Geiste bei jeder Gelegenheit für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt haben, so fühlen wir uns bei dieser Friedensaktion nicht als Engländer, wie auch Ihr Euch nicht bei solchen Gelegenheiten als Deutsche fühlt. Wir fühlen uns als Vertreter der Macht, die die Geschicke der Menschheit in ihren Händen trägt. Genossen und Genossinnen! Laßt uns darauf hinwirken, daß die Beziehungen der Völker nicht mehr geregelt werden durch Geheimverträge der Diplomaten, sondern daß überall die Völker selber über ihre Geschicke bestimmen und in voller Öffentlichkeit ihre Beziehungen zueinander regeln, dann wird es dahin kommen, daß wirklich Frieden und Freundschaft unter den Völkern der ganzen Welt herrscht. (Lebhafter Beifall.)

Sanders-London:

Genossen und Genossinnen! Ich habe die Ehre, dem Parteitage die brüderlichen Grüße der englischen Labour-Party and Fabian Society zu überbringen. Diese englische Arbeiterorganisation beglückwünscht die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem schönen Erfolge bei den Wahlen zum preussischen Landtage und zu dem unaufhörlichen Wachstum ihrer Bewegung. Gleichzeitig soll ich der aufrichtigen Dankbarkeit und Bewunderung Ausdruck verleihen für die Art, wie die deutsche Sozialdemokratie gegen die Versuche angefaßt hat, Feindschaft zwischen unsere beiden Völker zu säen und einen Krieg zwischen Deutschland und England zu entfesseln. (Beifall.) Die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt, besonders aber die des englischen und deutschen Volkes sind auf das engste mit der Fortdauer des Friedens verknüpft. Sie erscheinen gebieterisch, daß internationale Streitigkeiten anders beigelegt werden, als durch Anwendung barbarischer physischer Kraft. Was die deutsche Sozialdemokratie hier zu Lande getan hat, um den Arbeitern die Wahrheit dieses Wortes klar zu machen, werden wir auch in England fertig bringen. Wir werden mit äußerster Energie alle Versuche bekämpfen, einen Krieg zwischen Deutschland und England als unermehlich hinzustellen. Schon jetzt haben wir zu diesem Zweck Maßnahmen getroffen, die nicht ohne Erfolg geblieben sind. Je besser die organisierten Arbeiter der Welt einander in ihren Bestrebungen sich verstehen, um so schwerer wird es für die Herrschenden werden, einen Krieg zu beginnen. Würde dieser Parteitag nicht nur zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland beitragen, sondern möge er auch das Band zwischen den Arbeitern dieses Landes mit allen Ländern enger knüpfen. Das ist unser aller Wunsch in England. (Lebhafter Beifall.)

Winarsky-Wien:

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Schon auf dem 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine vor 40 Jahren waren Delegierte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung anwesend, wo die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung und die Unabhängigkeit von der Bourgeoisie beschlossen wurde. Seit dieser Zeit haben wir stets in enger Gemeinschaft mit der deutschen Arbeiterpartei gewirkt. Mit Bewunderung und Hochachtung haben wir den glänzenden Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie beobachtet und auf allen Parteitagss haben wir neues gelernt. Auch dieser Parteitag wird uns Gelegenheit zum Lernen geben und wir haben das um so notwendiger, weil wir sehen, daß auch die bürgerlichen Parteien Oesterreichs von den bürgerlichen Parteien Deutschlands zu lernen suchen. Die Parole des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie wird auch in Oesterreich ausgegeben. Und seitdem das neugewählte Parlament, für das wir in schwerem Kampfe 88 Sitze erlangen, zusammengetreten ist, haben wir auch eine mächtige Koalition aller bürgerlichen Parteien innerhalb des Parlaments gegen die Sozialdemokratie. Dieser Parteitag wird uns vor allem deshalb interessieren, weil wichtige taktische und organisatorische Fragen auf ihm erörtert werden. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen der Gegner wieder einmal zuschanden werden. Wir sehen in der öffentlichen Verhandlung dieser Fragen nur einen Beweis für die Stärke der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Uns interessiert auch das Problem der Jugendorganisation. Wir selber in Oesterreich haben seit langer Zeit eine Jugendorganisation, die in enger Gemeinschaft mit der Partei arbeitet und von der Partei wie von der Gewerkschaftskommission ideell und materiell unterstützt wird. Wir haben in Oesterreich mit der Jugendorganisation die besten Erfahrungen gemacht. Wir hoffen, daß diese Frage zum Wohle der Gesamtpartei auf diesem Parteitag gelöst wird. Wir haben stets Schuler an Schuler in enger Gemeinschaft trotz der trennenden Grenzen zusammengearbeitet. So wollen wir auch weiter wirken. Wir hoffen, von Euch zu lernen und auch in Eurer letzten Tagung Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit zu finden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der österreichischen Sozialdemokratie den besten Erfolg zu ihren Verhandlungen und begrüße Sie mit dem alten Parteikampfruf: Es lebe die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Hudsmans-Belgien:

Die belgische Arbeiterpartei schließt sich dem Friedensäußerungen unserer englischen und österreichischen Genossen an und begrüßt Sie brüderlich. Zwei Ereignisse haben die Politik unseres Landes in der letzten Zeit charakterisiert, erstens die Wahlen und zweitens die Uebernahme des Kongostaates. In den Wahlen haben wir mit einigen Parteigenossen gestiegt und haben zwei Mandate den Liberalen abgenommen und drei den Liberalen. Unsere Stimmenzahl hat sich um 8 Proz. erhöht. In der Kongostaatsfrage haben wir mit einer Ausnahme im Sinne der Stuttgarter Resolution gehandelt. Belgien hat den Kongostaat annektiert, nicht weil Belgien das wollte, sondern weil die Großmächte, und zwar England und die Vereinigten Staaten, es wollten und auch weil unser sehr verlichter, aber sehr wenigliebter König (Oesterreich und sehr gut!) es zu bunt gemacht hat. England und die Vereinigten Staaten haben Belgien aufmerksam gemacht auf die Grausamkeiten im Kongostaat; Deutschland hat das leider nicht getan. (Hört hört!) Wir haben im letzten Jahre die Wirtschaft Leopolds kennen gelernt. Gegenüber den Großmächten versprach er 1884 die Freiheit des Handels. Und was tat er? Er monopolisierte den Handel und versprach den Groß-

mächten den Schwarzen ein Vater zu sein. Und was tat er? Er nahm die Beische und markirte die Regier des Kongostaates. Weiter versprach er Belgien, daß es den Kongostaat unentgeltlich übernehmen könne. Und was tat er? Er hat um 64 Millionen Tringeld. (Sehr gut!) Belgien hat also den Kongostaat nicht annektiert, es ist der Kongostaat, welcher Belgien annektiert. Die Korruptionen im In- und Auslande haben Sie auch kennen gelernt. Sie haben gehört, von den „Belgiern“ in Deutschland, Sie haben gehört von den Parlamentariern in Italien und auch von den Businessmen (Geschäftspolitikern) in den Vereinigten Staaten. Also ist Belgien hineingetrieben in den englisch-deutschen Gegensatz, und unsere Neutralität ist dadurch geschädigt worden. Neue Opfer müssen wir bringen für den Militarismus und vielleicht auch für den Marinismus. Aber wir werden weiter kämpfen mit Ihrer Unterstützung für den internationalen Frieden, für die Entwicklung unserer Macht. Wir nehmen zur Debatte die Worte, die dort stehen: Trozig kämpfen, nicht vergagen, kalten Blutes alles wagen. (Bravo!)

Genossin Schönberg-Rußland:

Im Auftrage des Ausländischen Komitees des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, Livland und Polen überbringe ich dem Nürnberger Parteitag und damit der gesamten deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Wir haben stets mit lebhaftem Interesse alle Schritte der deutschen Bruderpartei verfolgt. Ihre Kämpfe haben unseren Mut und unsere Energie gestärkt. Das jüdische Proletariat hat zu leiden unter der wüsten, nationalistischen Hege, die von dem Schwarzen Hundert unter der offenen Billigung der Regierung veranfaßt wird. Schon kommt es in einigen Städten wieder zu Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, und wer weiß, ob nicht binnen kurzem das jüdische Proletariat wieder wird zu den Waffen greifen müssen, um sein Leben und seine Ehre zu verteidigen. Deshalb aber läßt es seinen Mut nicht sinken, denn es weiß, es kommt die Stunde, wo die Revolution, die jetzt scheinbar zu Tode getroffen am Boden liegt, sich wie der Riese Anteus mit neuen Kräften erhebt und dem Jarrismus den Gnadenstich versetzen wird. Dieser Sieg der russischen Revolution wird der Sieg des Proletariats der ganzen Welt sein. Wenn über Rußland die goldene Morgenröte der politischen Freiheit aufsteigt, so ist es wiederum die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, zu der wir aufschauen werden, um aus ihren Kämpfen und ihren Siegen zu lernen. Möge dieser Sieg nicht mehr fern bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Singer:

Ich habe dem Parteitag mitzuteilen, daß uns von der dänischen Sozialdemokratie in Kopenhagen sowie vom Zentralbureau der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei warme Begrüßungsschreiben zugegangen sind. Die russischen Genossen danken insbesondere für die Unterstützung, die ihm die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Jarrismus hat zuteil werden lassen. Ferner ist wie immer ein Schreiben von unserem alten Genossen Lehner aus London eingegangen, der leider durch seinen körperlichen Zustand verhindert ist, selbst zu schreiben, es sich aber nicht hat nehmen lassen, durch eines seiner Familienmitglieder dem Parteitage seine Grüße und Wünsche zu übermitteln. Ferner sind Begrüßungen eingegangen aus dem 17. württembergischen Kreise, aus Jmenau, aus Breslau usw. Ich danke all den Einsendern dieser freundlichen Begrüßungen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattet

Parteisekretär Müller-Berlin:

Sie haben den ausführlichen, gedruckten Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Partei im allgemeinen vor sich. Ich werde mich daher auf einige statistische Nachweisungen und Ergänzungen beschränken. Der Bericht ergibt, daß die Tätigkeit der Partei eine rege gewesen ist. Wenn die Zahl der Ausgänge im Bureau einen Rückgang erfahren hat gegen das Vorjahr, so liegt das daran, daß wir diesmal ein Geschäftsjahr von nur 11 Monaten hatten. Trotz der Krise haben sich die Organisationsverhältnisse gebessert, wenn auch nicht ein gleicher Zuwachs zu verzeichnen war wie im Vorjahre. Er beträgt nur 10,7 Proz. gegen vorher 38 Proz. Nur mit 12 Wahlkreisen haben wir keine Verbindung. Besonders erfreulich ist, daß auch in der Zeit der Krise die Zahl der Wahlkreise zugenommen hat, die ihre Beiträge erhöht haben. Es erheben jetzt 66 Wahlkreise einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich resp. 40 Pf. monatlich. Diese Beitragserhöhung ist notwendig, weil die Ausgaben der Organisationen immer mehr wachsen. Vor allem werden aus vielen Wahlkreisen immer mehr Anforderungen an Ausgaben für Bildungsbestrebungen gestellt, als das früher üblich war. Unsere Gegner, insbesondere der Reichsverband, behaupten immer, daß die sozialdemokratische Partei Jahresbeiträge von 36,80 Mk., 52 Mk., ja sogar 66 Mk. erhebe. Demgegenüber wollen wir feststellen, wie gering eigentlich die Beiträge sind. Was das Organisationsverhältnis anlangt, so sind in 26 Kreisen über 25 Proz. der Wähler organisiert. An der Spitze steht Leipzig-Land mit 41,7 Proz. Es folgen Hannover mit 30,5 Proz., Nürnberg mit 37,8 Proz., Erlangen mit 37,8 Proz., Binnberg mit 36,9 Proz., Offenbach mit 36,6 Proz., Bremen mit 35,7 Proz., Hamburg III mit 33,4 Proz., Altona mit 33,2 Proz., Gamm mit 33 Proz., Westballeland mit 32,5 Proz., Dresden-Land mit 30,7 Proz., Bielefeld mit 30,5 Proz., Verden mit 29,4 Proz., Garburg mit 29,2 Proz., Dresden rechts mit 28,3 Proz., Lübeck mit 28,1 Proz., ebenso Reuß j. L., Delmenhorst mit 27,9 Proz., Hamburg I mit 27,6 Proz., Hamburg II mit 27,4 Proz., Friedberg mit 26,9 Proz., Speyer mit 26,6 Proz., Meisen mit 26,1 Proz., Berlin VI mit 25 Proz., Gießenmünde mit 25,1 Proz. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß hier nur die großen Wahlkreise genannt sind. Selbstverständlich kann in kleinen Wahlkreisen mit sehr geringer Wählerzahl unter Umständen auch ein hoher Prozentsatz erreicht werden, der aber wenig beweisen würde. Die Zahl der Wähler läßt sich nicht absolut vergleichen mit der Zahl der Organisierten, weil unter diesen auch die unter 25 Jahre alten und die Frauen enthalten sind. Dadurch werden z. B. die Bezirke ungünstiger gestellt, in denen bereits früher Frauen organisiert werden konnten. Weiter haben wir statistische Auszüge gemacht über die Zahl der Organisierten in den einzelnen Wahlkreisen. Diese Statistik ist von Bedeutung, wenn wir über die Beiträge auf Einführung des proportionalen Systems beraten werden. Nach der Statistik haben wir 83 Wahlkreise unter 100 Mitgliedern, 41 Wahlkreise mit 100-200 Mitgliedern, 21 Kreise mit 200 bis 300 Mitgliedern, 27 Kreise mit 300-400 Mitgliedern, 18 Kreise mit 400-500 Mitgliedern, 10 Kreise mit 500-600 Mitgliedern, 9 Kreise mit 600-700 Mitgliedern, 12 Kreise mit 700-800 Mitgliedern, 11 Kreise mit 800-900 Mitgliedern, 6 Kreise mit 900 bis 1000 Mitgliedern, 51 Kreise mit 1000-2000, 26 Kreise mit 2000-3000, 16 Kreise mit 3000-4000, 7 Kreise mit 4000-5000, ebenfalls mit 5000-6000, 8 Kreise mit 6000-7000, 4 Kreise mit 7000-8000, 2 Kreise mit 8000-9000, 3 Kreise mit 9000-10 000, 2 Kreise mit 10 000-11 000, 1 Kreis mit 13 000-14 000, 1 Kreis mit 14 000-15 000, 1 Kreis mit 15 000-20 000, 1 Kreis mit 20 000-21 000, 1 Kreis mit 21 000-22 000, 1 Kreis mit 23 000 bis 24 000 und 1 Kreis mit 25 000-26 000. Die Agitation gegen das Reichsvereinsgesetz haben wir von vornherein mit den Gewerkschaften gemeinsam betrieben. Natürlich mußte die Agitation spezialisiert werden, weil unsere Genossen in Süddeutschland und den gemischt-sprachigen Gegenden sehr viel mehr von neuen reaktionären Bestimmungen betroffen wurden als die Genossen in Preußen und Sachsen. Es kam dazu, daß in einer Reihe von Bundesstaaten die Kräfte auf die Wahlkreisbewegung konzentriert wurden. Wir haben daher in diesem Falle nicht Versammlungen über ganz Deutschland an einem Tage angeregt. Es ist auch notwendig, daß nach dieser Richtung hin sich nicht eine Schablone einbürgert. In der nächsten Zeit wird es nun vor allem darauf ankommen, zu kontrollieren, wie das Reichsvereins-

gesetzlich in Deutschland gehandhabt wird. Wir haben ja in dieser Richtung in der kurzen Zeit seines Bestehens schon die allerbesten Erfahrungen gemacht. Ich erinnere vor allem an Breslau und Magdeburg, wo man die Versammlungen geschlossener politischer Vereine ebenso behandeln will, wie Versammlungen, die als öffentliche politische Versammlungen nach dem Vereinsgesetz zu betrachten sind. Es muß den Behörden immer mehr klar gemacht werden, wie nach den Erklärungen im Reichstage und den auf Grund dieser Erklärungen erlassenen Verordnungen das Reichvereinsgesetz aufzufassen ist. Ich erinnere an die bekannte Verordnung der Landräte in Preußen im Auftrage des Ministers des Innern, in der es ausdrücklich heißt: „Es darf deshalb auch, soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen, Versammlungen Raum läßt, ein solches doch niemals in kleinlicher und unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist und nur in dem zur Erreichung dieses Zweckes gebotenen Umfang. Auch auf Umwegen soll das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden.“ Eine ähnliche Erklärung ist auch für Sachsen vom dem Minister Hohenthal erlassen worden. Es wird deshalb Aufgabe der Fraktionen im Reichstage und in den Landtagen sein, die behördlichen Organe, die sich um diese Erklärungen nicht kümmern, Speigruhen laufen zu lassen.

Eine andere Frage, die noch nicht abschließend verhandelt werden konnte, ist die Frage der Organisierung der Land- und Waldarbeiter. Diese Arbeiter hat bisher der Verband der Fabrik- und Landarbeiter für sich reklamiert. Dagegen steht seit längerer Zeit eine Reaktion ein, weil dieser Verband in den Fabriken, namentlich der chemischen Industrie, noch ein sehr großes Organisationsgebiet hat, so daß es ihm einfach unmöglich ist, auch noch die Organisierung der Landarbeiter vorzunehmen. Wir haben ja auf dem Gewerkschaftskongress schon von Beginn an, daß beabsichtigt ist, eine besondere Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen, und inzwischen hat auch der Verbandstag der Fabrikarbeiter mit 35 gegen 31 Stimmen beschlossen, daß er in Zukunft auf die Landarbeiter verzichte und daß diese einer besonderen Organisation zugeführt werden sollen. Selbstverständlich wird auch ein besonderes Landarbeiterorgan gegründet werden. Daß diese Organisation vielfach anders zu behandeln ist, als die übrigen Gewerkschaften, ergibt sich schon aus den besonderen gesetzlichen Verhältnissen, unter denen die Landarbeiter, insbesondere in Preußen leben. Es ist erfreulich, daß wir uns von jetzt an auch im preussischen Landtage der Landarbeiter ganz besonders werden annehmen können. Wir können uns der Erklärung des Vertreters der General-Kommission Sabbath auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter nur anschließen, daß die Gründung eines besonderen Landarbeiterverbandes höchst dringend ist. Es ist das eine Aufgabe, an der Partei und Gewerkschaften ein großes Interesse haben, sie gemeinsam im Interesse der Landarbeiter und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu lösen. In einer ganzen Reihe von Orten sind bereits Verbindungen mit den Landarbeitern angeknüpft. Es werden dort politische Organe schon von Landarbeitern geleitet und das gemeinsame Arbeiten wird sicher die besten Früchte tragen.

Wir haben weiter im Bericht darauf hingewiesen, wie bei den preussischen Landtagswahlen Partei und Gewerkschaften in inniger Fühlung gestanden haben und daß wir der Gewerkschaftspresse eine Reihe von Artikeln zur Verfügung stellen, in denen auf die Bedeutung hingewiesen werden sollte, die die preussischen Landtagswahlen, insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung, haben. Es waren sechs Artikel allgemeinen Charakters, und einer, der ganz besonders für die Bauberufe zusammengestellt war.

Auch in bezug auf die Parteischule sind wir neuerdings mit den Gewerkschaften in Beziehung getreten. Die Darstellung in der Presse über eine Vereinbarung mit der General-Kommission ist nicht ganz richtig, schon weil diese nach ihren Aussagen und Mitteln zu solchen Abkommen nicht in der Lage ist. Wir haben der General-Kommission erklärt, daß wir bereit sind, einzelne Sätze auch an Mitglieder der Gewerkschaften zu überweisen. So werden wir auch auf dem am 1. Oktober beginnenden Kursus je einen Vertreter des Bergarbeiters- und des Maurerverbandes begrüßen können. Zum nächsten Jahre hat uns der Transportarbeiterverband die Zuweisung von einem oder mehreren Kollegen zugesagt, so daß wir hoffen, daß auch in bezug auf die Parteischule eine innigere Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden wird. Die Unterhaltungskosten für die Familien der Parteischüler werden nicht mehr von der Zentrale, sondern von den Bezirken getragen werden. Natürlich werden Bezirke mit geringeren Mitteln Zuschüsse erhalten. Die Parteischule war kritisiert worden. Es ist aber gar nicht daran zu denken, sie etwa eingehen zu lassen. (Sehr richtig!) Das kritische Material und die Erfahrungen genügen in keiner Weise, um irgend eine Veränderung einzutreten zu lassen. Es ist eine bessere Auswahl der Schüler empfohlen worden. Aber wie geschieht denn die Auswahl? Zunächst durch Vorschläge der einzelnen Agitationsbezirke, die dort geprüft sind. Dann wird ein Ausschuss des Lehrerkollegiums eingesetzt, der das Schülermaterial prüft und für die engere Auswahl Vorschläge macht. Dann erfolgt eine erneute Prüfung nach der Richtung, daß die einzelnen Bezirke Deutschlands in der Parteischule Vertretung finden. Wir wollen in keiner Weise etwas gemein haben mit der Art und Weise, wie der Reichsverband seine Agitatoren heranzieht, die ja nichts als ein verächtlichster Abkömmling der Münchener-Gladbacher Jesuitenschule ist, nur in das Evangelische übergeht. Gewiß wäre für viele, ja für die meisten ein einjähriger statt des halbjährigen sehr gut. Aber auch in einem ganzen Jahre läßt sich all das notwendige Wissen nicht beibringen. Woraus es ankommt, ist dem Schüler die Methode des Denkens und Arbeitens beizubringen, damit er, wenn er in seinen Beruf zurückkehrt oder ein Parteimitglied bestrebt, sich selbst weiterhelfen kann. Wir haben in der letzten Zeit infolge einer Enquete gehört, wie die einzelnen Schüler über die Erfahrungen auf der Parteischule denken. Aber wir haben ja da ein besseres Material zur Prüfung: Wenn der Kursus zu Ende ist, hält der Parteivorstand unter Hinzuziehung der Lehrer eine gemeinsame Sitzung mit den Schülern ab, in der die Schüler ihre Erfahrungen und Meinungen zu Protokoll geben. Die Aussicht, etwa nach Abschluß des Kursus eine Stellung für die Schüler in der Partei zu sichern, können wir nicht gewähren, schon weil die meisten Stellen in der Partei durch örtliche und Bezirksorganisationen besetzt werden. Aber von den 64 Schülern der beiden Kurse sind heute schon zwei Drittel in Stellungen in der Partei oder in Gewerkschaften. An den Kursen nehmen auch eine Reihe von Agitatoren teil, die ihren bürgerlichen Beruf haben, selbständig sind und gar keine Parteistellung wollen.

Nach dem Bericht ist auch das vom Essener Parteitag beschlossene Pressebureau eingerichtet worden. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat sich schon seine Notwendigkeit ergeben. Insbesondere hat die kleinere Parteipresse mehrfach ihre Befriedigung über die Nachrichten vom Pressebureau ausgesprochen. Gewiß ist noch vieles besser zu machen und nachzuholen, mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse der großen, mittleren und kleinen Presse. Für die Uebernahme der Telefonkosten auf Generalumkosten des Pressebureaus müssen noch weitere Erfahrungen gemacht werden. Die Kosten sollen ja zum Teil auf die Parteiblätter repariert werden. Ebensovienig war es bisher möglich, gewerkschaftliche Berichte einzuführen.

In der Kontrolle der Pressegeschäfte haben wir einen Schritt vorwärts getan. Mit der Erledigung der Geschäfte im westlichen Industriegebiet ist Genosse Heinrich beauftragt. Wir beschäftigen, ähnlich auch in anderen Bezirken vorzugehen. Ein Jahr der Arbeit liegt hinter uns. In den einzelnen Bundesstaaten hatten wir Wahlrechtskämpfe zu bestehen. Der preussische Landtagswahlkampf hat bewiesen, was zu erreichen ist, wenn Kleinarbeit geleistet wird. Im Jahre 1908 sind in Berlin allein mehr Stimmen abgegeben, als im Jahre 1903 in ganz

Preußen. (Hört! hört!) Selbstverständlich ist mit den Wahlen die Wahlrechtsbewegung nicht beendet. Wir werden noch sehr viele Arbeit zu leisten haben. Darüber werden wir natürlich andere, größere Aufgaben nicht vernachlässigen. Sie können sicher sein, daß auch das neue Jahr ein Jahr sein wird, wo es keine Ruhe gibt.

Ich komme nun zu den Vorschlägen über die Frauenorganisationen. Diese sind zunächst nur als provisorische zu betrachten. Eine endgültige Regelung erfolgt, wenn der Parteitag die Revision des Organisationsstatuts beendet wird, was ja voraussichtlich in den nächsten Jahren geschieht. Ich kann mich in dieser Sache kurz fassen, weil ja die Frauenkonferenz den Vorschlägen ihre Zustimmung erteilt hat. Ich beziehe mich da auf die Vorschläge der Genossin Jeklin, die Ihnen durch die Presse bekannt sind. Wir haben bisher schon in einer Reihe von Bundesstaaten die Möglichkeit gehabt, die Frauen der Organisation anzugliedern, und da vorher die Möglichkeit durch das Gesetz beschränkt war, haben wir verstanden, sie der losen Organisation so gut anzupassen, daß man mit Recht sagen kann, sie haben auf die reaktionären Bestimmungen des Gesetzes gezipft und getan, was im Interesse der Sozialdemokratie allgemein und im Interesse der sozialdemokratischen Frauenbewegung im besonderen notwendig war. (Sehr richtig) Das Reichvereinsgesetz bedeutet ja nur einen unwesentlichen Fortschritt nach dieser Richtung hin. Wesentlich ist das Gesetz nur zustande gekommen, weil es den Agrariern nicht mehr paßte, alljährlich die Vorstellungen im Zirkus Busch ohne ihre Frauen zu besuchen. Wir schlagen zunächst vor, daß keine Sonderorganisationen der Frauen gegründet werden sollen. Wir halten das für absolut selbstverständlich. Die deutsche Sozialdemokratie steht ja seit langem auf dem Standpunkt, daß vor allem Einheitsarbeit der Bewegung notwendig ist. Frauenbildungsvereine sollen nur dort als Ausnahmen bestehen bleiben können, wo die Genossinnen des Ortes mit den Genossen dies wünschen. Aber die Mitgliedschaft in solchen Frauenbildungsvereinen darf unter keinen Umständen einen Ersatz für die Zugehörigkeit zur Organisation bilden. In erster Linie sind die Frauen verpflichtet, der Wahlkreisorganisation beizutreten. Es liegt kein unbedingtes Bedürfnis vor, alle Frauenbildungsvereine unmöglich zu machen. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Frauenbildungsvereine ausgezeichnete zur Aufklärung der Frauen geleistet und daher ist die Erhaltung dieser Vereine empfehlenswert. Aber dringend muß daran festgehalten werden, daß die Frauen in diesen Vereinen nur diskutieren, daß sie sich über Probleme der Sozialdemokratie aufklären, aber unter keinen Umständen feste, für die Organisation bindende Beschlüsse fassen können. Wir schlagen ferner vor, daß die Beiträge für die Frauen niedriger sein können als für die Männer. Man hat hieraus gefolgert, daß dadurch ein Sonderrecht für die Frauen statuiert werden sollte. Ich halte diesen Vorwurf für unbedeutend. In erster Linie haben wir dafür zu sorgen, die Frauen in Massen zur Organisation heranzuziehen, und wir haben ja auch bei Beratung der Beiträge für die Frauen in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Organisationen die Erfahrung gemacht, daß nachträglich die Beiträge niedriger festgesetzt worden sind, als die Frauen es selbst wollten. Zweifellos liegt ein Bedürfnis vor, die Möglichkeit niedrigerer Beiträge für die Frauen zu schaffen. Es sollen dann — entsprechend ihrer Zahl — die Genossinnen im Vorstand vertreten sein, zum mindesten soll eine Genossin dem Vorstande angehören. Ich halte das für selbstverständlich. Wir wollen doch dadurch einen Ersatz schaffen für die Vertrauensperson. Wir müssen im Vorstand eine Frau haben, die in Fühlung bleibt mit der Gesamtheit und das Notwendige tut, um bei der Organisation der Eigenart der Frauen Rechnung zu tragen. Es ist gesagt worden, daß dieser Postus teilweise undurchführbar sei, weil in einer Reihe von Orten Genossinnen nicht vorhanden sind, die dem Vorstande angegliedert werden könnten. Diese Frage braucht uns nicht zu berühren, wir haben nur den Grundjah aufzustellen, was zu geschehen habe. Wo keine Frauen sind, oder wo sich keine Frau bereit erklärt, in den Vorstand einzutreten, kann selbstverständlich keine Frau gewählt werden. Absatz 5 unserer Vorschläge enthält den Passus, daß die Frauen die für die Frauen notwendige Organisation zu betreiben haben. Selbstverständlich muß die Gesamtheit des Parteivorstandes der Gelder zur Agitation bewilligen. Eine getrennte Kassenerhebung ist nicht mehr gestattet. — Gegen Absatz 6, der zunächst Bezug nimmt auf die Frage der Delegation, hat sich Widerspruch erhoben. Ursprünglich hatten die Frauen das Recht, besondere Delegierte zum Parteitag zu wählen. Dieses Recht wurde ihnen auf dem Berliner Parteitag — auf Antrag der Genossin Wader — wieder genommen. Aber auf Grund späterer Erfahrungen wurde die Bestimmung auf dem Frankfurter Parteitag wieder eingeführt, und auch bei der Beratung des Organisationsstatutes in Jena und Mannheim hat man die Sonderbestimmung stehen lassen. Die ganzen Vorschläge sind als Provisorium zu betrachten, es wird sich ja zeigen, inwieweit bei der Neuregelung des Organisationsstatutes eine Veränderung Platz zu greifen hat. Wenn durch das Proportionalwahlrecht die Vertretung überhaupt anders geregelt wird, wird es natürlich nicht mehr notwendig sein, besondere Rechte für die Frauen zu statuieren. Sollte die Praxis etwas ergeben, was wir nicht wünschen wollen, nämlich, daß die Frauen in bezug auf die Delegation nicht zu ihrem Rechte kommen, dann wären wir immer noch in der Lage, besondere politische Frauenbestimmungen einzuführen. (Weiter!) die es den Frauen ermöglichen, unter allen Umständen auf dem Parteitag vertreten zu sein. Ziffer 6 bestimmt, daß das Zentralsbureau der Frauen bestehen bleiben soll. Auch das empfehlen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das Bureau hat bereits Fühlung mit den meisten Wahlkreisen, und es liegt keine Veranlassung vor, daß sich der Parteivorstand der Partei in seinen Sitzungen mit allen Einzelheiten der Frauenorganisation befaßt. Wichtige Angelegenheiten muß er natürlich in seiner Gesamtheit erledigen. Es ist schon deshalb selbstverständlich, weil ja auch in der Zentralkasse keine getrennte Kassenerhebung vorgesehen ist, sondern weil die Bewilligung der Mittel durch den gesamten Parteivorstand zu erfolgen hat. Die Bestimmung, daß eine Vertreterin der Genossinnen im Zentralsbureau dem Vorstand angegliedert werden soll, ist mißverstanden worden. Das ist so auszulegen, daß aus dem Bureau eine Frau zu den Sitzungen des Vorstandes delegiert wird. Die Frauenkonferenz hat ja beschlossen, daß zwei Genossinnen in den Parteivorstand aufgenommen werden, die in Zukunft die Frauenorganisation für Deutschland zu betreiben haben. Wir wünschen auch, daß die Genossinnen genau so wie alle übrigen Mitglieder des Parteivorstandes vom Parteitag gewählt werden. Sache des Parteitages ist es, sich zu entscheiden, wen er wählen will. Er ist souverän, aber die Wahlen sollen nicht auf Grund eines indirekten Wahlmodus erfolgen. Keine Bestimmungen sieht unser Vorschlag vor über die Frage des Weiterbestehens der Frauenkonferenzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Frauenkonferenzen auch in Zukunft abgehalten werden. Das ist durchaus berechtigt. Es geht nicht an, daß der Parteitag der Gesamtpartei sich mit diesen speziellen Fragen beschäftigt, denn sonst würde es dahin kommen, daß wir länger als eine Woche tagen oder den Parteitag mit den geschäftlichen Angelegenheiten belasten müßten und das liegt gewiß nicht im Interesse der Partei. Mit Rücksicht darauf, daß die Frauenkonferenz ihr Einverständnis erklärt hat und daß es sich nur um ein Provisorium handelt, bitten wir, unserem Vorschlage zuzustimmen, bis eine endgültige Regelung erfolgt.

Nun zur Frage der Jugendorganisation. Ein Antrag wünscht freilich, daß wir aus taktischen Gründen diese ganze Frage nicht behandeln. Ich glaube aber, daß es nicht angängig ist, von einer Behandlung der Frage abzusehen, wenn ich es auch für unbedingt erforderlich halte, sie einer Kommission zu überweisen, die dem Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Allerdings erscheint es mir nicht möglich, auf alle Fragen einzugehen, die in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Frage der Jugendorganisation in der Parteipresse erörtert worden sind. Sie wissen alle, daß unsere Jugendorganisationen in Deutschland keine Gründung der Partei oder der Gewerkschaften sind. In dem Bericht, der seinerzeit der ersten Jugendkonferenz der

Jungen Garde zugestellt worden ist, ist ja auch ausgesprochen, daß man erwartet hätte, daß der Parteitag in Bremen der Frage der Gründung von Jugendorganisationen näher treten würde, was er aber nicht getan hat, und kurz nach dem Bremer Parteitag sind Jugendorganisationen gegründet worden aus der Jugend heraus, unter Anteilnahme einer Reihe erwachsener Genossen, die sich dafür interessierten, aber nicht im Auftrage der zuständigen Instanzen handelten. Im September 1904 ist die „Junge Garde“ gegründet worden. In Offenbach ist schon ein Jahr früher die Gründung eines Jugendvereins erfolgt und bald darauf wurde auch in Berlin eine Jugendorganisation gegründet. Aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ergab es sich, daß diese Organisationen in Norddeutschland unpolitisch, in Süddeutschland politisch waren. Der Parteivorstand hat demgegenüber eine abwartende Stellung eingenommen. Es ist zwar behauptet worden, daß die Art und Weise, wie die Frage von vielen Genossen behandelt worden ist, in Widerspruch steht mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Paris und Stuttgart. Das ist nicht der Fall, auch im Auslande haben wir lose Jugendorganisationen, und es ist noch niemandem eingefallen zu behaupten, daß diese im Widerspruch zu den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen. Auch der Essener Parteitag hat ja einen Beschluß gefaßt, der sich prinzipiell mit der Frage der Jugendorganisation befaßt und der zunächst die internationale Betreibung der Schaffung von Jugendorganisationen verlangt. Wir haben keine Veranlassung genommen, diesen Beschluß sofort auszuführen, wir hätten es nicht beantworten können, in einem Moment, wo das Reichvereinsgesetz bereits in der Schwere war, wo die Reaktion bereit war, jede Jugendorganisation unmöglich zu machen, eine intensive Agitation zur Schaffung von Jugendorganisationen einzuleiten. Wir waren nicht in der Lage, offizielle Agitatoren hinauszuschicken, um Jugendorganisationen zu gründen, denn dann wäre auch der dümmste Staatsanwalt imstande gewesen, zu konstruieren, daß es sich um politische Organisationen handelt. Wir haben nicht erwartet, daß ein taktisch so unglücklicher Antrag vom Parteitag angenommen wird. (Sehr richtig!) Auch über die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sind Unrichtigkeiten verbreitet. Von einem Scheinkonventikel kann gar keine Rede sein. Der Parteivorstand ist zu der Sitzung der Zentralsbünde eingeladen worden. Er hatte auch ein Mitglied dahin delegiert. Wir waren vollkommen informiert über das, was dort vorging. Andererseits kam man es auch den Gewerkschaften überlassen, über alles, was in den Konferenzen der Zentralsbünde beraten wird, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. (Sehr richtig!) Ich habe schon auf der Darmstädter Konferenz der „Jungen Garde“ erklärt, daß wir im Prinzip mit der Gründung einverstanden waren, aber ich stelle ausdrücklich fest, daß eine Uebereinstimmung tatsächlich erfolgt ist, nachdem das Reichvereinsgesetz angenommen war, wenn wir auch im Prinzip einig waren, so haben wir uns doch nicht am 21. April 1908 auf gemeinsame Grundsätze festgelegt. Wir hatten aus taktischen Gründen vereinbart, daß — wenn das Reichvereinsgesetz noch nicht erlobt wäre — auch der Gewerkschaftskongress den Abmachungen nicht die Zustimmung geben sollte. Auch aus der Belanglosigkeit unserer Stellungnahme kann und kein Vorwurf gemacht werden. Am 21. April erfolgte die Zustimmung und bereits acht Tage später auf der außerordentlichen Generalversammlung der „Jungen Garde“ in Darmstadt gab Robert Schmidt — im Auftrage der Generalkommission und nicht im Auftrage des Parteivorstandes — Erklärungen ab. Wir haben damals bereits gar keinen Zweifel über die Stellung des Parteivorstandes gelassen. Wenn uns von der „Leipziger Volkszeitung“ der Vorwurf gemacht ist, wir hätten hinter dem Berge gehalten, so ist das nur dadurch zu erklären, daß die Redaktionen selbst unserer großen Blätter so schwach besetzt sind, daß so etwas einmal in der Hitze passieren kann. Sie wissen ja, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ im vorigen Jahre monatlang einen akademisch gebildeten Redakteur zur Erweiterung ihres Redaktionsstabes gesucht hat, doch nicht etwa, damit Venzl einen satzaktionfähigen Kollegen hat? (Große Heiterkeit.)

In bezug auf unsere Haltung gegenüber den Jugendorganisationen kann kein Vorwurf gemacht werden. Parteivorstand und Generalkommission haben alles getan, was getan werden konnte. Nachdem durch das Reichvereinsgesetz ein neuer Rechtszustand geschaffen war, mußte natürlich die vorhandene Jugendorganisation dazu Stellung nehmen. Daraus, daß die norddeutsche Organisation unpolitisch war, ergab sich, daß sie keine Veranlassung hatte, irgendwelche Veränderungen einzutreten zu lassen. (Sehr richtig!)

Die süddeutschen Jugendorganisationen dagegen waren ausgesprochene politische Organisationen. Sie unmöglich zu machen, war ja der Zweck der neuen Bestimmung des Reichvereinsgesetzes, und es war dann selbstverständlich, daß ich auf der Darmstädter Konferenz erklärte, daß politische Jugendvereine unmöglich sind, und daß wir deshalb auf anderem Wege versuchen müßten, die Jugend in sozialistischem Geiste zu erziehen und sie über das Wesen des Sozialismus aufzuklären. (Sehr richtig!) Der Vorwurf, daß die „Junge Garde“ vor der Reaktion zurückgewichen ist, trifft nicht zu. Sie hat die richtigen Konsequenzen aus dem Reichvereinsgesetz gezogen, als sie sich auflöste. Sie hat sich damit dem bestehenden Rechtszustand angepaßt. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die „Junge Garde“ hätte nicht ohne Kampf ihre Position aufgeben dürfen. (Sehr wahr!) Mit Recht ist bereits erwidert worden, daß es mit unserem Verantwortlichkeitsgefühl sehr schlecht bestellt sein müßte, wenn wir die „Junge Garde“ in einen Kampf mit der Polizei und den Verächtern hineinziehen wollten. (Sehr gut!) Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß die Rechtsverhältnisse unter dem neuen Vereinsgesetz viel schärfer liegen als früher. Nicht nur der Vorstand, der Jugendliche aufnimmt, wird in Zukunft bestraft, sondern es kann auch jeder Jugendliche unter 18 Jahren, der dem Verein angehört, bestraft werden. Dazu kommt, daß in einer ganzen Reihe von Städten, besonders in Berlin, fortwährend Versuche gemacht werden, unsere Organisationen zu beschließen. Sie können sich also denken, wie es den Jugendlichen gehen würde, und schon deshalb müßten wir uns darüber klar sein, daß Politik in solchen Vereinen nicht getrieben werden darf. Unsere Resolution, die sachlich mit der des Gewerkschaftskongresses übereinstimmt, ist nicht verstanden worden. Es ist so hingestellt, als ob der Parteivorstand genötigt sei, die gewerkschaftlichen Fachabteilungen als Ersatz für die frühere selbständige Jugendorganisation anzusehen. Davon kann gar keine Rede sein. Die gewerkschaftlichen Fachabteilungen müssen hier ganz auscheiden, sie haben ganz andere Aufgaben. Wir haben ja auch nur bei ganz wenigen Gewerkschaften Fachabteilungen, nur da, wo die besonderen Verhältnisse sie bedingen. Die meisten Gewerkschaften denken gar nicht an die Gründung von Fachabteilungen, sie sind auch nicht dazu verpflichtet. Unserer Meinung nach darf die Jugend nicht beruflich getrennt sein, sondern im Interesse der Entwicelung des Klassenbewußtseins muß die Jugend aller Berufe in einem Orte gemeinsam ihre Bildungsbestrebungen fördern. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß die Jugendorganisationen irgendwie mit dem politischen Tageskampf in Verbindung kommen. Wir beschäftigen vielmehr, im Sinne unserer Weltanschauung die Bildungsbestrebungen der Jugendlichen zu fördern und die Wäden in ihrer Schulbildung auszufüllen. Wir haben ja, was wieder auszusprechen ist, Jugendlichen in der Geschichte gelehrt wird, wir haben die Jugendlichen im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zu unterweisen; wir haben ihnen in bezug auf das religiöse Programm näherzutreten, weil ja gerade auf diesem Gebiete unendlich viel gesündigt wird. Ich erinnere da nur an den Satz: „Jesus Christus lieb haben ist mehr wert als alles Wissen.“ Wir haben ferner die Naturwissenschaften in das Bereich der Betrachtungen zu ziehen, wir haben die Jugend über Verfassungsfragen und volkswirtschaftliche Fragen aufzuklären.

Daneben darf die körperliche Pflege der Jugend nicht vernachlässigt werden. Am meisten erörtert wurde in den großen Diskussionen der letzten Zeit die Frage der besonderen Jugend-

Organisationsform. (Zum Abschluß 5.) Man folge auf diesem Pfade, es solle die selbständige Bewegung der Jugendorganisationen unterdrückt werden. Davon kann keine Rede sein. Niemand denkt daran, etwa die Arbeiterjugend unter Skutzel zu stellen, sie schulmeisterlich zu wollen. Wir müssen aber im Auge behalten, daß in allen Fragen, bei denen die Jugendorganisationen herangezogen werden können, immer das politische Moment ausgeschaltet und das Bildungsmoment in den Vordergrund gestellt werden muß. Daher sind alle die Vorwürfe, daß man der Jugend der sozialdemokratischen Partei weniger Bewegungsfreiheit geben wolle, als die christlichen, besonders die katholischen Organisationen ihrer Jugend geben, ganz hinfällig.

Als ich das gelesen hatte, habe ich mir gesagt: „Heiliger Nepomuk, wenn es uns einfiel, der Jugend selbst in der lossten Organisationsform so wenig Bewegungsfreiheit zu geben, wie die katholische Kirche! Die denkt gar nicht daran, irgendwie der Jugend Selbständigkeit zu geben.“ Man braucht nur die Grundsätze zu lesen, die an die Präsidien der Vereine weitergegeben wurden, an die Vorschriften, wie der Meister sich um das Wohl seiner Lehrlinge und Gesellen zu kümmern habe, um den ganzen Geist kennen zu lernen. Es ist gesagt worden, selbständige Jugendorganisationen sind deshalb notwendig, weil sie das beste Erziehungsmittel sind, um das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen zu stärken, die Persönlichkeit zu erziehen und Charaktere zu entwickeln. Das beruht zum Teil auf Übertreibung. Es kommt vielmehr auf den Geist an, der in den Organisationen herrscht, als auf die Form. Wenn die sozialdemokratische Partei, die erwachsene, das Sozialistengesetz überwunden hat, wenn sie, auch in der lossten Form Charaktere erzieht und Idealismus in die Herzen verpflanzen konnte, so wird das bei der empfindlicheren Jugend erst recht möglich sein. Auch nach der anderen Seite wird sehr übertrieben. Vor allem ist Absatz 5 unserer Vorschläge, die ja auch die Zustimmung der Generalkommission gefunden haben, so aufgefaßt worden, als ob das Wort: „Besondere Jugendorganisationen“ die Selbstverwaltung der Jugend vollständig einschließen sollten. Das ist durchaus nicht damit gesagt. Es soll nur gesagt werden, daß die Jugend nicht ziellos sich selbst überlassen werden soll.

Die Hamburger Genossen haben, während die Parteigenossen noch darüber stritten, das Problem eigentlich praktisch schon gelöst. Sie haben eine im besten Sinne muttergiltige Organisation eingerichtet, und zugleich in einer Form, die durchaus im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen steht. Da heißt es im Absatz 5 an der Spitze: „Den jungen Leuten soll die Selbstverwaltung ihrer Organisation möglichst vollständig überlassen werden.“ Auf die Hamburger Organisation hat ja auch auf dem Gewerkschaftskongress Robert Schmidt in seinem Schlusswort schon ausdrücklich Bezug genommen. Mit dem Wort: „Besondere Jugendorganisation“ haben wir nicht aussprechen wollen, daß wir eine selbständige Jugendorganisation haben wollen, sondern nur eine im Zusammenhang mit der großen Arbeiterbewegung. Aber damit kommen wir auch gleich auf die Schwierigkeiten des Problems. Es kann nicht die Rede davon sein, daß Partei und Gewerkschaften unter den bestehenden gesetzlichen Verhältnissen irgendwie sich die Organisationen der Jugend angliedern. Eine solche Organisation mit größtmöglicher Selbstverwaltung kann nur angegliedert werden an Bildungsorganisationen, die einen ganz ausgesprochen unpolitischen Charakter haben. In Hamburg haben wir solche Bildungsorganisationen auch in Leipzig und Dresden. In Berlin haben wir die Arbeiterbildungsschule und werden wahrscheinlich in nächster Zeit einen Bildungsausschuß bekommen, wie ja überhaupt eine Bewegung im Gange ist, eine möglichst große Zahl solcher unpolitischer Bildungsausschüsse hervorzurufen. Vor allem muß selbstverständlich in bezug auf die Altersgrenze Vorsorge getroffen werden. Die Resolution befaßt darüber nichts. Die ganze Frage wird ja einer Kommission überwiesen werden. Wir stimmen wohl alle darüber ein, was auf der Generalversammlung der Jungen Garde gesagt worden ist: „Wenn die Jugend das 18. Jahre erreicht hat, hat sie die Pflicht, sich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, der gewerkschaftlichen aber schon vor dem 18., soweit sie organisationsfähig ist.“ Nun erwarre ich ja ganz bestimmt, daß die bestehenden Vereine, soweit sie sich nicht wie die süddeutschen aufgelöst haben, sich den Verhältnissen anpassen werden. Ich kann aber erklären, daß selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, weder der Parteivorstand noch die Generalkommission irgend einen Versuch machen wird, etwa der Jugendorganisation das Genid zu brechen. Ich betone das gegenüber den Freherörterungen der letzten Zeit, als ob es sich um eine Erdrosselung, eine Abwürgung von Parteiwegen handelte. Selbstverständlich müssen wir neben diesen Bildungsbestrebungen auch für die politische Aufklärung der Jugend sorgen. In den Vereinen kann es nicht geschehen; auch deshalb ist es notwendig, unter allen Umständen in den einzelnen Städten, wie es die Resolution verlangt, Agitationskomitees einzurichten. In der Begründung des Vereinsgesetzes motivierte die Regierung die Nichtaufnahme einer Bestimmung über die Jugendlichen damit, daß es auch auf anderem Wege möglich sei, an die Jugend heranzukommen. Diesen Beweis wollen wir allerdings liefern. Vor allem werden diese Komitees sich zu befassen haben mit der wichtigen Frage der Begründung einer Zeitung für die Jugendlichen, mit einem Blatt, in dem die politische Aufklärung der Jugend betrieben wird, in der das Notwendige über den Sozialismus gesagt wird in einer Form, die der Jugend zuträglich ist; auch in bezug auf das Wesen des Militarismus und Kapitalismus. Selbstverständlich wird sich diese Jugendorganisation nicht nur beschränken auf die Jugend vom 14. bis zum 18. Jahre, sondern wir werden auch Bestrebungen zur Organisierung der Jugendlichen bis 20 Jahren in ihnen fördern müssen.

Wir haben jetzt bereits auf beide bestehende Jugendorgane 20 000 Abonnenten. Es wird gut sein, wenn ein solches Blatt gegründet wird, was in ganz Deutschland seine Abonnentenzahl finden kann, das sich vor allem vor dem Auslande nicht mehr zu besorgen braucht. Es ist in der Resolution auch Bezug genommen auf den Lehrlingsklub. In dieser Frage arbeiten ja Jugendorganisationen und Gewerkschaften ohne Differenz gemeinsam. Die Zahl der bisher organisierten Jugendlichen ist freilich noch verhältnismäßig gering. Wir haben nach der letzten Gewerbebeziehung im Jahre 1895 nahezu 3 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren erwerbstätig gehabt. In den evangelischen Junglingsvereinen sind etwa 120 000 organisiert und in den katholischen 200 bis 240 000. Gegenüber dieser großen Zahl nimmt sich unsere Jugendorganisation noch ziemlich gering aus mit ihren etwa 10—12 000 Organisierten. Wir haben alles Interesse daran, möglichst einmütig und einheitlich in dieser Frage der Organisation der Jugendlichen vorzugehen. Sie wird nur zweckmäßig gelöst werden können, wenn Partei und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Zum Beispiel sind uns konfessionelle Bildungsvereine noch weit voraus in bezug auf die Beschaffung von Lokalen, in denen sich die Jugendlichen im Winter treffen können. Hier müssen noch sehr viel Kosten aufgewendet werden, wenn wir Gleichwertiges schaffen wollen. Auch ein gut geleitetes Organ der Jugendorganisation als Agitationsmittel wird wahrscheinlich in den ersten Jahren größere Zusätze erfordern. Ich kann deshalb nicht annehmen, daß sich ein großer Widerstand gegen diese gemeinsamen Abmachungen von Partei und Gewerkschaften, wie ich sie dargelegt habe, geltend machen wird. Sie werden mit mir darin einig sein, daß wir vermeiden müssen, auf diesem Gebiete Differenzpunkte zu

schaffen. Es darf nicht so kommen, daß, wenn der Parteitag über die Frage der Jugendorganisation beschließt, die Gewerkschaften sagen können: das paßt uns nicht, wir werden abseits stehen und uns um die ganze Sache nicht kümmern. Kein Partei und Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß diese Frage gemeinsam gelöst wird in einer Weise, wie sie sowohl Partei und Gewerkschaften befriedigt. Wenn Sie in diesem Sinne die Abmachungen, die wir getroffen haben, besiegeln, dann werden nur ganz wenige Jahre vergehen, und wir werden den Vorprung, den die konfessionellen Verbände vorläufig haben, eingeholt haben. Wir werden dann neben der großen politischen Partei und der großen Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland eine Jugendbewegung haben, die sich in der ganzen Welt sehen lassen kann. (Lebhafter Beifall.)

Zur Berichterstattung über die Einigungsverhandlungen zwischen den Zentralverbänden und den Lokalfisten nimmt nunmehr das Wort

Parteisekretär Ebert-Berlin

Wir haben Ihnen über diese Einigungsverhandlungen im schriftlichen Bericht bereits Mitteilung gemacht. Danach ist festgestellt, daß es durch die Verhandlungen gelungen ist, etwa 5000 Lokalfisten den Zentralverbänden zuzuführen. Ueber die Zahl derjenigen, die bei der „Freien Vereinigung“ geblieben sind, kann bestimmtes nicht mitgeteilt werden. Einmal sind außer den geschlossenen mit ihren Vereinen übergetreten auch eine große Anzahl Einzelmitglieder von den Lokalfisten in die Zentralverbände übergegangen und zweitens waren die Angaben der „Freien Vereinigung“ über ihren früheren Mitgliederbestand mit größter Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls steht heute fest, daß die „Freie Vereinigung“ mit dem bei ihr verbliebenen Rest der Mitglieder für die gewerkschaftlichen Kämpfe nirgends mehr ernstlich in Frage kommen kann. In der politischen Haltung der Lokalfisten ist seit dem letzten Parteitag eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Sie sind zwischen Sozialismus und Anarchismus hin- und herpendelt, und der Rest der Mitglieder, der bei der „Freien Vereinigung“ verblieben ist, hat sich schließlich ganz offen zu den anarchischen Bestrebungen der Syndikalisten in den romanischen Ländern bekannt. Auf ihrem letzten Kongress in diesem Jahre hat die „Freie Vereinigung“ zwar nicht ihr früheres Programm geändert, sie gab ihm aber eine andere Interpretation. Die Interpretation wird als authentisch erklärt und es wird weiter bestimmt, daß diese Interpretation für die Geschäftsleitung und für die Redaktion der „Einigkeit“ verbindlich sein soll. Auf einige Punkte dieser Programmänderung muß ich hinweisen, um darzutun, daß unsere Charakterisierung der „Freien Vereinigung“ gerechtfertigt ist. So sagte der Referent: „Wir müssen uns das Organ der französischen Syndikalisten zum Muster nehmen, das nicht hin- und herpendelt, das nicht anarchisch, aber auch nicht parlamentarisch-sozialdemokratisch, sondern einfach ein Organ der syndikatisierten Gewerkschaften ist, die sich aus Interessenvertretungen zusammensetzen — das bedeutet Syndikat —, die aber — weil sie Gewerkschaftler sind — auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Dieser Kampf kann jedoch nach ihrer Meinung nicht durch Beteiligung an der Gesetzgebung geführt werden. Sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen, den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreiks, die „action directe“, die Sabotage, die sogenannte positive Resistenz, usw. führen zu müssen. Wenn wir unsere, auf dem siebenten Kongress beschlossenen Leitlinie ansehen, wo es heißt, daß wir die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee der Massen- resp. der Generalstreiks, und diesen Satz richtig verstehen und auslegen wollen, so unterscheiden wir uns in keiner Weise von den syndikalistischen Gewerkschaften in Frankreich, Italien und den anderen Ländern.“ Auch in bezug auf die Stellung zum Massenstreik hat man eine neue Interpretation gegeben, die für die Charakterisierung der „Freien Vereinigung“ wesentlich ist. Der Referent sagte: „Wir müssen definieren, daß wir nicht nur den Massenstreik, sondern jeden Solidaritätsstreik, bei dem es sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, um die Herbeiführung höherer Menschenrechte handelt, mitzumachen haben. All dieses gehört zum Massenstreik, so lange es sich nicht um einen politischen Massenstreik, das heißt um einen Streik des Parlamentarismus wegen handelt. Dieses lehnen wir ab, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeiter aller Art nur zum Zweck der Niederlegung der Arbeit zu bewegen, um auch dadurch irgend ein Wahlrecht zu einem Landtage zu erreichen.“ Es ist zweifellos, daß die „Freie Vereinigung“ sich mit diesen programmatischen Erklärungen in Gegensatz zu der Resolution gestellt hat. Allerdings hat man nicht den Mut gehabt, das offen und klar zum Ausdruck zu bringen, man treibt vielmehr ein erbärmliches Versteckspiel, indem man sich hinter der parteipolitischen Neutralität versteckt. Was man seit langem den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht hat, das hat jetzt die „Freie Vereinigung“ zum Grundsatze erklärt. Wie nun aber diese politische Neutralität von der „Freien Vereinigung“ gegen die Sozialdemokratie geübt wird, zeigt folgendes Beispiel: In Nr. 26 der „Einigkeit“ vom 27. Juni d. J. wird in bezug auf die Sozialdemokratie gesagt: „An der händischen Ergebnisse der bezahlten Schreiber der Parteipresse ersehen wir, daß es in Deutschland von der Dreimillionenpartei zuteil werden lassen, die nichts weiter kann, als ihren Parteigebenen, den Führern, nachhaken, die die revolutionäre Aufgabe des Sozialismus preisgegeben haben, aus Eitelkeit, Schwäche und Bequemlichkeit, oder um sich eine gute Einnahme zu sichern.“ (Hört! hört!)

Ich glaube, diese Probe genügt, um Ihnen zu zeigen, wie man in der Praxis die politische Neutralität übt. Man hat sich diesen Grundsatze einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen geschaffen. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die „Freie Vereinigung“ überall da austauscht, wo insolge gewerkschaftlicher Kämpfe Differenzen und Unstimmigkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsleitung entstanden sind. Da sucht die „Freie Vereinigung“ ihr Süppchen zu lachen und bei dieser Gelegenheit ist es auch verständlich, warum sie sich den harmlosen Charakter der politischen Neutralität gab. Das ist auf dem Kongress in einer Rede ziemlich unterblüht zum Ausdruck gekommen. Es heißt da nämlich: „Auf Grund dieses Kommentars — das ist die Programmrede — können wir in der Agitation den Gegnern klar machen, daß wir nicht Anarchisten sind.“ Das wollen sie, wenn es geht, um in solche Kreise einzudringen, wie ich sie Ihnen angedeutet habe. Man kann wohl mit Zug und Recht behaupten, daß die Hauptbetätigung der „Freien Vereinigung“ heute nur noch besteht in einer perfiden Verleumdung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Diesem Treiben muß nun endlich ein Ende gemacht werden. Wir müssen eine klare, unzweideutige Scheidelinie zwischen uns und ihnen ziehen. Diese bietet uns die Resolution, die so aufzufassen ist, daß nicht allein die Mitgliedschaft, sondern auch jede Betätigung für die Freie Vereinigung unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Nun noch einige Worte zu der Stellung gegenüber dem „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband“, dem Wesentlichen Verband. Schon auf dem Mannheimer Parteitag hat die Kontrollkommission gegenläufig einer Beschwärde die Entstehungsgeschichte dieses Verbandes nachgeprüft und hat dabei festgestellt, daß die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei den entstandenen Differenzen ihre Beschwärde nicht ausgenutzt haben und sofort zur Gründung des Wesentlichen Verbandes geschritten sind. Die Kontrollkommission hat damals gesagt, daß diese Zerstückelung entschieden zurückgewiesen werden müsse. In Essen lag dann auch ein Ausschlussantrag gegen die Mitglieder vor. Bei ihrem Bericht zu diesem Antrage hat die Kontrollkommission erklärt, daß die Gründung und die Existenz dieser Organisation im Interesse des Klassenkampfes auf das ent-

schiedenste zu beurteilen sei. Der Parteitag hat dem zugestimmt und es liegt kein Anlaß vor, von dieser grundsätzlichen Auffassung der vorigen Parteitage abzuweichen, was sich nach den Vorlesungen der letzten Zeit als richtig erwiesen hat. Ich erinnere nur an das Verhalten dieser Organisation bei dem augenblicklich in Berlin tobenden Kampfe im Holzlegergewerbe.

Auch mit diesem Verbands sind seit Essen Einigungsverhandlungen gepflogen. Ich habe dem Bericht in dieser Beziehung nichts hinzuzufügen und bitte Sie, auch hier unserm Antrage zuzustimmen. Wenn auf jener Seite der ernstliche Wille vorhanden gewesen wäre, sich den Beschlüssen des Essener Parteitages anzuschließen, dann hätte es auch in diesem Falle zu einer Einigung kommen müssen. Zum Schluß einige Worte zu den gewerkschaftlichen Streitigkeiten in Solingen. Dieser Streit hat in den letzten Jahren überaus heftige Formen angenommen. Dem Parteivorstand und der Generalkommission ist es aber gelungen, in den letzten Wochen auch hier zwischen den streitenden Parteien Einigungsverhandlungen anzubahnen. Diese Verhandlungen sind freilich noch im Stadium der Vorverhandlungen, so daß über den Stand der Dinge hier nichts Bestimmtes gesagt werden kann. Ich bin aber beauftragt vom Parteivorstand und von der Kontrollkommission, den Parteitag dringend zu bitten, den Streit in Solingen hier nicht zu erörtern aus tatsächlichen Gründen. Der Parteitag hat jedenfalls den einmütigen Wunsch, daß es den Verhandlungen gelingen möge, den in Solingen seit langem bestehenden Wiederkampf beizulegen. (Lebhafte Zustimmung.) Noch ein Wort zum Antrage Webers. Ich bitte, ihm Ihre Zustimmung nicht zu geben, schon mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Solingen. Dagegen hoffe ich, daß Sie unsere Resolution einmütig annehmen werden. Sie gibt eine klare Scheidelinie zwischen uns und den Elementen, die absichtlich und bewußt bestrebt sind, die Einheit und Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes zu stören. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Singer: Das Wort zur Berichterstattung über den Punkt

„Bildungsausschuß“

hat Genosse Schulz-Berlin:

Schulz: Es ist hier mehrfach auf den Vereinstag der Arbeitervereine hingewiesen worden, der hier vor 40 Jahren gefeiert hat. Auch ich möchte auf ihn kurz Bezug nehmen. Diese Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine, die zu einem Verband vereinigt waren, standen unter bürgerlicher Leitung und neben Politikern wie Max Dirsch, Richter, Sonnemann gehörten zu ihr auch wohlmeinende Gelehrte wie Kohnmüller, Wuttke, Wüchert und J. A. Lange. Aber es war keine Klarheit des Willens vorhanden. Das „Bildungsprogramm“, das man entworfen hatte, umfaßte Unterricht in den Elementarfächern, im Singen, Zeichnen und der Buchführung, englisch und französisch, Volkswirtschaft, Gesellschaftslehre, Geschichte und Naturwissenschaft. Demgegenüber gab es bereits Männer mit proletarischem Klassenbewußtsein, die gegen die „Bildungsbücherei“, wie Bebel sich später einmal ausdrückte, Front machten. Diese Männer mit proletarischem Klassengefühl hielten die politische und wirtschaftliche Aufklärung für notwendiger. Auch J. A. Lange, ein wirklicher Arbeiterfreund, stellte sich auf ihre Seite und verlangte in seiner „Arbeiterfrage“ die „bienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter die großen Zwecke“ der politischen und genossenschaftlichen Aktion. Hier in Nürnberg geschah der endgültige Bruch mit den bürgerlichen Volksbildungsposteln. Ein Jahr darauf konnte die Bildung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgen. In Nürnberg hatte die Richtung gefestigt, die Befreiung der Arbeiter nicht durch die breiten Schichten bürgerlicher Wissenschaft und durch Wohlwollen erreichen wollten, sondern durch den Klassenkampf, und die der Selbständigkeit der Arbeiterklasse auch in geistiger Beziehung die größte Beachtung beimah. Ihr galt die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiter als das Ziel und als Mittel dazu der rücksichtslose politische Kampf. So ist es bis heute geblieben, und die Sozialdemokratie ist groß und stark dabei geworden. Aber dieses Programm bedeutet nicht einen Verzicht auf die Arbeiterbildung, sondern nur einen Verzicht auf die Bildungsbücherei, auf das Vielerlei ohne Beschränkung auf bestimmte Zwecke. Die Bildungsarbeit war von jeher ein wichtiges Hilfsmittel im Klassenkampf. In diesem Sinne waren unsere besten Männer — wie Laffalle und Marx — Lehrer und zu diesen Männern der Wissenschaft gesellen sich die schlichten Arbeiter, die sich von Dorf- und Volkschulbildung zu einem so bewundernswürdigen Stande des Wissens heraufarbeiteten. Ich nenne Grillenberger, Meißbach, Dreßbach, Ehrhart, Uer, dem in der Dorfschule der Lehrer sagte, es werde im Leben nichts aus ihm werden. Nun, wir sind vollumfänglich zufrieden mit dem, was aus ihm geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen die Arbeiterbildung betrieben, und unser heutiger Bildungsbeifer ist nichts neues in Ziel und Stoff. Wohl aber kann heute — im Hinblick auf die Methode und die Intensität der Bildungsbestrebungen — neues gefunden werden. Wir betreiben die Arbeiterbildung jetzt intensiver als früher, weil wir es in den letzten Jahren immer schmerzlicher empfunden haben, daß der Ausdehnung der Partei in die Breite die Entwicklung in die Tiefe nicht entspricht, und die Methode eine andere ist, weil bei dem ungeheuren Wachstum der Partei jetzt bessere Mittel vorhanden sind, um an die Massen heranzukommen. Je besser die theoretische Grundlage bei dem einzelnen und in der Klasse ist, desto leichter sind wir in der Lage, uns in unseren Aufgaben zurechtzufinden. Eigentlich ist es erst zwei Jahre her, daß die Partei die Bildungsangelegenheiten in diesem neuen Sinne planmäßig in die Hand genommen hat. Dabei wurde die Arbeit noch durch die Reichstags- und Landtagswahl beschränkt, und um so erstaunlicher bleibt es, was in dieser kurzen Zeit erreicht worden ist. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die Arbeitsenergie und Lebenskraft der Partei. (Sehr richtig!) Ueber die Parteisekretäre will ich jetzt nicht sprechen. Ich behalte mir vor, in der Diskussion oder im Schlusswort darauf einzugehen, falls es notwendig wird.

* 6. Parteivorstand und Kontrollkommission:

Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der Lokalfisten Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bezeugt, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offener Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarchosyndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie giftigstlich belämpft und schmätzt.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben,

erklärt der Parteitag:
„Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundfäden und Interessen der Sozialdemokratie.“

7. Dortmund: Mitglied in der Partei kann nicht sein, wer einer anderen als der freien Gewerkschaft angehört.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

*) Abs. 5 der vom Parteivorstand und der Kontrollkommission vorgelegten Resolution lautet:

Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten „Kommissionen für die Jugendagitation“ zu bilden.

Der Nürnberger Parteitag.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Schulz (fortfahrend):

Nur ein kurzes Wort über die Stellung der Parteischule im Rahmen der ganzen Bildungsarbeit. Sie hat die Aufgabe, einen kleinen Kreis, zifia 30, geeigneter, also intellektuell befähigter und charaktervoller Genossen ein halbes Jahr lang systematisch zu unterweisen vornehmlich in der Theorie der Volkswirtschaft, im wissenschaftlichen Sozialismus, in der sozialen Entwicklung, in der Geschichte, jedenfalls auch in praktischen Fächern, vornehmlich aber in der Theorie, denn wir sind der Meinung, daß der einzelne in seiner verantwortlichen Parteistellung um so rascher, zuverlässiger und richtiger seine Entscheidung in jedem aktuellen politischen oder wirtschaftlichen Einzelfall treffen kann, je tiefer und je geistreicher seine theoretische Einsicht ist, und daß auch der einzelne, was von jedem Parteischüler nach bestem Wissen und Gewissen verlangt wird, um so besser andere aufklären und belehren kann, je klarer er selbst über die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und die daraus erwachsende sozialistische Theorie unterrichtet ist. (Sehr richtig!)

In diesem Jahre kann der Bildungsausschuss zum ersten Male über seine praktische Tätigkeit berichten. Die Durchberatung der Leitfäden des Hamburger Parteitages hat er noch nicht vornehmen können. Es ist notwendig, daß der Parteitag die Anschauungen in dieser Frage klärt und die Stellung der Sozialdemokratie festlegt. Im nächsten Jahre muß das endlich geschehen. Uebrigens sind wir in der praktischen Bildungsarbeit stets einig gewesen. Das wichtigste Stück waren die Wandertourneen. 6493 Teilnehmer sind im letzten Jahre durch sie gegangen, ein deutlicher Beweis für den Bildungseifer. In diesem Winter wird voraussichtlich die Anstellung weiterer Wandertourneen notwendig sein. Es sollen besondere Wandertourneen für Geschichte und Naturwissenschaften gewonnen werden. Auch für das nächste Weihnachtstfest soll ein erheblich erweitertes Verzeichnis von empfehlenswerten Jugendbüchern herausgegeben werden mit einem Anhang, der besondere Schriften für die arbeitende Jugend von 14—18 Lebensjahr aufzählt und selbstverständlich auch die parteigenösslichen Schriften berücksichtigt. Der Bildungsausschuss bittet die Parteigenossen, in ihrer Heimat zu Weihnachtstfest Jugendbüchereiausstellungen — besonders unter Berücksichtigung auch der bildenden Künste — zu veranstalten, namentlich künstlerischen Wanderschau, der dazu beitragen kann, das Proletariat ein wenig wohlthätiger und angenehmer zu gestalten. Einige Wochen vor Weihnacht wird der Bildungsausschuss — gemeinsam mit dem Parteivorstand — an die Redaktionen und Verlage der Parteiblätter den Wunsch richten, bei ihren Empfehlungen offenbare Schwächen auszusprechen, was ja eigentlich selbstverständlich wäre. Das neue Verzeichnis mit seinen 200 Nummern dürfte allen Ansprüchen genügen. In der Bibliothekfrage haben wir die Wahrheit des Dichterswortes erfahren: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Nueme stoßen sie die Sünden. Die Schaffung der Musterkataloge war eine viel schwierigere Aufgabe, als wir vorausgesetzt hatten. Sie soll den Bibliothekswesen der kleinen Arbeitervereine, besonders der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen fördern. Wir wollen an die Regelung der Wandertourneen herantreten. In zwei Punkten mußte der Bildungsausschuss zu einem negativen Ergebnis kommen: in der Herstellung eines Referentenverzeichnis für wissenschaftliche Vorträge und der Errichtung einer Klassikerbibliothek. Geplant ist die Verbreitung eines Flugblattes gegen Scherls Emporsteiler, da Scherl sich in Arbeiterkreisen einzunisten versucht. Der Schaffung von populär gehaltenen Vorträgen elementar einführenden Charakter ist bisher noch nicht näher getreten worden. Die Schaffung einer Weltgeschichte, wie die „Schwäbische Tagwacht“ angeregt hat, ist ein schöner Gedanke, aber schwer durchführbar. Er wird im Auge behalten werden. Die „Vergessene Arbeiterstimme“ wünscht eine präzisere Fragestellung bei Kontroversen in der Partei. Das wird der Bildungsausschuss dankend ablehnen. Die „Arbeiterbürgerzeitung“ wünscht eine Verständigung der Wandertourneen über ihre Leitfäden. Derartige Konferenzen sind schon ins Auge gefaßt. Was die kritischen Meinungsäußerungen anlangt, so glaubt Baerer aus Harburg, ein Genosse von der alten Garde, der Bildungsausschuss sei überflüssig. Auch ohne ihn hätten sich tüchtige Kräfte herangeschult. Das letztere ist richtig. Aber neue Verhältnisse brauchen neue Maßnahmen. Südellum hat auf dem Würzburger Gantag gemeint, der Bildungsausschuss, wie er sich in Berlin gebildet habe, sei wenig fruchtbringend für die einzelnen Wahlkreise, es komme auf Bodenständigkeit an. Diese Kritik trifft den bestehenden Bildungsausschuss gar nicht. Zunächst hat sich in Berlin gar kein Bildungsausschuss gebildet, sondern der Mannheimer Parteitag hat einen zentralen Bildungsausschuss der Partei Deutschlands eingesetzt. Sodann ist es nicht ein Bildungsausschuss von oben herab, wie Südellum meint, sondern im Gegenteil von unten herab, und der jetzt existierende Bildungsausschuss kann gar nicht bodenständig sein, weil es sich nicht um preußische oder bayerische Bildungsfragen handelt, sondern um die gemeinsame proletarische Grundlage des Massenkampfes. Die Wandertourneen, die Südellum dankenswert ins Leben gerufen hat, sind auch nicht bodenständig. Im übrigen sollen neben dem Zentralbildungsausschuss Bezirksausschüsse errichtet werden, die dann nach lokalen und bodenständigen Rücksichten verwaltet werden können. Der Artikel „Arbeiterbildung“ in der Begrüßungsnummer der „Fränkischen Tagespost“ beweist, wie notwendig die Besprechung und endgültige Welschluffassung der Mannheimer Leitfäden über Volkserziehung ist, damit solche geradezu grotesken Behauptungen in Zukunft nicht mehr möglich sind, wenigstens nicht als sozialdemokratische Auffassung ins Land getragen werden können. (Sehr gut!) Behauptungen, die in den Einzelheiten den Eindruck machen, als wären sie nur aufgestellt, um zu beweisen, daß man auch entgegengesetzte Anschauungen als die bisher in der Partei üblichen mit einem Scheine logischer Berechtigung befehlen kann. (Sehr gut!) Was richtig an dem Artikel ist, das ist alte Parteianschauung: daß wir nicht Allverweltbildung zu treiben haben, sondern nur solche Bildung, die den Arbeiter zur Entscheidung über politische und ökonomische Fragen befähigt. Wir wollen auch nach dem Artikel zugestehen, daß eine indifferente Klasse, die nicht geschult und zur selbständigen Entscheidung und Verantwortlichkeit erzogen ist, leicht von gewissenlosen Demagogen irreführt werden kann. Aber wie erreichen wir diese mündigen Schüler der Massen? In diesem Punkte unterscheidet sich nicht grundfänglich von dem Artikelschreiber. Er spricht es mit dankenswerter Offenheit aus: wozu Theorie, wozu Werttheorie, wozu materialistische Geschichtsauffassung, die Massen brauchen das nicht zu wissen, nur der Lehrer der Massen. Ich frage zunächst: warum der Lehrer? Wenn er es nicht zu lehren braucht? Wieleicht um ihm das solche Verwahrheit zu verschaffen, daß er mehr weiß als die dumme Masse, daß er über der Masse steht? Und dann: wer ist denn beim Massenbewußten proletarischer Lehrer, und wer ist Masse? Der Schüler von heute ist Lehrer von morgen, und mancher Lehrer töte besser, zum Schüler herabzusteigen, und von ihm zu lernen. (Sehr gut!) In der Parteischule haben Lehrer mehr als einmal gesagt, daß sie selbst aus dem Verkehr mit den Schülern, aus dem proletarischen Empfinden, Denken und unmittelbarem Anschauen der Dinge sehr viel lernen, auch für die Theorie. Und weil ich keine Klasse von Lehrern beim Proletariat anerkenne, darum auch nicht den etwas wegwerfenden Begriff Masse, für die die Theorie angeblich keinen Wert hat, sondern der sie höchstens schaden kann, die nur ein so geistig mindervaltes Leben in der Tiefe unterhalb der Lehrer führen. Wo fängt denn die Masse an? Kennt man

unter Masse das, was wir indifferente Willkürer nennen? Für die wäre freilich die methodische Unterweisung in dem theoretischen Sozialismus noch verfrüht oder doch schwer möglich. Sie stellt sich auch gar nicht dazu. Für die sind die Wandertourneen usw. auch gar nicht bestimmt. Meint man aber unter Masse die Scharen der Hunderttausende organisierter Arbeiter, die durch die Wandertourneen usw. erfahrenen Funktionäre und bildungsbeifigen Genossen, dann zeugt es von einer im Klassenkampf und unter Partei- und Kampfgenossen ganz unangebrachten Arroganz, wenn der Lehrer hochmütig den besten Teil seines Wissens für sich behält und sagt: für Euch sind einige, von mir ad hoc zurecht gemachte Anwendungen der Theorie gut genug, das Weeinis aber, wie man diese Anwendungen selbst machen kann, behalte ich für mich, das schadet Euch höchstens. Auf die Anwendung kommt es gerade an.

Es ist bisher sozialistische Anschauung gewesen und wird es hoffentlich auch bleiben, daß die Beherrschung der Theorie des Sozialismus auch im einzelnen die Fähigkeit entwickelt, in den tausend Fällen der Praxis den richtigen Weg zu finden. Die sozialistische Theorie ist gerade ein Kompaß auf dem weiten, uralten Meer der praktischen Tätigkeit. Wer über sie im klaren ist, wird nie den richtigen Weg verlieren. Wer dagegen die Theorie hochmütig mißachtet, dem fehlt die Richtschnur, der kommt in Gefahr, von Fall zu Fall nach opportunistischen Erwägungen zu handeln, und wer da sagt: Ich will ja theoretische Klarheit, aber nur für die Lehrer und Führer, der ist noch nicht frei von der alten bürgerlichen Auffassung, daß die Masse geleitet und geleitet werden muß. Von dieser Auffassung hat sich die deutsche Arbeiterschaft vor 40 Jahren hier in Nürnberg frei gemacht, sie hat sich selbst für mündig erklärt, für fähig, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie hat damals ihren bürgerlichen Lehrern den Laufpaß gegeben, und Männer aus der Masse waren es, die entgegen den Rahnungen ihrer bisherigen Lehrer mit stolzer Entschlußkraft und proletarischer Intelligenz die deutsche Arbeiterschaft auf die eigenen Füße gestellt haben, und auf diesen eigenen Füßen ist sie seitdem vorwärts geschritten von Erfolg zu Erfolg. Die proletarische Masse wird sich nicht wieder an das Gängelband nehmen lassen, und das verhindert sie allein dadurch, daß sie die Kenntnis und Pflege der Theorie nicht ein Monopol der Führer sein oder werden läßt, daß sie — wie bisher — eine möglichst innige Verbindung von Theorie und Praxis pflegt, daß sie dem Theoretiker nicht die Teilnahme an der praktischen Arbeit erspart, und daß sie dem schlichten Arbeiter nach Möglichkeit einen Einblick in die besteheende Weite unserer sozialistischen Theorie gewährt. Nach dieser Richtung ist der Bildungsausschuss tätig. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß dieser Parteitag diese Grundfrage in der Sozialdemokratie auch in bezug auf die Bildungsfrage neu befestigen wird und damit der weiteren Tätigkeit des Bildungsausschusses eine klare Richtschnur gibt. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittagsitzung 1 Uhr.

Nachmittags.

Singer eröffnet die Nachmittagsitzung um 3 Uhr nachmittags mit der Mitteilung, daß ein Begrüßungsschreiben von der freien Jugendorganisation aus Altona eingegangen sei. Der Antrag 7 (Dortmund*) wird von Dortmund zurückgezogen, mit Rücksicht auf die Erklärung des Berichterstatters, daß seine Annahme die Verhandlungen mit den Lokalorganisationen in Solingen erschweren könnte. Hierauf wird zunächst der Bericht über

Kasse und Presse

Parteilastiger Bericht: Nachdem es im letzten Jahre fast ausgefallen hat, als ob wir mit unseren Parteifinzen dauern auf dem Stand der Reichsfinzen bleiben sollten, ist in diesem Jahre eine Linderung insofern eingetreten, als wir wenigstens nicht mit einem Defizit vor den Parteitag zu treten brauchen. Weit her ist es mit den erzielten Ueberschüssen ja gerade auch nicht. Daß wir überhaupt mit einem Ueberschuss abschließen konnten, verdanken wir in erster Linie unseren Parteigenossen in Hannover, in Zwickau und Harburg, die in anerkannter Weise die Darlehne, die sie erhalten hatten, möglichst schnell wieder zurückzahlen. Im übrigen würde es mit unserem Ueberschuss wesentlich besser gestellt sein, wenn unsere lieben Parteigenossen bei der Berechnung der an die Zentralkasse abzuführenden prozentualen Beiträge nicht immer von einer bedenkliden Schwäche befallen würden, unter deren Einfluß sie sich zugunsten der Lokalkasse und zugunsten der Zentralkasse verrechneten. (Heiterkeit.) Werktüchtigweise zeigt sich diese Erscheinung im Osten und Westen, im Norden und Süden, bei den ältesten wie bei den jüngsten Parteiororganisationen im gleichen Maße. Die Organisation des Wahlkreises, in dem wir tagen, hat sich zum Beispiel um 3000 Mark zugunsten der Parteikasse verrechnet. Sie meinte jedenfalls, daß statt 20 Prozent, die sie nach dem Statut abzuliefern verpflichtet war, 12 Prozent genügt. Die genaue Feststellung der Summe, um welche die Parteikasse in dieser Weise zu kurz gekommen ist, läßt sich in diesem Jahre noch nicht machen, weil das Geschäftsjahr der Parteikasse mit der Abrechnungszeit der lokalen Organisationen um einen Monat differenziert. Die Parteigenossen Preußens ohne Groß-Berlin haben rund 20 000 Mark zu wenig abgeliefert, die Genossen des Königreichs Bayern 9500 Mark. Die Genossen des Königreichs Sachsen haben über den Pflichtteil hinaus 5300 mehr an die Parteikasse abgeliefert, Württemberg dergleichen 600 Mark. Bezüglich der badischen Organisationen ist leider eine Kontrolle nicht möglich, weil diese Organisationen sich dem Berliner Parteivorstand gegenüber ein Schweigegebot auferlegt hatten. (Heiterkeit.) Die betreffenden Parteigenossen meinen wabschentlich, der Berliner Parteivorstand könne lange warten, ehe es ihnen gefällig ist, sich in den Kopf gucken zu lassen. (Heiterkeit.) Das Großherzogtum Hessen hat bis auf eine Differenz von 8 Mark sein Pflichtteil eingezahlt. Von den Kleinststaaten haben Sachsen-Weimar, Meiningen und Neuh. a. L. zusammen 578 Mark über den Pflichtteil abgeliefert. Die übrigen Kleinststaaten haben zusammen 3500 Mark zu wenig abgeliefert. Bremen hat bis auf eine kleine Differenz ebenfalls den Pflichtteil eingezahlt. Für Lübeck ist eine Kontrolle nicht möglich, weil die dortigen Genossen Anhänger des Schweigegebotes sind. Insgesamt sind mindestens 33 000 Mark zu wenig an die Parteikasse eingezahlt worden. An die Spitze aller Leistungen haben sich diesmal unsere Hamburger Genossen gestellt, indem sie das Vierendrittel des Pflichtteils abgeliefert haben. Sie haben damit sogar noch die Genossen von Groß-Berlin geschlagen, die nur das Zweidrittel des Pflichtteils abgeliefert vermochten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unsere Genossen von Groß-Berlin ganz gewaltige Anwendungen für die Provinz Brandenburg gemacht haben und daß der Landtagskampf des letzten Jahres immense Summen verschlungen hat. Die Genossen der übrigen Organisationen sollten sich jedenfalls Berlin und Hamburg auf diesem Gebiete, so weit es in ihren Kräften steht, zum Muster nehmen, und sich vor allem bei der Abrechnung größerer Korrektheit befleißigen, damit in Zukunft nicht wieder ein solcher Tadel ausgesprochen werden muß.

Stand der Parteipresse

zu machen habe, sind leider nicht entfernt so günstig, wie die Angaben, die dem vorigen Parteitag unterbreitet werden konnten. Bei der schweren wirtschaftlichen Krise, unter der die Arbeiterschaft Deutschlands leidet, dürfte es eigentlich nicht überaus, wenn die Ergebnisse noch viel ungünstiger gewesen wären. Im vorigen Jahre konnten wir den ungewöhnlich hohen Gewinn von 211 017

neuen Abonnenten der Parteipresse konstatieren. Im angelaufenen Jahre hat die Parteipresse in den Verbreitungsbezirken, in denen die Preise noch verhältnismäßig milde einfielen, ebenfalls noch eine Zunahme zu verzeichnen gehabt von insgesamt 45 000 neuen Abonnenten. Dafür haben aber leider eine ganze Reihe anderer Blätter große Verluste an Abonnenten zu verzeichnen gehabt, so daß insgesamt nur ein Gewinn von 11 682 neuen Abonnenten geblieben ist. Ohne die „Neue Zeit“ und die „Gleichheit“ hat die Parteipresse gegenwärtig 1 061 280 Abonnenten, gegenüber 1 049 807 Abonnenten im Vorjahre. Wir haben also das Ertragnis nicht nur festgehalten, sondern noch eine beachtliche Zunahme erzielt. Wenn Tausende von Arbeitern im Berichtsjahre ihr Organ mit schwerem Herzen abbestellt haben, so lag das eben an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wenn das leidliche Brot nicht mehr beschafft werden kann, wenn der Hunger der Kinder nicht gestillt werden kann, muß eben der Proletarier vorübergehend auf die gewohnte geistige Kost verzichten. Verhältnismäßig günstig sind die Einnahmen der Parteipresse gewesen. Während im Vorjahre bei einem Zuwachs von über 300 000 Abonnenten und einer Gesamteinnahme von 5 962 370 M. aus Abonnementsgeldern gegen das vorangegangene Jahr eine Mehrerinnahme von rund 1 228 810 Mark konstatiert werden konnte, zeigt das abgelaufene Jahr bei einem Zuwachs von nur 11 682 neuen Abonnenten eine Einnahme aus Abonnementsgeldern in Höhe von 6 782 359 M. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 820 089 M. Dieses ganz ungewöhnlich günstige Ergebnis läßt sich nur so erklären, daß ein hoher Prozentsatz der im Vorjahre gewonnenen neuen Abonnenten nicht bereits ein ganzes Jahr zahlende Abonnenten gewesen sind, sondern erst am Ende des Berichtsjahres neu gewonnen wurden. Gleich günstig sind die Einnahmen aus Inseraten. Im Vorjahre betrug bei einer Gesamteinnahme von 3 468 539 M. aus Inseraten die Zunahme gegen das Vorjahr 595 463 M. Im angelaufenen Jahre betrug die Gesamteinnahme aus Inseraten 4 205 322 M. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 736 783 M. Die meisten der Parteiorgeane sind glücklicherweise geschäftlich soweit sichergestellt, daß sie einen Stoß aushalten können, und den schwächeren, noch in der Entwicklung begriffenen muß eben mit den Mitteln der Gesamtpartei über die kritische Periode hinweggeholfen werden. Die Parteipresse ist unsere wichtigste Waffe im Kampfe gegen den Kapitalismus, für ihre Erhaltung darf uns kein Opfer zu groß sein, dann wird sicher der schließliche Erfolg, das verbürgt und die bisherige Entwicklung, nicht ausbleiben. (Bravol)

Den Bericht der Kontrollkommission

erstattet haben: Dresden: Die Kontrollkommission hat auch im verfloffenen Jahre die ihr zustehenden Arbeiten nach bestem Können erledigt. Sie hat die Prüfung der Geschäfte in Berlin und Stuttgart vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich namens der Kontrollkommission den Parteitag bitte, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. Die uns überwiesenen Beschwerden haben wir einer eingehenden Behandlung unterzogen, um nach bestem Ermessen entscheiden zu können. Die Kontrollkommission mußte sich auch mit Beschwerden befassen, die nicht in ihr Ressort fielen, die sie aber, um sie zur Erledigung zu bringen, dem Parteivorstand zur Entscheidung überließ.

So beschwerte sich Friedrich Dohmann aus Niedrot bei Belbert, weil er in den sozialdemokratischen Volksverein in Belbert nicht als Mitglied aufgenommen wurde, obgleich er innerlich schon lange zur Partei gehöre. Er glaubt, die Rücknahme sei erfolgt, wegen seines Austritts aus dem Metallarbeiterverbande. Wir überwiesen diese Beschwerde dem Vorstand zur weiteren Behandlung. — In Hagen hatte ein Schiedsgericht den Genossen Apenborn wegen Beteiligung an einem Werkstätten-Ratsch eine Rüge erteilt. Hiergegen wandte sich Apenborn. Die Kontrollkommission mußte diese Beschwerde zurückweisen, weil das in Frage kommende Schiedsgericht kein solches war, wie es das Organisationsstatut vorschreibt. — Der Genosse Otto Moritz, Hamburg, führt Beschwerde über den Parteivorstand. Der Sachverhalt ist folgender: Vor ungefähr 6 Jahren fand eine Parteiverammlung des dritten Hamburger Wahlkreises statt, in der einige derbe Worte fielen, die zur Klage führten. Moritz ist nun der Ansicht, daß der Genosse Schmelzmeyer die gefallenen Worte nicht richtig wiedergegeben habe, und er dadurch in Nachteil gekommen sei. Moritz stellte darauf an den Vorstand des dritten Hamburger Wahlkreises den Antrag, Schmelzmeyer aus der Partei auszuscheiden. Der Vorstand hat den Antrag Moritz abgelehnt. Moritz ist nun der Ansicht, sein Antrag hätte vom Vorstande einer der nächsten Mitgliederversammlungen vorgelegt werden müssen. Da dies nicht erfolgt ist, verlangt Moritz vom Parteivorstand eine Untersuchung der Angelegenheit und Feststellung des genauen Inhalts der damals gehaltenen Reden. Der Vorstand sah sich außerstand, diesem Verlangen nachzukommen und lehnte ebenso das Verlangen der Herausgabe eines von Moritz, an den Vorsitzenden des 3. Hamburger Wahlkreises gerichteten Briefes über die von Moritz erhobene Beschwerde ab. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung des vorgelegten reichlichen Aktenmaterials dem Parteivorstand nur beipflichten und die Beschwerde Moritz ablehnen. Die Kommission möchte deshalb beim Parteitag anfragen, ob bei einer eventl. Revision des Parteistatuts die Frage der Vernehmung nicht in Erwägung gezogen werden sollte. — Der Genosse Kelling erregte durch seine Handlungsweise, indem er den Genossen Scheub als Berichterstatter für Lüdesheim denunzierte, sowie durch Teilnahme als Turner an einer Ovation, welche dem Grafen Oriola vor seinem Schloße gebracht wurde, das Mißtrauen der dortigen Parteigenossen. Deshalb ist Kelling aus dem Wahlverein des Wahlkreises Friedberg-Wüdingen ausgeschlossen worden. Das einberufene Schiedsgericht gab Kelling eine scharfe Rüge und hob den Ausschluss aus der Partei auf, schloß Kelling aber aus dem Wahlverein aus. Gegen diesen Schiedsspruch wandte sich der Wahlverein mit der Begründung, daß es nicht zweierlei Mitglieder geben könne. Die Kontrollkommission erachtete die Beschwerde des Wahlvereins für berechtigt, hob den Beschluß des Schiedsgerichts auf und schloß Kelling aus der Partei aus. — Genosse Karl Schröder, Jmmmer in Düsseldorf, wurde wegen Streifbruchs (Zusammenarbeiten mit Streifbrechern) aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen legte er Berufung ein. Schröder ist Polier; ihm war gestattet worden, bei der Arbeit zu verbleiben, jedoch nicht mit Streifbrechern zusammenzuarbeiten. Dies war jedoch nicht zu verhalten habe, beim Hauptvorstande in Hamburg keine Antwort. Es fehlt im wesentlichen der Wortlaut des Ausschlußantrages, ebenso fehlen die Daten über den Streifbruch. Bei dieser unklaren Sachlage konnte ein Streifbruch nicht festgestellt werden. Die Kontrollkommission hat deshalb das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben.

Durch Urteil des Schiedsgerichts ist der Genosse Tischlermeister H. Weege Berlin aus der Partei ausgeschlossen worden. Im Vorjahre lief der zwischen dem Jarbeiterverband und der Organisation der Unternehmer abgeschlossene Tarif ab. Die Tischler traten in eine Lohnbewegung und erstrebten eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer lehnten aber diese Forderungen ab und beschloßen, noch vor Ablauf des Tarifes die Arbeiter auszusperrern. Weege, welcher dem Verein Berliner Tischlermeister angehörte, sperrte seine Leute ebenfalls aus und erklärte, daß er in ähnlichen Fällen ebenso handeln werde. Die Kommission konnte sich dem Urteil nur anschließen.

Martin Schumann in Imenau ist auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins durch Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen worden. Er hatte einen unserer Genossen, der Gemeindevorsteher war, Mittelungen über Lohnverfärgungen der

* 7. Dortmund: Mitglied in der Partei kann nicht sein, wer einer anderen als der freien Gewerkschaft angehört.

Häftlichen Arbeiter gemacht, und dieser hatte seiner Ansicht nach die Sache im Gemeinderat nicht richtig vertreten und ihn als Gewerksmann genannt. Darüber wurde er erboht und verlangte sein Schreiben zurück. Da es ihm nicht ausgeliefert wurde, klagte er auf Herausgabe, wurde aber abgewiesen. Das Schiedsgericht erstreckte ihn der Zugehörigkeit zur Partei für unwürdig und sprach ihm die Mitgliedschaft ab. Die Kontrollkommission hat das Urteil aufgehoben. — Die Schriftleiter Beher und Clauser vom „Sonnberger Volksfreund“ waren mit ihrer Druckerlei in Differenzen geraten und wurden entlassen. In ihrer Rechtfertigung benutzten sie ein bürgerliches Blatt. Das Schiedsgericht nahm mit 6 gegen 2 Stimmen eine erlöste Handlung an und mit 4 gegen 3 Stimmen wurde der Ausschluss vollzogen. Die Kontrollkommission konnte auf eine materielle Prüfung des Falles verzichten, da sie dem Einspruch des Beschwerdeführers über die Befugnisse der Schiedsrichter stattgab. In dem Schiedsgericht haben die 2 Kläger bzw. Angegriffenen, also Angeklagte des „Volksfreunds“, als Richter gesessen. Eine solche Zusammensetzung des Schiedsgerichts widerspricht den elementarsten Grundgesetzen einer unbefangenen Rechtsprechung. Die Kontrollkommission hob das Urteil auf. — Der Zimmerpolier Rudolf wurde des Streichbruchs beschuldigt, da er während des Streiks der Berliner Bauarbeiter Lehrlingsarbeiten beaufsichtigt und geleitet hat. Das Schiedsgericht lehnte den Antrag auf Ausschluss aus der Partei ab und erteilte Rudolf eine Rüge, weil sein Verhalten nicht einwandfrei gewesen sei. Die Kontrollkommission hat das Urteil aufgehoben. Sie erblickt in der Handlungsweise des Rudolf einen Streichbruch und stimmt deshalb dem Ausschlussantrag zu.

Schließlich habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen; auch in diesem Jahre hat der Tod wieder einen treuen Genossen aus den Reihen der Kontrollkommission gerissen: Franz Joseph Ehrhart (die Genossen erben sich von ihren Plätzen), der jahrelang uns ein treuer Mitarbeiter war. Wir werden stets in Ehren seiner gedenken.

Diskussion zum Geschäftsbericht.

Haase-Königsberg beantragt, sämtliche Anträge über die Jugendorganisation (Anträge 26 bis 50) und die auf der Frauenkonferenz dazu gefassten Beschlüsse einer siebzehngliedrigen Kommission zu überweisen, deren Bericht an das Plenum die Grundlage der Diskussion sein soll. Der Parteisekretär Müller-Berlin habe der Resolution des Parteivorstandes eine Auslegung gegeben, die vielfach von der vieler Genossen abweiche. Dies erfordere eine genaue Prüfung des Materials, und zwar um so notwendiger wegen des neuen Vereinsgesetzes.

Der Parteitag stimmt dem zu.

In die Kommission für die Jugendorganisation werden gewählt: Robert Schmidt-Berlin, Weis-Berlin, Ritter-Muppig-Templin, Heinrich Schulz-Berlin, Stolten-Hamburg, Brandler-Bremen, Müller-Köln, Rudolf-Franfurt a. M., Scheib-Leipzig, Dr. Frank-Mannheim, Sänger-München, Westmeyer-Stuttgart, Grunwald-Mühlhausen, Haase-Königsberg, Rich-Hamburg, Klara Zellin-Stuttgart, H. Müller-Berlin.

Singer: Um eine falsche Auslegung für die Zukunft zu verhüten, stelle ich fest, dass, wenn auch Müller in die Kommission gewählt ist, damit nicht ausgesprochen werden kann, dass der Vorstand zur Teilnahme an einer solchen Kommission nur dann berechtigt ist, wenn ausdrücklich eines seiner Mitglieder vom Parteitag hineingewählt worden ist. Ich nehme an, dass es die Uebersetzung des Parteitag ist, dass dem Parteivorstande an sich das Recht zusteht, in solchen Kommissionen die Meinung des Vorstandes zu vertreten. (Zustimmung.)

Von den zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträgen werden unterstützt: Zum Punkt Bildungsausschuss die Anträge 53 und 54*).

*) 53. Stuttgart: Der Parteitag beauftragt den Bildungsausschuss, die Herausgabe einer sozialistischen Jugendzeitung in die Wege zu leiten.

54. München I und II: In Ausführung wiederholt gefasster Parteitagbeschlüsse ist entsprechend der zum Referate „Vollberziehung und Sozialdemokratie“ auf dem Mannheimer Parteitag angenommenen Resolution vom Bildungsausschuss baldigst ein Jugendorgan herauszugeben.

6. Parteivorstand und Kontrollkommission: Der Parteitag begrüßt den infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der lokalistischen Vereine in die Zentralverbände.

Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, dass sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistkongresses in Stuttgart die dringende gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenem Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarchistisch-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmätzt.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundgesetzen und Interessen der Sozialdemokratie.

113. Nürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereitet und möglich macht.

21. Vereinbarung des Parteivorstandes mit den Genossinnen:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Ueber das Fortleben besonderer Frauenbildungsvereine entscheiden die Genossinnen und Genossen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen entbehrt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muss diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einklang mit dem Gesamtverband und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betrefft der Beschickung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegation der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

24. Hamburg II und III: Die Institution der weiblichen Vertrauenspersonen ist aufzuheben, dafür ist der Parteivorstand um eine resp. zwei Personen zu verstärken. Unter den Mitgliedern des Parteivorstandes muss ein weibliches Mitglied sein, die die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen zu betreiben hat.

zur Lokalistenfrage 6 und 113, zum Punkt Frauenorganisation die Anträge 21 und 24, 125 und 127. Nicht unterstützt werden die Anträge 25 und 52.

Allgemeines, Presse, Bildungsausschuss und Lokalistenfrage.

Leinert-Hannover:

In den Agitationskalendern sind viele Inserate, die da nicht hineingehören. Der vom Parteivorstand herausgegebene Ostpreussische Kalender enthält eine Unmenge Inserate, die für die Partei ein Skandal sind, (hört! hört!) die wir auf der Agitation nicht vertreten können. Auch befinden sich Inserate aus dem Ausland in den Kalendern. Es werden Inserate vom Parteivorstand unterstützt, die in der Parteipresse als Schundinserate bezeichnet werden. Dann haben wir auch Kalender mit Inseraten von Gastwirten. Das ist doch keine Ausführung des Effener Parteitagbeschlusses in der Alkoholfrage. Wir wollen doch den Landarbeitern etwas Gutes bringen und dürfen derartige Inserate nicht aufnehmen. Wir müssen beschließen, dass der Parteivorstand derartige Inseraten nicht unterstützt, sonst kommen wir schließlich noch zu Flugblättern mit Inseraten. In dem Brandenburgischen Kalender von 1908 (hört! hört!) werden Musikwerke mit hurrapatriotischen Musikstücken empfohlen. Wir machen antimilitaristische Propaganda und in den Kalendern werden diese Musikapparate empfohlen. (Weiterkeit.) Dieser öffentliche Skandal mit den Inseraten ist genau so im „Wahren Jakob“. Wir sind doch in der Partei soweit, dass wir es nicht nötig haben, unsere Agitation von Inseraten bezahlen zu lassen. (Weisfall.)

Ulrich-Magdeburg: Mit den Inseraten wird ein großer Unfug getrieben. Aber ich möchte doch nicht soweit gehen, zu empfehlen, dass wir sämtliche Inserate hinauslassen, denn dann müssten wir ja auch auf die Inserate in den Zeitungen verzichten. Es geht nicht, in dieser Sache einen Beschluss des Parteitag herbeizuführen, wir müssen hier an den Taft des Einzelnen appellieren. Ich möchte im Auftrag der Magdeburger Genossen die Aufmerksamkeit der Definitivität auf das Verhalten der Polizeibehörde gegen unsere Parteiorganisation lenken. Auch andere Polizeibehörden haben solche ungeheuerlichen Eingriffe vorgenommen und ich freue mich, dass die Reichstagsfraktion die Regierung darüber zu interpellieren beabsichtigt. Einige Worte zum Pressebureau. Das Bureau ist eingerichtet, nachdem die Parteipresse lange darüber debattiert hat, ob sich dieses Institut nicht zu einer revisionistischen Falle gestalten werde. Ich freue mich, dass das Bureau verhältnismäßig gut funktioniert und dass die Blätter, die es verhältnismäßig viel benutzen, gerade diejenigen sind, die früher am meisten gegen die Errichtung des Bureaus opponiert haben. Es wird aber nötig sein, die Nachrichten auch auf das Ausland auszuweiten. Bedauerlich ist es, dass nicht seitens des Bureaus über die Verhandlungen des Parteitag vormittags ein Bericht an die kleineren Parteiblätter gesandt wird. Als wir deswegen anfragten, erwiderte uns das Telefonräulein: Der Parteivorstand will es nicht haben. Das ist doch merkwürdig. (Sehr richtig!) Ich weiß auch keinen Grund, der den Parteivorstand dazu veranlassen sollte, ich weiß auch nicht, ob das auf einen Wunsch des „Vorwärts“ zurückzuführen ist.* Der Parteivorstand sollte seinen Widerspruch aufgeben und auch vormittags über die Parteitagverhandlungen an die Parteiblätter berichten lassen.

Singer teilt mit, dass der Antrag 23** zurückgezogen ist.

Eisner: Der Referent des Bildungsausschusses, Genosse Schulz, hat einige Bemerkungen über die gegenwärtig mit Recht so beliebte „fränkischen Tagespost“ gemacht, die mir Anlaß geben, einige sachliche Ausführungen über die Bildungsfrage zu machen. Ich bin in diese Diskussion wider meinen Willen hineingezogen worden. Eine beiläufige Bemerkung in der Parteitagversammlung in Nürnberg, in der ich betonte, dass ich nicht der Meinung wäre, dass man einen Antrag über die Parteischule einbringen solle, ist in die Presse gekommen und hat in der Folge zu einer Konfusion Anlaß gegeben. Ich halte diese Frage mit der Parteischule in der Tat noch nicht für reif, glaube aber, dass sie in kurzer Zeit reif werden wird. Was dahin können wir die eingehende Erörterung dieser Frage vertagen. Ich meine, die Parteischule ist schon heute in einer sehr erfreulichen Umwandlung begriffen. Sie verdankt ihre Entstehung — das wird zwar jetzt geleugnet, ist aber dennoch wahr — dem Mangel an geistigen Kräften in der Partei. Man hat also durch die Parteischule den Wunsch erfüllen wollen, mehr Redakteure, mehr Arbeitersekretäre usw. zu gewinnen. Im vorigen Semester wurde die Sache auch so gemacht, da hat man die Parteigenossen aus der Praxis herausgerissen und hat sie in Berlin ausgebildet. Jetzt ist man schon zu einer verständigeren Auffassung gekommen. Jetzt bildet man Parteifunktionäre aus. Man gibt einigen Parteigenossen unter großen Opfern die Möglichkeit, sich ein halbes Jahr wissenschaftlich unterrichten zu lassen. Dagegen läßt sich im Grunde wenig sagen, wenn die Opfer den Ertrag wert sind. Ich sehe in einer solchen halbjährigen Bildung vor allem den Vorteil, dass eine Anzahl von Parteigenossen Ehrfurcht vor der Wissenschaft erlangen, denn mit der Ehrfurcht entwickelt sich auch die geistige Selbständigkeit. Je mehr der Mensch weiß, desto mehr ist er überzeugt, wie wenig er eigentlich weiß. (Sehr richtig!) Ich sehe also in der Parteischule wesentlich den Wert, dass die an ihr unterrichteten Parteigenossen dem häufig herrschenden Mißbrauch nicht verfallen, dass jemand, der ein wissenschaftliches Buch gelesen hat, am Abend sich schon hinsetzt und einen wissenschaftlichen Vortrag hält. (Sehr richtig!) Die Parteischule hat den Zweck und nur den Zweck, einigen Parteigenossen die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben, und wenn die 30 Parteigenossen in jedem Winter Genies gleich Karl Marx wären, so würden sie doch nicht die Möglichkeit haben, als vollendete Lehrer aufzutreten. Ich würde es bedauern, wenn es wahr wäre, was Schulz zu meinen scheint, dass die Parteischule dazu berufen ist, wissenschaftliche Lehrer auf die Provinz loszulassen. Wenn das erreicht wird, dann sollte man diese Schüler, die in einem halben Jahre so glänzende Resultate geben, lieber gleich an der Parteischule zu Lehrern machen. Wenn man liest, dass Parteischüler, die ein halbes Jahr Unterricht genossen haben, dann sofort einen Pfuscher von 20 und einigen Vorträgen über die Werttheorie halten, so glaube ich, liegt darin nicht die genügende Hochschätzung vor der Schwierigkeit der Wissenschaft und vor allem nicht die genügende Achtung vor dem Lehrerberuf im Proletariat. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, alle Parteigenossen wie Bebel, Singer, Segel, die ein mühsames Leben der wissenschaftlichen Durchbildung hinter sich haben, würden heute nicht den Mut haben, über diese schwierige nationalökonomische Frage vor Arbeitern einen Pfuscher von 20 Vorträgen zu halten. Die Parteischule soll Schüler ausbilden. Aber zwischen einem Schüler und einem Lehrer ist ein großer Unterschied. Wenn auf der Parteischule Lehrer mit hohen Zerknirschungskreife erzeugt werden sollen (Weiterkeit), so bedauere ich die Partei, die von solchen Lehrern unterrichtet werden soll. Das steht in dem ausgezeichneten Artikel, von dem ich wünschte, dass er zur Grundlage der Diskussion überall da gemacht wird, wo Bildungsbestrebungen im Gange sind, den Genosse Maurenbrecher in der „fränkischen Tagespost“ geschrieben hat. (Lachen.) Man sagt, es gibt eigentlich keinen so großen Unterschied zwischen Lehrer und Schüler. Gemiß, es ist ein altes Wort, dass der Lehrer vom Schüler, wie der Schüler vom Lehrer lerne. Aber um Volksschullehrer zu werden, bloß um Elementarkenntnisse des Lesens und Schreibens den Kindern beizubringen, gehört eine außerordentlich große und umfangreiche Vorbildung. Lehrer, wie wir sie brauchen — ich rede gar nicht davon, ob akademische oder nichtakademische Vorbildung vorhanden ist —, wachsen nicht in einem halben Jahre, sie erwachsen in einem Leben der Arbeit und nur der Arbeit. Sie sollen nicht vom Baum, sie müssen sich entwickeln. Der Genosse Maurenbrecher, der jetzt Lehrer in unserem Bezirk Nordbarmen ist, hat die unmaßgebliche Meinung ausgesprochen, dass man bei der Massenbildung nicht mit den

schwierigsten theoretischen Problemen anfangen soll, sondern dass unten einheitlich aufbauen soll. Der Genosse Schulz ist, soviel ich weiß, Lehrer an der Parteischule. Eine der ersten Aufgaben eines Schülers liegt darin, dass er lernt, Gedrucktes und Gelesenes richtig aufzufassen. Wenn man das von einem Schüler verlangt, so meine ich, müsste man es auch von einem Lehrer verlangen. (Sehr gut! und Unruhe.) Es müsste denn sein, dass man es umgekehrt — wie Genosse Maurenbrecher es meint — machen will, dass zwar der Schüler etwas von materialistischer Geschichtsauffassung und historischer Dialektik wissen muß, aber nicht der Lehrer. Maurenbrecher ist der Meinung, dass man anfangen muß mit dem Interieur in den Tatsachen, mit der Kenntnis der großen Entwicklungslinie der Menschheit, mit der unmittelbaren lebendigen Anschauung. Wenn Sie einmal ältere Programme unserer Parteischulen in Leipzig, zur Zeit als Liebknecht noch Lehrer war, durchsehen, so werden Sie finden, dass er ungefähr dieselben Thematika behandelt hat, wie es hier Maurenbrecher für die Massenbildung vorschlägt. Es scheint mir in der Tat eine Gefahr zu sein, dass man mit den schwierigsten theoretischen Problemen anfängt, anstatt erst einmal mit dem Stoff des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu beginnen. Es ist gewiß viel leichter, gewisse dialektische Formen zu begreifen, als die große Stoffliche Anbahnung zu beherrschen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich muß schließen. Ich will nur noch sagen, es liegt in dem Artikel Maurenbrechers keine Verachtung der Theorie, sondern eine Hochschätzung, die darin besteht, dass man es eben nicht für möglich hält, wie Genosse Schulz, von vornherein die großen Massen mit den schwierigsten ökonomischen Problemen zu beschäftigen, sondern daß man, wie wir im Gau Nordbarmen es tun, einen mächtigen Unterbau elementarer Kenntnisse vorbereiten und auf deren Grundlage die theoretische Weiterbildung vollziehen will. (Weisfall; Bifchen; erneuter Weisfall.)

Lehmann-Mannheim

bermüht in dem Bericht nähere Angaben über die Verbreitung der Unterhaltungsliteratur der Partei und bedauert, dass die Satire in der Parteipresse zu wenig Beachtung finde. Der „Wahre Jakob“ wird nach meinem Dafürhalten nicht das, was er bieten sollte. Er wird daher auch in der Parteipresse sehr selten zitiert, viel seltener als „Gottlieb“ im Tag oder der „Simplicissimus“. In der Tat ist er heute mehr ein Familienblatt geworden. Er ist nicht das satirische Blatt, das mit scharfer Satiratur die Dinge kennzeichnet. Auch hat man bei den Karikaturen häufig den Eindruck, als habe der Zeichner weder die betreffende Person gesehen, noch auch eine halbwegs gute Photographie. In dieser Beziehung könnte besseres geleistet werden.

Stube-Hamburg

bestürmte den Antrag 130. Wenn wir mit den lokalen Gewerkschaften fertig werden wollen, müssen wir gegen alle lokalistischen Organisationen Stellung nehmen. In Hamburg gibt es z. B. außer der „Freien Vereinigung“ lokalistische Organisationen der Bauhilfsarbeiter mit 800 Mitgliedern, der Hausdiener und Korbboten mit 1400 Mitgliedern und die bekannten Alfordmaurer mit 400 Mitgliedern. All unsere Bemühungen, uns mit ihnen zu verständigen, sind erfolglos geblieben, und die Führer der Gewerkschaften werden von ihnen mit Schmutz beworfen. Wir müssen auch daran denken, dass Neubildungen lokalistischer Organisationen außerhalb der „Freien Vereinigung“ stattfinden können. Auch wenn in Solingen die Verhandlungen zu keinem Erfolg führen, würden die Betreffenden unter unseren Antrag fallen. Mit der Lage über die Inserate im Kalender haben die Genossen in Hannover durchaus recht. Arbeiter, die auf solche Inserate hineinfallen und betrogen werden, schieben dann der Sozialdemokratie häufig die Schuld zu. Es trifft auch nicht zu, dass so hohe Einnahmen durch die Annoncen erzielt werden. Man vergißt die Satz- und Papierkosten. Was den Vorstandsbericht im allgemeinen anbetrifft, so habe ich die Beobachtung gemacht, dass das Zusammenarbeiten des Parteivorstandes mit den örtlichen Funktionären ein besseres werden müsste. Wir haben bei wichtigen Fragen oft die Beobachtung machen müssen, dass die Informationen vom Parteivorstand recht spät eingingen. Ich erinnere an die Reisezeit und auch daran, dass der Organisationsentwurf zur Frauenorganisation uns erst viel später zugeht, als der vertrauliche Entwurf in der „Gleichheit“ veröffentlicht war. Bei wichtigen Fragen sollten zuweilen auch Konferenzen mit den einzelnen Sekretären stattfinden, wie das in der Gewerkschaftsbewegung der Fall ist. Wenn in Fragen wie der Reisezeit vorher mit den örtlichen Funktionären eine Verständigung stattfindet, wird es viel leichter sein, die Beschlüsse in den örtlichen Organisationen zur Sprache zu bringen. Der Parteivorstand muß selbst versuchen, mehr Fühlung mit den örtlichen Organisationen zu bekommen dadurch, dass er mehr an den Provinzkonferenzen und Landesversammlungen teilnimmt, wie es zum Teil ja geschieht. Dann werden Reibereien und Mißverständnisse sich leichter vermeiden lassen. In der Parteipresse werden vielfach Meinungen vertreten, die nur von den Redakteuren ausgehen und sich mit der Meinung der Parteigenossen nicht decken. Auch aus diesem Grunde ist es besser, wenn der Parteivorstand immer in Fühlung zu kommen sucht mit den örtlichen Organisationen.

Rosa Luxemburg-Berlin:

Wenn ich das Wort ergreife, so tue ich es nicht, um gegen die Angriffe auf die Parteischule zu protestieren, sondern im Gegenteil, um mich zu beklagen über den Mangel einer ersten, sachlichen Kritik. Die Parteischule ist ein neues und sehr wichtiges Institut, das von allen Seiten ernsthaft gewürdigt und kritisiert werden muß. Ich muß selbst bekennen, dass ich von Anfang an der Gründung der Parteischule mit großem Mißtrauen begegnet bin, einerseits aus angeborenem Konservatismus (Weiterkeit), andererseits weil ich mir im stillen Kämmerlein meines Herzens sagte, eine Partei wie die sozialdemokratische muß die Agitation mehr auf eine direkte Massenwirkung einrichten. Meine Tätigkeit an der Parteischule aber hat diese Zweifel zu einem großen Teil gehoben, in der Schule selbst, in einem stetigen Kontakt mit den Parteischülern, habe ich gelernt, das neue Institut zu schätzen, und ich kann aus vollster Ueberzeugung sagen: ich habe das Gefühl, wir haben damit etwas Neues geschaffen, etwas Gutes damit geschaffen, das der Partei Nutzen und Segen bringen wird. Allerdings ist noch manches zu kritisieren, und es wäre ein Wunder, wenn das nicht der Fall wäre. Wenn ich auch die Anregung auf eine Veränderung in der Auswahl der Schüler ablehne — denn wir haben als Lehrer die Erfahrung gemacht, dass die bisherigen Resultate ausgezeichnet sind, so doch ich mir ein besseres Elitekorps gar nicht wünschen möchte —, so hätte ich doch manches an dem Lehrplan auszusprechen. In dem Lehrplan müßte mit an erster Stelle die Geschichte des internationalen Sozialismus stehen. (Sehr richtig!) Gerade die Wanderverschere des Bildungsausschusses sollten diese Frage mehr würdigen, anstatt sich nur auf nationalökonomische Lehren zu beschränken. Die Geschichte des Sozialismus ist im Gegensatz zur Nationalökonomie die Lebensschule. Wir empfangen daraus immer neue Anregungen. (Sehr richtig!) Die Schule frantk fernert daran, dass das Verhältnis der Parteiorganisationen zu ihren Schülern nicht das richtige ist. Es müsste von Grund aus umgestaltet werden. Es kann nicht vorkommen, dass Parteiorganisationen Schüler in die Schule schicken, wie den Sündenbock in die Wüste, um sich nachher nicht mehr darum zu kümmern, was aus ihnen wird (Sehr richtig!), ohne sie einem genügenden Wirkungsfelde zur Verfügung zu stellen. Allerdings besteht auf der anderen Seite auch die Gefahr, dass an die Parteischüler, wenn sie einen Kosten haben, gar zu große Anforderungen seitens der Genossen gestellt werden. (Sehr richtig!) Die Genossen werden sagen: Du warst auf der Parteischule, nun zeige einmal stündlich und auf jeder Stelle, was Du gelernt hast. Solche Hoffnungen werden die Parteischüler nicht erfüllen können. Wir haben uns bemüht, ihnen von der ersten bis zur letzten Stunde klar zu machen, dass sie noch kein fertiges Wissen haben, dass sie noch weiter lernen müssen, dass sie ihr ganzes Leben lang lernen müssen. Wenn auch die Parteischüler später Gelegenheiten bekommen müssten, das Gelernte nützlich zu verwenden, so muß man andererseits auch dies berücksichtigen. Also es abt erste

*) (Selbstverständlich hat der „Vorwärts“ nicht die geringste Veranlassung, einen solchen Wunsch zu hegen, geschweige denn auszusprechen. Red. d. „Vorwärts“.)

**) Zeltow-Beeslow: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um eine weibliche Sekretärin zu vermehren.

Geschichte genug, um die Frage der Parteischule nach allen Seiten hin zu kritisieren. Aber solche Kritik, wie sie Eisner übt, ist nicht angebracht. Eisner hat eine solche große Ehrfurcht vor der Wissenschaft, daß mir davor bange wird. Ich fürchte, mit der Wissenschaft im allgemeinen und besonders mit der sozialistischen Wissenschaft bei Eisner geht es so, wie mit Klopstock, auf den Lessing die gefüglichen Worte sagte:

Wer wird nicht unseren Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein,
Wir wollen weniger erheben
Und häufiger gelesen sein!

Ein weiterer Beweis, wie leichtfertig die Idee von Eisner ist, ist das Beispiel, das er uns als Gegenstück zu der Parteischule entgegengestellt hat, den Nürnberger Trichter (Heiterkeit), den er sich hergeschaffen hat in Gestalt des Genossen Maurenbrecher. Maurenbrecher soll als einziger Lehrer hier dem Proletariat die gesamte Bildung übermitteln. Sein Glaubensbekenntnis hat er in einem — wie Eisner meint, ausgezeichneten — Artikel in der „Frankfurter Tagespost“ niedergelegt, worin es heißt: „Wir treiben zu viel Theorie, müssen die Massen Theorie kennen? (Hört! hört!) Was die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich sage nein! Der Lehrer muß das wissen, um es in der Tasche zu behalten. (Eisner ruft: Nein, das sieht nicht da, das haben Sie zugelegt.) Natürlich, das habe ich zugelegt, aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden.“ Das habe ich nicht hinzugelegt, das hat Maurenbrecher gesagt und weiter: „Die Theorie ist in ihrer beabsichtigten Wirkung oft geradezu eine Erötung der Kraft und des Entschlusses zum Handeln.“ Die materialistische Geschichtsauffassung, die 40 Jahre einer glänzenden Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland und der Welt geschaffen haben, die Theorien von Marx und Engels, die in Rußland das Proletariat vereinigt haben, haben in der großen Zeit der russischen Revolution Kraft zum Entschluß und zum Handeln gegeben, aber Eisner, Maurenbrecher und andere urteilen nach sich selbst. Sie glauben, daß die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer Weise gelehrt wird, und deshalb wünschen sie, daß an der Parteischule nicht Theorie, sondern hauptsächlich die stoffliche Seite des Lebens gelehrt wird. Sie haben keine Ahnung davon, daß das Proletariat den Stoff aus dem täglichen Leben besser und schöner lernt. Das Proletariat kennt den Stoff besser als Eisner. Was der Masse not tut, ist die allgemeine Auffklärung, die Theorie, die uns die Möglichkeit gibt, den Stoff zu systematisieren und zu einer durchdringenden Masse für den Kampf mit dem Gegner zu schmieden. (Lebhafte Beifall.)

Wenn mich je etwas überzeugt hat von der Notwendigkeit der Parteischule, so ist es die Kritik von Eisner.

Knaur-Sonneberg:

Die Massen der Parteigenossen haben eine schlechte Volksschule besucht, wir können das in der Parteischule Erreichte mit Freuden begrüßen. — Die Kontrollierung der Parteigeschäfte ist sehr notwendig. Daß das Parteiblatt in Königsberg Jahr für Jahr 17 000 M. verschlingt, kann nicht so weiter gehen. Die Parteipresse muß den Mitteln angepaßt werden. Die Mittel brauchen wir zur Agitation. Eine Anzahl Parteigeschäfte müßten wie der „Vorwärts“ ihre Ueberschüsse der Partei zur Verfügung stellen. Was den Bericht der Kontrollkommission anlangt, so kann doch nicht jemand aus formalen Gründen Recht bekommen, der absolut im Unrecht ist. Man darf nicht zulassen, daß jemand zur bürgerlichen Presse läuft und die eigene Parteipresse herunterreißt.

Braun-Königsberg:

Die außerordentlich absprechende Kritik Velmerts am ostpreussischen Kalender, mit dem wir unter den größten Schwierigkeiten gegen skrupellose Gegner und nicht ohne Erfolg arbeiten, hätte ich nicht erwartet. Diese Inzerate geben kein Recht, von einem öffentlichen Skandal zu sprechen. Ohne Inzerate können wir in den Zeitungen nicht auskommen, und auch die Kalender müssen sich finanziell möglich machen. Schwindelhafte Inzerate nehmen wir nicht auf, Velmert hatte Gelegenheit genug, seine Kritik uns direkt oder beim Parteivorstand vorzubringen und nicht unseren Gegnern solches Material zu bieten.

Wels-Verlin:

Braun hat mir einen Teil seiner Ausführungen gegen Velmert schon vorweggenommen. Wenn dieser von dem Brandenburgischen Kalender sprach, nun, der „Wahre Jacob“ erwidert nicht in Brandenburg und wird nicht von Radikalen redigiert. Im „Wahren Jacob“ finden sie ein Rezept für einen schneidigen Schwurbart, ein Inzerat über ein Körpulver gegen Magerkeit und für volle, schöne Körperformen. Also das trifft nicht nur Norddeutschland, sondern auch Süddeutschland, nicht nur radikale, sondern auch anders redigierte Blätter. Wir können nur auf dem Boden diskutieren, daß man fragt, ob die Inzerate überhaupt aufgenommen werden sollen oder nicht. Als Vorsitzender der Pressekommmission des „Vorwärts“ weiß ich, daß häufig genug Beschwerden einlaufen, weil dieser oder jener trotz der strengsten Prüfung der Inzerate sich überverteilt glaubt. Unstiftliche und offenbar schwindelhafte Inzerate scheiden wir von vornherein aus. Die Inzerate haben im „Wahren Jacob“ 4300 M. Einnahme gebracht. Wir könnten aber das Dreifache an Einnahmen haben, hätten wir nicht zwei Drittel der Inzerate zurückgewiesen. Wir nehmen also schon eine Sichtung vor. Die Anregung möchte ich unterstützen, daß der Parteivorstand öfter mit den Bezirks- und Landeskommissionen zusammenkommt, dann würden Auseinandersetzungen über die Inzerate usw. hier jedenfalls nicht mehr vorkommen. Daß zur Lokalistenfrage bisher niemand sich zum Wort gemeldet hat, begrüße ich. Es beweist mir, daß der Parteitag in dieser Frage einig ist und der Resolution des Parteivorstandes einstimmig zustimmen wird. Auch in der Beurteilung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Hier zeigt sich, wie unberechtigt unsere vorjährige Mäßigung gegenüber dieser Organisation war. Hätten wir damals dem Bielefeld gegenüber andere Saiten angeschlagen, dann wären diese Schweinereien nicht möglich gewesen. Die Bielefelder Organisation vertritt die organisierten Holzleger durch Vermittelung von Streikbrechern gemeinsam mit Lebuis und den Hirsch-Dunderbergen.

Singer: Ich wäre am Schluß der Sitzung darauf eingegangen, tue es aber jetzt schon. Ich möchte den Parteitag ersuchen, die Ätten der Ausschlußsache Bielefeld, die vor einem Jahr auf diesen Parteitag verlegt ist, der Beschwerdekommission zu überweisen, damit dieser Parteitag damit zu Ende kommt.

Grumbald:

Vor einigen Tagen erschien in der „Frankfurter Tagespost“ ein Artikel Eisners, der sich mit der Frage der Begriffsbildung beschäftigte. Wenn man damit seine heutige Rede vergleicht, so muß man sich fragen, ob der Artikel von derselben Person geschrieben worden ist. Denn eine solche begriffswirrende Rede, wie sie heute Eisner im Anschluß an seine Kritik der Parteischule gehalten hat, wird schwerlich ihresgleichen finden. Da ist es natürlich gar kein Wunder, wenn in einer solchen allgemeinen Fassung, die in einzelnen Sätzen alle mögliche Deutung zuläßt, sich Widersprüche finden. Man wird ja Eisner gewiß Recht geben, daß der Versuch des Lehrers einer der schwierigsten und verantwortungsvollsten ist, aber daraus zu folgern, daß Arbeiter, die ein halbes Jahr, nachdem sie jahre-, vielleicht jahrzehntelang in der Partei tätig waren, die Parteischule besucht haben, das Lehren zu unterfragen sei, ist nur möglich, wenn man alles in einen Topf wirft. Denn diese Arbeiter, die dort von der Parteischule kommen, wollen nicht über alles Mögliche oder Unmögliches reden, den Ehrgeiz haben sie gar nicht, sondern sie wollen später über ganz konkrete theoretische und praktische Fragen ihre Bildung weitergeben. Dann schadet es auch gar nichts, wenn einmal einer über Theorie redet, das seine bescheidenen Grenzen übersteigt. Das Goethe'sche Wort: „Ruh! und scheinen, bis wir werden, ist von tiefstem Inhalt.“ (Sehr richtig.) Ich meine, daß wir in das, was wir uns vornehmen, auch hinein-

wachsen. In diesem Sinne kann es nichts schaden, wenn unter den Tausenden von Arbeitern, die als Lehrer aufgetreten sind, sich Leute finden, die den Stoff nicht völlig beherrschen. Sie sind gerade dadurch hineingewachsen, daß sie ihre Grenzen überschritten haben. Ich kann es mir vorstellen, daß ästhetische Literaten bürgerlicher Tendenz in Fragen der Werttheorie nicht hineingewachsen können, aber Arbeiter, die das Wesen dieser Werttheorie am eigenen Leibe verspüren und sich dann theoretisch unterrichten haben, können in durchaus ehrlicher Weise lehren. Noch weiter als Eisner geht Maurenbrecher. Und er hat diesen Artikel nicht nur in der „Frankfurter Tagespost“, die ja immerhin noch ein Parteiorgan ist, gebracht (Heiterkeit), sondern sich in der „Hilfe“ noch viel konsequenter und energischer über das ausgelassen, was er eigentlich denkt. Und er ist ehrlich und offen genug, daß er in der „Hilfe“ nicht nur mit der bisherigen Praxis des Unterrichtens und Lernens, ein Ende gemacht haben will, sondern radikal vorgeht und dem Institut ein Ende gemacht wissen will. In der „Hilfe“ beschränkt er sich nicht darauf, zu verlangen, daß die Theorie nicht die Massen gelehrt werden dürfe, sondern daß man die Theorie überhaupt aufgeben solle, auch für die Lehrer. (Hört! hört!) Maurenbrecher schreibt: Die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das Gefühl des glücklichen Lebens als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit den Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erfahrungen nicht zu erledigen. (Hört! hört!) Das heißt also mit anderen Worten: Das, was wir in der Praxis durch den täglichen Kampf um die politische Macht erreichen wollen, ist eine Sache, die durch geschichtliche und psychologische Erfahrungen nicht zu erledigen ist. Das heißt nicht nur die Theorie aufgeben, sondern auch den ganzen praktischen Klassenkampf einfach für unmöglich, erfolglos und sinnlos zu erklären. Wer das mitmachen will, der mag ja zu allem anderen gut sein, aber zu einem Lehrer des klassenbewußten Proletariats scheint er mir der möglichst ungeeignetste Mann zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Berlin-Düsseldorf:

Die Düsseldorf-Parteigenossen sind sehr unzufrieden gewesen mit dem Beschluß der Kontrollkommission, den Ausschluß Schröders aufzuheben. Was ich aber besonders rügen muß, ist, daß die Kontrollkommission es nicht für notwendig hielt, irgendeine Begründung an die Düsseldorf-Organisation zu schicken. — Parteischüler sind doch zum allergrößten Teile Genossen, die jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig sind, deren Grundbegriffe schon längst erfaßt haben und nur noch eine systematische Ausbildung erhalten sollen. Der Vergleich mit dem Volksschullehrer, der erst noch jahrelang studieren muß, zeigt eine Art bürgerlicher Auffassung der ganzen Angelegenheit. Wenn Eisner die Werttheorie eine sehr schwierige Frage nennt, so hat er ganz recht, man lernt sie sein Leben lang nicht. (Heiterkeit.) Als Schulz von dem Wirkungskreis sprach, welcher den Schülern der Parteischule eingeräumt werden müsse, rief Eisner: Sehr richtig! Nun, in Hof hat man in diesem Frühjahr einen Redakteur gesucht. Ein Hofer Genosse, der im letzten Kursus einer der befähigsten Schüler war, hat sich gemeldet. Und was taten die Genossen von Hof? Sie stellten einen Genossen an, der 14 Tage vorher noch der national-liberalen Partei angehört hatte. (Hört, hört!) Lassen Sie den Beschluß, daß die Parteischule weiter ausgebildet werden muß, Mängel sind selbstverständlich vorhanden.

Inzwischen ist ein Antrag Bied-Bremen eingegangen: Der Parteitag nimmt mit Befriedigung von der Berichterstatterin über die Parteischule Kenntnis und ersucht den Parteivorstand, für eine sachgemäße Erweiterung der Parteischule Sorge zu tragen.

Bied-Bremen:

Die Beweise liegen vor, daß es den Kritikern der Parteischule nicht auf die Besserung, sondern auf die Veseitigung des Instituts ankommt. Eisner ist ja offen genug, das in seinem Artikel zuzugeben. Wenn er wohlwollend für eine Massenbildung der Partei eintritt, so zeigt der Artikel Maurenbrechers, wie sich diese Leute die Massenbildung denken. Sie wollen eine willenlose Masse, die sie knebeln können, die nicht in der Lage ist, sich den Zusammenhang der geschichtlichen Tatsachen zu erklären. Die Partei hat alle Ursache, denjenigen Leuten, die seit einigen Jahren systematisch versuchen, die Arbeiter von den zielbaren Wegen abzulenken, sie auf Wege zu verleiten, die nicht zur Eroberung der politischen Macht führen, sondern dazu dienen, einzelnen rechtsstehenden Sozialdemokraten und linksstehenden Liberalen die Massen zu stellen für ihre sozialreformatorischen Vorsehungen, die Wege zu weisen. Ich kenne viele Parteigenossen, die die Parteischule nicht besucht haben und doch Vorträge über Werttheorie halten. (Heiterkeit.) Welcher Vorwurf soll denn darin liegen, daß ein Parteigenosse aus der Parteischule 26 Vorträge gehalten hat. Er hat sie gehalten, um im kleinen Kreise interessierter Genossen sich selbst fortzubilden. (Sehr richtig!) Wir haben alle Ursache, das zu fördern, und der Ausdruck Elite-Bildung ist demagogisch. Wir können das Institut der Parteischule nur freudig begrüßen, wir wollen es nicht nur erhalten, sondern es sachgemäß ausbauen und erweitern. Ich denke mir das so, daß etwa ein dreimonatiger Sommerkursus sich dem halbjährigen Winterkursus anschließt, damit die Genossen, die zum Teil die Parteischule schon besucht haben oder auf geistig hoher Stufe stehen, die Möglichkeit zu systematischer Fortbildung haben. Wir haben alle Ursache zu einem Votum des Parteitages, das der Befriedigung über die Parteischule Ausdruck gibt. Das Wohlwollen der Genossen, die fortwährende unternehmende Arbeit leisten, ist sehr durchsichtig. Ihnen kommt es auf den Inhalt an, auf das, was auf der Schule gelehrt wird. (Beifall.)

Eisner:

Die Arbeiter, wenn sie die Arbeit aufgeben und Literaten von Profession werden, stiften stets „theoretisch“ Unheil an und sind stets bereit, sich als Wirksamste von der angeblichen „Gelehrten“-Kaste abzuschließen. Das hat nicht der Genosse Maurenbrecher geschrieben, sondern Marx. Marx ließ seinen Berger über den Berliner Parteigenossen Kost aus. Alles, was Maurenbrecher geschrieben hat, ist keine Beurteilung der Arbeiter, sondern die Konstatierung, daß sie überhaupt nicht einmal die Möglichkeit haben, Theoretiker zu werden. Wie gesagt, ich halte das übrigens für sehr übertrieben. Ich bin der Meinung, daß jeder normale und gesunde Mensch die Fähigkeit hat, alle Fragen der Menschheit mit einiger Mühe zu verstehen. Aber es handelt sich gar nicht um so psychologische Erwägungen, die die Genossen Grumbald und Luxemburg angestellt haben, daß die Arbeiter in große Theorien leichter eingeführt werden können, als ein Theoretiker wie Karl Marx. Wogegen ich mich gewendet habe, ist lediglich der Ausspruch, daß ein halbes Jahr durchgebildete Genossen sofort als Lehrer auftreten. Sie haben die Parteischüler gehört, deren Argumente darin bestehen, daß Parteigenossen, die es wagen, über die Methode der Parteischule anderer Meinung zu sein, nicht mehr in die Partei gehören. (Zuruf: Das hat niemand gesagt!) Das hat mein Vorkredner in seinen Schlusssatzungen deutlich gesagt. Wenn das die Erziehung ist, dann wäre mein Urteil über die Parteischule verschärft worden. Ich halte es für nützlich, daß die Möglichkeit gegeben wird, sich wissenschaftlich zu betätigen. Und ich schließe auch die Redakteure nicht davon aus, und ich persönlich würde großen Wert darauf legen, von den Genossen ein halbes Jahr unterrichtet zu werden und zu den Füßen der Genossin Luxemburg die neue Wissenschaft zu lernen. (Heiterkeit.) Das würde mir nichts schaden und der Genossin Luxemburg auch nichts. Im übrigen hat sie in der ersten Hälfte ihres Vortrages, worin sie eigentlich gegen mich polemisieren mußte, — denn wenn ich etwas sage, muß die Genossin Luxemburg gegen mich polemisieren (Sehr gut! und Lachen) —, hat die Genossin Luxemburg in der ersten Hälfte genau das selbe gesagt wie ich. (Lebhafte Widerspruch und Zustimmung.) Nämlich, daß man in erster Linie die Geschichte lernen muß. Es handelt sich nicht darum, ob wir Margiten sind oder nicht, sondern um die Methode des Unterrichts, und vor allem darum, daß wir nicht durch eine Halbbildung einen gewissen Anspruch unter Parteigenossen groß ziehen, den kein Parteigenosse der älteren Schule

bisher erhoben hat. Es ist eine neue Mode, nicht eine alte Mode, daß Parteigenossen mit diesem Plomb aufzutreten, und dann mit der Fülle der Wissenschaft des Jahrhunderts ausgerüstet, als ob jeder von ihnen ein Karl Marx oder ein Lassalle wäre, gegen andere polemisieren. (Unruhe.) Bescheidenheit ist der Anfang der Bildung. (Zuruf: Wie lange ist Maurenbrecher Genosse?) Maurenbrecher ist zwar noch nicht lange Genosse, aber er hat sich schon jahrelang wissenschaftlich betätigt. Man spricht von einem Nürnberg-er Trichter. Nürnberg und Gau Rorbarnern sind gegenwärtig in der Lage, am meisten für die Volksbildung zu tun. Denn auch in Berlin hat es die Partei noch nicht dahin gebracht, die Wissenschaft so hoch zu schätzen, daß es einen Lehrer im Hauptamt anstellt, der nichts weiter tut, als die Genossen zu bilden. Maurenbrecher ist bei uns auch keineswegs der einzige Lehrer, er ist nur gewissermaßen als Zentrum der Bildungsbestrebungen gedacht. Hierbei ist von uns der einzige Versuch gemacht, systematisch in einem bestimmten Bezirk wissenschaftliche Bildung zu verbreiten. Auch mein Kollege Weiß hält Vorträge, ich halte Vorträge, und ich fordere Frau Luxemburg auf, wenn ihre Zeit es erlaubt, auch mal zu meinen Füßen zu lernen. Ich mache mich anheißig, wenn mir es meine Zeit erlaubt, auch einmal Vorträge über Marxismus zu halten. Ich pflege mich zu allen Vorträgen sehr gründlich vorzubereiten. Mehr als je ist es heute notwendig, den Massen Elementarbildung zu bringen. Wer wie ich gesehen hat, daß die Bildungsbestrebungen der Massen daran scheitern, daß ihnen die nächsten Begriffe und Worte fehlen, der wird mir beistimmen. Ich habe nichts gegen die Parteischule, aber wenn der Parteivorstand gleichzeitig die Mittel aufbringen kann, das Problem der Massenbildung zu lösen, dann soll die Parteischule nebenher existieren und sich vergrößern. Unsere heutigen Arbeiter haben es viel schwerer als die Führer, die die Partei groß gemacht haben. Unsere Führer haben mit den einfachsten theoretischen Erörterungen angefangen, mit den großen allgemeinen Gesichtspunkten. Heute ist die Partei nicht mehr eine wissenschaftliche Gruppe, sondern eine große politische Partei. Jedes Zeitungsblatt, das heute hinausgeht, enthält eine solche Fülle von Stoff, daß ich behaupte, kein Blatt kann von den großen Massen vollständig verstanden werden. Das liegt nicht daran, daß die Massen heute dümmer geworden sind, sondern daß die Ansprüche sich außerordentlich gesteigert haben. Ich erinnere mich eines wunderschönen Ausspruchs von Kollenbühr, wie der anfang, sich zu bilden, wie er im engsten Kreis Schüler gewesen ist, wie er einmal erst zehn Minuten geredet hat, dann fünfzehn und zwanzig Minuten und auch dann noch nicht mit der Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts ausgerüstet war. Er hält heute noch keine zwanzig Vorträge über die Werttheorie. (Kollenbühr: Ich habe einen Cylus von 6 Vorträgen gehalten.) Wenn Kollenbühr darüber redet, dann hat er ein Recht dazu, er hat nicht nur ein halbes Jahr in der Parteischule zugebracht, sondern sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet. Ich hätte eigentlich die Absicht, Maurenbrecher zu verbeugen. Ich verzichte aber darauf und will nur bemerken, daß mein Vorkredner aus dem Artikel von Maurenbrecher etwas ganz Falsches herausgelesen hat. Das beweist, daß die Parteischule in diesem Falle ihren Zweck gründlich verfehlt hat, denn die ganze Theorie vom Mehrwert läuft doch darauf hinaus, die Menschen denksähig zu machen und sie zu selbständigem Handeln und kräftigem Wirken zu erziehen.

Vogt-Merseburg:

tritt dafür ein, daß Genossen, die noch isolistischen Organisationen angehören, aus der Partei ausgeschlossen werden. Der Teil der Zimmerer der Freien Vereinigung, der in den Zentralverband übergetreten ist, besteht gerade aus den Leuten, die immer für die Partei gearbeitet haben, während die, welche bei der Freien Vereinigung geblieben sind, der Partei nicht angehört haben. Wohl behauptet die „Einigkeit“, daß 90 Proz. ihrer Anhänger politisch organisiert sind. Es fragt sich aber, welcher politischen Partei sie angehören. Ich bitte den Parteitag, endlich Schluß zu machen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns. (Wraol)

Leinert-Hannover:

Wels hat mir gegenüber darauf hingewiesen, daß mit den Inzerten 4300 M. eingenommen worden sind. Dabei sind aber die Kosten des Druckes und Papierses nicht berechnet. Ich mußte diese Sache hier zur Sprache bringen, nachdem uns in Hannover ein Artikel zugesandt war von demjenigen, der die Inzerte in alle Kalender bringen will. Es galt zu verhüten, daß die Inzertenplage allgemein in Deutschland Eingang findet. Bei den Kalendern, denen der Parteivorstand Zuschüsse gibt, können wir wohl eine Kontrolle über die Reinheit der Agitation verlangen. Daß ich mit meinen Ausführungen die radikale Richtung habe treffen wollen, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ich mich ja auch gegen die Annoncen im „Wahren Jacob“ gewandt habe.

Mara-Jellin:

Ich möchte einige Ergänzungen zu dem anführen, was unsere Genossin Luxemburg betreffs der Notwendigkeit sagt, sowohl dem Bildungstoff der Parteischule, wie auch dem Bildungstoff, der durch die Wanderkurse des Bildungsausschusses vermittelt wird, die Geschichte des Sozialismus hinzuzufügen. Der Bildungsausschuss stimmt durchaus dem Gedankengange zu, den Genossin Luxemburg in dieser Beziehung entwickelt hat und hat auch bereits alle einleitenden Schritte getan, damit die Wanderkurse nach dieser Richtung hin ausgebaut werden. Das kann aber nicht eher geschehen, als bis die Kräfte vorhanden sind, die den Bildungsausschuss eine gewisse Garantie dafür bieten, daß die Geschichte des Sozialismus auch in einem wirklich gründlichen und besuchenden Sinne vorgetragen wird. Das sind Vorträge, die vorbereitet werden müssen. Ich bin aber überzeugt, daß es gar nicht lange anstehen wird, daß durch die Wanderkurse die sehr berechtigten Forderungen unserer Genossin erfüllt werden. . .

Ich möchte dann einiges erwidern auf die Ausführungen Eisners. Er hat für die Bildungsbestrebungen den Ruf ausgegeben: Zurück auf die Methode und die Art und Weise der theoretischen Bildung in der Partei, wie sie in den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung praktiziert worden ist, und er hat als mustergültig auf den Entwicklungsgang Kollenbührs hingewiesen. Ich sage, wenn wir auf die gleiche Bildungsmethode und den gleichen Bildungsinhalt zurückgreifen wollten, so würden wir die 40 Jahre der Entwicklung, die seitdem verfloßen sind, aus der theoretischen Geschichte der Partei auslöschen. Wir haben aber nicht 40 Jahre umsonst gearbeitet, sind nicht 40 Jahre lang umsonst mit der sozialistischen Erkenntnis unter die Massen gegangen. Es ist jetzt eine ganz andere geistige und sittliche Atmosphäre unter den Arbeitern vorhanden als vor 40 Jahren, und wir können deshalb auch den Bildungstoff in ganz anderer Weise durchdringen, zusammenfassen und den Massen übermitteln, als es in jener Zeit geschehen ist. Die Massen bringen heututage für die sozialpolitische Erkenntnis und Theorie eine ganz andere psychologische Disposition mit als in den Zeiten, wo es galt, in geistiger Beziehung die Arbeiterbewegung erst von der bürgerlichen Ideologie überhaupt loszutrennen. Genosse Eisner hat sich entschieden dagegen verwahrt, daß die Parteischüler hinausgehen unter die Massen, um zu lehren, nachdem sie kaum fertig gelernt haben, sondern erst die tiefste, nachhaltigste Anregung erhalten haben, um weiter zu lernen. Aber wie liegen die Verhältnisse in der Partei, in den Gewerkschaften? Die Proletarier können nur arbeiten, können nur wirken, etwas werden durch dem Grundsatz, der auch in der Pädagogik gilt, daß im Lehren gelernt werden muß. Das gilt auch für die Parteischüler. Um diesen Grundgedanken in seiner ganzen Tragweite zu erfassen und zu verwirklichen, arbeiten sie meiner Meinung nach in der Parteischule. Kollenbühr ist ein lebendiges Beispiel dafür, was ein Proletarier auch in theoretischer Beziehung werden kann. Er hat den besten Beweis der theoretischen Reife arbeitend und lehrend, als Agitator unter den Massen, als Parlamentarier im Reichstag und im letzten Winter in Berlin erbracht, wo er abwechselnd mit der Genossin Luxemburg über die nämlichen theoretischen Probleme gelehrt hat in großen, von Hunderten besuchten Volksversammlungen.

Es ist von einem Artikel Maurenbrechers in der „Hilfe“ gesprochen worden. Ich muß sagen, ich glaube zu träumen. Seit wann ist denn der Parteitagbeschl. von Dresden außer Kraft gesetzt, daß Sozialdemokraten an gegnerischen Blättern mitarbeiten sollen über Fragen, die das Lebensinteresse der Bewegung betreffen? Gekannt Parteitagbeschl., die für jeden Genossen gelten sollen, nicht auch für den Genossen Maurenbrecher? (Lebhaftes Zustimmung.) Ich finde es von seiner Seite aus ganz begreiflich, daß er die „Hilfe“ für die Veröffentlichung seines Artikels nach dem alten französischen Sprichwort: Car on revient toujours à ses premiers amours (alte Liebe rostet nicht), (Große Heiterkeit.) benutzte. Wenn ich es aber auch menschlich begreiflich finden kann, so finde ich doch nicht an, zu erklären, daß es meiner Ansicht nach keine ungeeignete Tribüne für die Verbreitung unserer Grundsätze geben kann, als jenes Blatt, das systematisch, planmäßiger wie jedes andere darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu korrumpieren, auseinander zu loben und auseinander zu sämpten. (Lebhaftes Sehr richtig!) In diesem Blatte sollte ein Sozialdemokrat am allerlehten schreiben. (Lebhaftes Sehr richtig!) In Dresden hieß es, daß das Wirken von Sozialdemokraten an bürgerlichen Organen vor allem dem Zweck diene und deshalb sehr zu begrüßen sei, weil durch diese Mitarbeit die Erkenntnis über das Wesen der sozialistischen Bewegung in bürgerliche Kreise getragen werde. Ist das aber Erkenntnis vom Wesen der sozialistischen Theorie, wenn es in dem Artikel heißt, daß die Bewirkung der sozialistischen Produktionsordnung nicht als Ergebnis der historischen Erfahrung erachtet werden darf? Was heißt das anders, als daß wir die Auffassung preisgeben, daß der sogenannte sozialistische Zukunftsstaat mit geschichtlicher Notwendigkeit kommt als das Resultat der eigenen, geschichtlichen Entwicklung der ganzen Gesellschaft? Was heißt das anders, um mich populär auszudrücken, als daß der Sozialismus als Wissenschaft zurückgeführt wird nicht nur hinter der sozialistischen Utopisten, sondern daß er aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis in eine pfäffische Glaubensformel verwandelt wird! Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß mit aller Schärfe ausgesprochen wird, daß Persönlichkeiten, die in ihrer eigenen theoretischen Reise noch einen derartigen Grad der Unentwickeltheit und Verwirrung befunden, am allerlehten berufen sind, das Proletariat über den Sozialismus zu unterrichten und lehrend und führend voranzugehen. (Stürmische Zustimmung.) Wer eine derartige Auffassung vertritt, die im letzten Grunde ein Hauptkapitel gegen unsere ganze wissenschaftliche Erkenntnis ist, jeden Augenblick aus der Theorie in die Praxis umzusetzen, sollte erst noch im Stämmerlein der Theorie sitzenbleiben, um dort zu lernen, sich still bescheiden zur Kenntnis der sozialistischen Theorie durchzumauern, ehe er daran geht, die sozialistische Auffassung zu revidieren. (Langer, lebhafter Beifall.)

Dr. Lensch-Weipzig:

Ich hatte geglaubt, bei dieser Diskussion lediglich mit einer persönlichen Bemerkung davonzukommen. Aber die Frage, die jetzt angeschnitten ist, veranlaßt mich doch zu einigen Ausführungen. Zunächst aber muß ich mich mit einer Neuerung des Genossen Müller vom Parteivorstand beschäftigen. Müller hat in seinem Referat einen Witz gemacht, was ihm ja öfter passiert. (Heiterkeit.) Er sagte, die „Leipziger Volkszeitung“ hätte deshalb einen akademisch gebildeten Redakteur gesucht, damit Lensch in der Redaktion einen satiskationsfähigen Kollegen hat. Ich muß sagen, der Scharfjinn dieses Witzes hat mich niedergeschmettert. Ich fragte Müller, ob er den Witz ganz allein gemacht habe, denn er schien mir so geistreich, daß ich anfangs glaubte, der Witz sei gewissermaßen Kollektivarbeit unserer Parteigenossen, nämlich das Parteivorstandes. (Heiterkeit.) Aber Müller sagte, daß er ihn allein gemacht habe. Sie sehen daraus, welche strahlende Geistesfadel wir im Parteifreier Müller besitzen. (Heiterkeit.)

Die Debatte über die Parteischule ist ja in erster Linie von Nürnberg aus durch Artikel der „Frankfurter Tagespost“ inszeniert. Da besteht allerdings in weiten Parteikreisen der Eindruck, daß die Polemik gegen die Parteischule nicht geführt worden wäre, wenn an Stelle von Luxemburg, Cunow und der übrigen sogenannten Radikalen die sogenannten Revisionisten als Lehrer tätig wären. (Sehr richtig!) In der „Frankfurter Tagespost“ war ja gesagt, daß keineswegs die Absicht bestehe, die Parteischule aufzuheben, man wolle nur die Parteilehrer aus Berlin wegziehen. Das ist nach meiner simplen Auffassung genau daselbe, als wenn man einem Käufer die Beine austreibt und das arme Tier vollständig bewegungslos bleibt. An sich ist es ja schwer, auf die Einwendungen von Eisner einzugehen, nicht etwa, weil sie so außerordentlich treffend und richtig sind, sondern im Gegenteil wegen ihrer Allgemeinheit, so daß man in der Tat nicht weiß, was man gegen solche allgemeinen Behauptungen sagen soll. Er fordert uns auf, das Problem der Massenbildung gründlich zu studieren. Dieses Problem ist im Grunde ja nichts anderes als ein Problem des Kapitalismus, und die Grundanschauungen, die er über das Problem der Massenbildung selbst hat, hat er dadurch dokumentiert, daß er den Artikel von Maurenbrecher über den Schellenhaus lobt als einen Artikel, der der gesamten Debatte als Grundlage dienen sollte. Genossin Luxemburg hat Ihnen ja schon einige Mäuten aus diesem Artikel vorgelesen, und Eisner selbst legt ja Wert darauf, daß möglichst viel daraus verlesen wird. Ich will diesen Wunsch als höflicher Parteigenosse erfüllen. Es heißt da:

„Wer wirklich verstehen will, was Marx und gebracht hat, muß erstens wissen, was vor ihm da war: also Wilhelm von Humboldt, Schlegel, Gervinus, Ranke, um nur die Deutschen zu nennen, und er muß zweitens wissen, was seitdem von anderen gedacht und geleistet wurde. Eine einfache erklärende Festüre der betreffenden Marx'schen Stellen führt wahrhaftig nicht zu ihrem wirklichen, das heißt zu ihrem sie richtig begrenzenden und einordnenden Verständnis, und mit der Vertiefung ist es nicht anders. Er müßte mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Böhm-Bawerk kennen, ehe er über die Werttheorie reden sollte.“

Thomas von Aquino ist ein seit mehreren Jahrhunderten verfallener Heiliger der katholischen Kirche. (Große Heiterkeit.) Man kann also nach den Anschauungen von Maurenbrecher und Eisner, der sich mit ihm solidarisirt erklärt, über Werttheorie nicht sprechen, wenn man nicht weiß, was der heilige Thomas von Aquino dazu sagt. Nun wurde der Name Kollensbühr in der Debatte genannt, und er gelang und ja, daß er nicht nur einen, sondern sogar fünf Vorträge über die Werttheorie gehalten hat. Aber ich frage ihn, ob er denn auch vorher den Thomas von Aquino gelesen hat. (Große Heiterkeit.) Weibel: Den haben wir alle nicht gelesen. Pfannkuch: Aber Probleme hat ihn gelesen. Erneute Heiterkeit.) Ja, dann versteht Ihr ja alle auch nichts von der Werttheorie. (Große Heiterkeit.) Aber über diese Anschauung ließe sich reden, wenn Maurenbrecher die wirklich konsequent und jedesmal vertreten hätte. Wenn Sie aber einmal das beliebte Buch über die Hohenzollernlegende zur Hand nehmen, finden Sie darin eine höchst merkwürdige Auseinandersetzung. Maurenbrecher sagt da: „Ich habe leider nicht die Zeit gehabt, mich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Wer von seiner Arbeit als politischer Schriftsteller leben will, muß eine harte Feder haben, und kann nicht solche Studien treiben, wie sie sonst notwendig wären.“ (Hört, hört!) Dieses Wort von der gründlichen Vorbildung erinnert an den bekannten Witz von Börne, daß der Deutsche, wenn er sich einen Fleck aus dem Rock reiben will, erst Chemie studiert. (Sehr gut!) Daher müßte man erst Thomas von Aquino lesen, ehe man über die Marx'sche Werttheorie spricht. — Die Mitarbeit von Maurenbrecher an der „Hilfe“ erscheint in einem merkwürdigen Lichte, wenn man sich darauf besinnt, daß Raumann den Maurenbrecher, als er zur Partei übertrat, mit den Worten geleitete: „Gehen Sie und wirken Sie im Sinne des National-Sozialismus.“ (Hört, hört!) Genau so wie Maurenbrecher sich in diesem Artikel ausdrückte, und den Unterschied zwischen Parteigenossen, die zu bummeln seien, um die Werttheorie und den historischen Materialismus oder, wie Eisner sagen würde, die historische Dialektik zu begreifen, genau so hat Professor Solowich in früheren Jahrgängen der „Hilfe“ ausgesprochen: „Das

ist die Masse? Die Masse ist stets die leidgeborene Herde, keineswegs das wirkliche Volk. Sie ist das Unvoll, und nur die wenigen, die über die Masse herborleuchten, sind diejenigen, auf die es in der Weltgeschichte ankommt.“ Und nun ist die Tatsache zu verzeichnen, daß Maurenbrecher, der Sozialdemokrat, in dieser Frage dieselben Anschauungen hat. Diese erheblichen Widersprüche, die in den Ausführungen von Maurenbrecher liegen, müssen natürlich auf irgendeine Weise erklärt werden können. Ich erkläre mir sie dadurch, daß Maurenbrecher als früherer Theologe gewohnt ist, das Kamel des Glaubens durch das Nadelöhr der Vernunft zu treiben. (Beifall und große Heiterkeit.)

Liepmann-Berlin:

Eisner hat u. a. gesagt, es wäre Aufgabe des Parteivorstandes, für einen gründlichen Unterricht der Masse zu sorgen und sie mit gründlicher Elementarbildung zu versorgen. Ich habe mit meinem untergeordneten Menschenverstande bisher geglaubt, daß das Aufgabe des preussischen Staates oder der anderen Vaterländer sei, die ja auch nicht imstande gewesen sind, die Aufgabe zu lösen, die Eisner kurzerhand dem Parteivorstande zuweist. Vielleicht lassen wir eine Resolution darüber, dann würde es schon gehen. (Heiterkeit.) Das ist ungefähr die Sachkenntnis, mit der man darüber spricht. (Sehr gut!) Eisner hat es für nötig gehalten, den Berlinern einen Döb zu verschicken. Er sagte: Die Berliner haben noch nicht einmal einen Lehrer angestellt. Ja, das ist ja eben das Unrecht, daß man ohne Sachkenntnis über alles Mögliche spricht. Die Berliner haben nicht einen Lehrer angestellt, sie haben ganze Hüllen von Vorträgen halten lassen. Wir haben vor anderthalb Jahren sogar Maurenbrecher einen Pfuscher von historischen Vorträgen halten lassen, so vorurteillos waren wir. (Hört, hört!) Auch Hüllen von naturwissenschaftlichen Vorträgen wurden veranstaltet, und Kollensbühr hat einen Pfuscher von Vorträgen über Marx gehalten. Es tut mir leid, daß Kollensbühr den Thomas von Aquino nicht kennt. Ich kann versichern, daß die 2500 Leute, die den Vorträgen von Frau Luxemburg und Kollensbühr lauschten, den Sinn der Vorträge erfährt haben und davon befriedigt waren. Ich erinnere weiter daran, was wir sonst für die Volksbildung tun, wie viel Berlin sonst die Arbeiterbildungsschule zu fördern sucht. Ich gehe darauf nicht näher ein, um die Zeit des Parteitages nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen. Das, was Eisner hier gegen die Berliner ausführt, wenn auch in veredelter Weise, trifft nicht zu. Es ist nicht richtig, daß wir in Berlin nicht genügend für die Ausbildung der Massen, für die Ausbildung Einzelner getan haben. Wenn man sich hier auf dem deutschen Parteitage hinsetzt und es fertig bringt, der größten Organisation im Reiche einen solchen Döb zu verschicken, dann sollte man sich doch vorher wenigstens über die Tatsachen informieren. (Sehr gut!)

Brandier-Bremen:

Eisner und Maurenbrecher suchen die Parteigenossen systematisch über die Taktik der Parteischule und Parteischüler irrezuführen, weil sie sich selbst über die Grundlagen nicht klar sind. Es ist durchaus falsch, zu behaupten, daß die Parteischüler sofort ihr neu erworbenes Wissen über die Werttheorie an die Genossen bringen. Sie suchen sich durch Vorträge in kleinen Kreisen — so ist es wenigstens bei uns in Bremen — die erforderliche Klarheit zu schaffen. Und die Diskussion bewegt sich im kleinen umgrenzten Rahmen. Es ist die reine Demagogie, wenn Eisner und Maurenbrecher behaupten, daß die große Masse in die theoretische Grundlage des Sozialismus eingeführt wird. Es ist ebensogut Demagogie, wenn sie so tun, als handle es sich bei der Parteischule um Leute, die sich früher gar nicht mit Programm und Theorie des Sozialismus beschäftigt haben. Die Genossen halten sorgfältige Auswahl und schicken auch nur die tüchtigsten Schüler, die jahres- und jahrzehntelang, viel länger als Maurenbrecher, für die Partei gearbeitet haben. Die Agitation Eisners und Maurenbrechers läuft nur darauf hinaus, die Parteischule zu beseitigen, und zwar von hinten herum, da sie nichts Kräftiges gegen sie einwenden können. Gerade Leute wie Maurenbrecher einschließlich Eisner sind die ungeeigneten Lehrer des Proletariats. Das lehrt uns, bei der Wahl der Lehrer zur Parteischule vorsichtig zu sein und nicht Leute damit zu betrauen, die Gehirnverimpfung und Gehirnverflechtung systematisch betreiben.

Damit schließt die Diskussion über diesen Punkt.

Der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

wird entgegengenommen. Ihn erstattet Volbersch-Berlin: Der Parteitag ist besucht von 312 Delegierten. Dazu kommen: von Mitgliedern des Parteivorstandes 9, von der Kontrollkommission 5, vom Bildungsausschuß 1 Vertreter, 27 Reichstagsabgeordnete, je 1 Vertreter der „Neuen Zeit“ und der „Vorwärts“-Redaktion, außerdem 10 auswärtige Gäste, so daß im ganzen 380 Parteigenossen anwesend sind. Beanstandungen und Proteste lagen uns nicht vor, daher beantragen wir, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Das Wort wird nicht verlangt, sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Eine Reihe von Zuschriften sind eingegangen, darunter ein Begrüßungsschreiben der russischen Sozialistenrevolutionäre und der Sozialdemokratischen Partei Schwedens. Die Weiterverhandlungen wurden auf Dienstag vormittag vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Auch ein Kenner des Dienstbotenrechts.

In Verlage der Essener Zentrumspreffe (Predebeul und Roenen) erschien ein Schriftchen über das Dienstbotenrecht in der Rheinproving in sehr pompösen Ankündigungen. „Es muß als höchst verdienstlich bezeichnet werden, daß Herr Beigeordneter Glose es unternommen hat, Klarheit über das Dienstbotenrecht zu schaffen.“ Sehr verlockende Anpreisungsworte für den Ankauf dieses Schriftchens, das bei sehr armlücher Ausstattung, Oktavformat 23 Seiten stark, 30 Pf. kostet. Der Verfasser behandelt die einzelnen Verhältnisse der alten Gesindeordnung der Rheinproving vom Jahre 1844, die längst durch die Zeitverhältnisse überholt worden sind. Ueber das Recht während des Dienstes sagt Herr Glose auf Seite 7 und 8 seines Nachwerkes folgendes: „Das Gesinde muß unbedingt allen Schaden erleiden, den es der Herrschaft verursacht oder grob verzeihenlich zugefügt; den durch geringes Versehen verursachten Schaden aber nur dann, wenn es gegen den ausdrücklichen Befehl der Herrschaft gehandelt oder sich zu Diensten bemiethet hat, die eben zur Aufwendung einer vorzüglichen Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit verpflichtet. Mit solchen Schadenerfordernissen kann die Herrschaft gegen die Lohnansprüche des Gesindes aufrechnen, auch kann sie die Sachen des Dienstboten zurückbehaltend.“ Diese Auffassung ist eine total falsche, den Herrschaften sicher angenehme Rechtsauffassung. Der Herr Beigeordnete hätte sich in dieser Frage besser unterrichten müssen.

Ein Zurückbehaltungsrecht an den Sachen des Dienstpersonals besteht nicht, wird leider irrthümlich aus dem § 69 der Gesindeordnung von 1810 hergeleitet, wo es heißt: „Kann der Schade weder aus rückständigem Lohne noch anderen Habseligkeiten des Dienstboten ersetzt werden.“ Aus diesen Worten hat man bisher, so auch Herr Glose, allgemein das Recht der Herrschaft abgeleitet, sich wegen ihrer Schadenersatzforderung an die Habseligkeiten des Dienstboten zu halten und diese so lange zurückzuhalten, bis sie befriedigt ist. Soweit es sich um solche bewegliche Sachen handelt, die der Dienstbote seiner Herrschaft übergeben hat, z. B. zur Aufbewahrung, mag hiergegen nichts einzuwenden sein. Dagegen ist das Zurückbehaltungsrecht des Dienstherrn jedenfalls nicht zu erstrecken auf Sachen, die das Gesinde bei dem Antritt des Dienstes mitgebracht und sein Gewohnsam behalten hat. Zurückbehaltend kann man nur Sachen, die man hält, die man im Besitze hat. An Sachen aber, die der Dienstbote beim Zugang nur einbringt und die er während der Dienstzeit fortbauwend gebraucht, hat er die tatsächliche Herrschaft, den Besitz behalten. Der Umstand allein, daß

er sie in das Haus des Dienstherrn eingebracht hat, beendigt seinen Besitz nicht, da er die tatsächliche Herrschaft darüber nicht aufgegeben oder sonst verloren (§ 856 B. G. B.) und der Dienstherr auch nicht den mittelbaren Besitz daran erworben hat. (§ 868 B. G. B.) Der Dienstbote bleibt daher Besitzer der von ihm eingebrachten Sachen, und die Herrschaft kann Sachen, die sie nicht besitzt und zu deren Herausgabe sie gar nicht in der Lage ist, auch nicht zurückbehaltend. Wollte man das Recht der Herrschaft so weit ausdehnen, daß man sie für berechtigt erachtet, eigenmächtig dem Gesinde seine Habseligkeiten wegzunehmen, so wäre dies kein Zurückbehaltungsrecht, sondern ein gesetzliches Pfandrecht nach Art des dem Vermieter nach § 559 B. G. B. an den eingebrachten Sachen des Mieters zustehenden Rechts. Für die Annahme eines so weitgehenden Pfand- und Selbsthilferechts gibt der Wortlaut des § 21, wie im Anhang des im Wächlein angebrachten Gesindebuchs verlautet, keinen Anhalt. Der § 21 der rheinischen Gesindeordnung hat folgenden Wortlaut: „Das Gesinde muß der Herrschaft den durch Vorsatz oder grobes Versehen zugefügten Schaden ersetzen. Für den durch geringes Versehen zugefügten Schaden haftet das Gesinde nur dann, wenn es gegen den ausdrücklichen Befehl der Herrschaft gehandelt oder sich zu solchen Geschäften bemiethet hat, die einen vorzüglichen Grad von Geschicklichkeit oder Aufmerksamkeit erfordern.“ — Ein Zurückbehaltungsrecht des Dienstherrn besteht nur für solche Habseligkeiten des Gesindes, die ihm tatsächlich übergeben, an denen es ihm die tatsächliche Herrschaft eingeräumt hat. — Erwähnt sei hier noch, da das Werkchen darüber nichts berichtet resp. nur sehr flüchtig, daß die Herrschaft die Papiere nicht zurückbehaltend darf. Kein Gegenstand der Zurückbehaltung ist die Quittungsliste des Dienstboten für die Invaliditäts- und die Altersversicherung. Es ist dem Dienstherrn ausdrücklich untersagt, die Karte nach Einlieferung der Marken wider den Willen des Dienstboten zurückzuhalten. Ebensovienig darf der Dienstherr dem Dienstboten Krankentafelbücher, Jeugnisse, Gesindebücher und andere Legitimationspapiere zurückbehaltend, da sie nicht unter dem Begriff „Habseligkeiten“ fallen. Die ganze Schrift verdient nach keiner Weise gelobt zu werden, schade für die 30 Pf., die einer dafür auswirft. Von dem Herrn hätte man eine bessere Bearbeitung dieser Materie erwartet. Der Preis des Werkes, bei der schematischen Zusammenstellung dabei, wie schon gesagt, äußerst mangelhaft, ist viel zu hoch; es kann daher niemandem empfohlen werden, sich diese Auslegung des Dienstbotenrechts, denn von einem Dienstbotenrecht zu sprechen, ist doch schon eigentlich Hohn, anzuschaffen. Dem Verfasser empfehlen wir ein besseres Studium der Gesindeordnung, damit derartige Rechtsirrtümer für die Zukunft unterbleiben.

Soziales.

Der Privatverkehr des Angestellten.

Darf der Prinzipal den privaten Verkehr zweier Angestellten zu verhindern trachten? Um die Beantwortung dieser Rechtsfrage handelte es sich in einem Prozesse, der gestern von der 4. Kammer des Kaufmannsgerichts in Berlin unter Vorsitz des Magistratsassessors Depéne zur Verhandlung kam. Der Kläger M. hatte seine Tätigkeit als Kontorist bei der Internationalen Transport-Küsten-Gesellschaft sofort eingestellt, nachdem er von seinem Kollegen B., mit dem er privatim verkehrte, erfahren hatte, daß der Direktor der besagten Gesellschaft A. 50 M. versprochen haben solle, wenn er den Verkehr mit ihm, dem Kläger aufgeben. Der Direktor stellte den Vorgang folgendermaßen dar: Der Kläger sei anfangs ein guter Beamter gewesen, verbummelte aber schließlich derart, daß ihm gekündigt werden mußte. Mit Wehauern machte er die Beobachtung, daß M. nicht nur selbst verjumpt, sondern auch den 18-jährigen B. mit in den Strudel der Großstadt hineinzog. Beide wurden nachts an bekannten Rendezvousplätzen der Bebelwelt gesehen, und bei M. der früher geradzu „eine Perle von einem Beamten“ war, machten sich die Spuren der durchlebten Nächte deutlich bemerkbar. Da der junge Mann auch ein verführtes Wesen zur Schau trug, so nahm er ihn ins Gebet, und er bekannte ihm, daß er 50 M. Sölden habe. Hierauf sagte er zu B.: Gut, ich will Ihnen die 50 M. leihen, damit Sie sich rangieren können, aber unter einer Bedingung: Sie geben den Verkehr mit M. auf. B. hat sich 24 Stunden Bedenkzeit aus, der Direktor zog aber daraufhin seine Proportion sofort zurück. Diese Darstellung des Direktors wird durch den Hauptbeteiligten B. bestätigt. Der Kläger steht auf dem Standpunkt, daß er, nachdem der Direktor den Versuch gemacht hatte, ihn in Verzug zu bringen, Grund zur sofortigen Auflösung des Dienstverhältnisses hatte.

Das Kaufmannsgericht sah die Handlungsweise des Direktors als erlaubt an und billigte dem Kläger nicht das Recht zu, die Tätigkeit sofort aufzugeben. Es war zu berücksichtigen, daß der Direktor dem B. den Vorschlag nicht aus Eigenmuth, sondern vielmehr in der guten Absicht gemacht habe, den Angestellten von einem Verkehr abzurufen, der für ihn nach Ansicht des Direktors von schädlichem Einflusse sei. Ob diese Ansicht richtig oder irrig sei, käme nicht in Betracht. —

Ausbeutung im Musikergewerbe.

Unglaubliche Zustände herrschen im Musikergewerbe im Königreich Sachsen, wo die Lehrlingszucht in vollster Blüte steht. Die Ausbeutung der jungen Leute, welche außerordentlich schädigend auf die Arbeitsfähigkeit für angelernte und ältere Musiker einwirkt, hat dem Ministerverhandlung für das Königreich Sachsen Veranlassung gegeben, entschieden gegen diese Zustände Stellung zu nehmen. Der genannte Verband hat es erreicht, daß das Ministerium des Inneren Erhebungen über die Lehrlingsverhältnisse im Musikergewerbe Sachsens hat anstellen lassen. Das Resultat dieser Erhebungen bietet ein Bild von Ausbeutung schlimmster Art. Es hat sich herausgestellt, daß es reine Lehrlingskassen gibt, wo 48, 35, 30, 28 und 16 Lehrlinge beschäftigt werden und ihnen nicht ein einziger Gehalt gegenübersteht! Auch hat sich ergeben, daß die Lehrlinge solcher Musikunternehmungen namentlich beim Auffspielen von Tanzmusik vielfach in einer das Körperliche und Seelische wohl erheblich gefährdenden Weise ausbeutet werden. Arge Mißstände hinsichtlich der den Lehrlingen zur Verfügung gestellten Wohn- und Schlafräume sind ebenfalls vorgefunden worden. Nachdem nun eine Ministerialverordnung sagt: „Es hat sich ergeben, daß tatsächlich in manchen Musikunternehmungen den Lehrlingen gar keine Gehältn gegenüberstehen oder doch die Zahl der Lehrlinge zu der der Gehältn in einem solchen Mißverhältnis steht, daß eine wesentliche Beeinträchtigung der Berufsausbildung zu befürchten ist, weiter, daß mehrfach die Lehrlinge in einem die Gesundheit und Sittlichkeit gefährdenden Maße zum Auffspielen von Tanzmusik und sonstigen Gelegenheiten herangezogen werden“, weist das Ministerium des Inneren die unteren Verwaltungsbehörden an, dem Lehrlings-„un-„wesen im Musikergewerbe ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und gegen wahrgenommene Mißstände mit den gesetzlichen Mitteln einzuschreiten. Das sächsische Oberlandesgericht hat bereits prinzipiell entschieden, daß die Bestimmungen der Tanzregulative, nach denen Lehrlingen und Fortbildungsschülern der Zutritt zu Tanzvergünungen verboten wird, auch auf die zum Tanz auffspielenden Musiklehrerlinge angewendet werden dürfen. Im Anschluß hieran hat das Ministerium den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, daß die Polizeibehörden die Vorschriften regelmäßig auch auf die Musiklehrerlinge anzuwenden und Ausnahmen nur in solchen Fällen bewilligen, in denen ein Mißbrauch der nachgelassenen Vergünstigung ausgeschlossen ist.

Es wäre dringend zu wünschen, daß einer derartigen Ausbeutung ganz gehörig zu Leibe gerückt wird.

Gegen die geplante Lichtsteuer wollen auch die städtischen Körperschaften von Liegnitz im Interesse der Gemeinde wie der Einwohner-schaft energisch Protest erheben.

Aus der Partei.

Rürnberger Bildungswesen.

Aus Rürnberg wird uns berichtet:

Die Organisation des Bildungswesens in Nordbavern ist soeben zum Abschluß gebracht worden. Der Bildungsausschuß hat das Programm für die nächsten sechs Monate festgelegt. Der als Lehrer angestellte Genosse Dr. Maurenbrecher wird am 1. Oktober sein Amt antreten. Das Unternehmen wird am 30. September durch eine große Versammlung eingeleitet mit dem Thema „Arbeiter und Bildung“, für eine zweite Versammlung im November ist das Thema „Sozialismus und Christentum“ vorgesehen. Für den eigentlichen Unterricht im letzten Quartal dieses Jahres sind in Rürnberg und für die Vortragsstätten vorgesehen über Laffalle, Geschichte und Bedeutung der Städte, die Geburtsstunde des Christentums. In einer großen Anzahl kleinerer Orte Nordbaverns werden Einzelvorträge gehalten. Im ersten Quartal des nächsten Jahres folgt in Rürnberg und für die nächsten Einzelvorträge ein Zyklus von 12 Vorträgen über die Entwicklung der sozialen Klassen in Deutschland. Dann vier Vorträge über Karl Marx und zwei über Goethes Faust von Kurt Eisner, je fünf Vorträge über Unternehmervereinigungen und Handelspolitik und Sozialdemokratie von Dr. Weill. Im Gau werden kleinere Zyklen sowie juristische und hygienische Vorträge abgehalten. Für die Vorgesetzten sind jeden Sonntag Lese- und Diskussionsstunden, für die Jugend jeden Sonntag nachmittags abwechselnd in Rürnberg und für die gefällige und nachhaltende Unterhaltungen statt. Arbeitslose erhalten an Werktagen nachmittags Gelegenheit, sich zu belehren und fortzubilden. Ferner sind geplant Theateraufführungen, Konzerte, Kunstausstellungen, Führung durch Museen und naturwissenschaftliche Exkursionen.

Einen wichtigen Kommentar zu diesen Mitteilungen liefert der auch schon auf dem Parteitage besprochene Artikel Dr. Maurenbrechers in der Sonntagsnummer der „Frankfurter Tagespost“ über „Arbeiterbildung“. Wir heben daraus die folgenden markanten Stellen hervor:

„Wir können keine Arbeiterbildung in die Massen bringen, für die nun einmal die Vorbedingungen (lange Schulzeit, langsame Reife bis zur Mitte der zwanziger Jahre, Ruhe zur Erholung, Leselust und Kunstgenuss) in dem sozialen Leben der Masse heute nicht da sind. Wir können nur eben diejenigen Tatsachen und Fähigkeiten übermitteln, die zur Entscheidung aktueller politischer und wirtschaftlicher Fragen notwendig sind.“

Ich lege den Nachdruck auf das Wort aktuell. Hier scheint mir der Fehler vieler Vorträge und Kurse zu liegen, die heute in der Parteischule und in der Provinz veranstaltet werden. Wir treiben zu viel Theorie! Muß die Masse die Werttheorie kennen? Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Antwort und sage: Nein! Der Lehrer muß das wissen und der theoretische Forscher mag darin weitergeben; aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden.

Es ist einfach Unfug, in wenigen Stunden einem Kreis von Menschen, der nicht die geringste geschichtliche, philosophische oder allgemein-begreifliche Vorkenntnis hat, die „materialistische Geschichtsauffassung“ anzudemonstrieren. Wer wirklich verstehen will, was Marx uns gebracht hat, muß erstens wissen, was vor ihm da war: also Wilhelm von Humboldt, Hegel, Gerwinus, Ranke, um nur die Deutschen zu nennen. Und er muß zweitens wissen, was seitdem von anderen gedacht und geleistet wurde. Eine einfach erklärende Leselust der betreffenden Marx'schen Stellen führt wahrhaftig nicht zu ihrem wirtlichen, d. h. zu ihrem sie richtig begrenzenden und einordnenden Verständnis. Und mit der Wertlehre ist es nicht anders. Ihr

Kleines feuilleton.

„Kunstausstellungen“. Nicht alles, was unter dieser Flagge segelt, ist Kunst, weder an sich, noch hinsichtlich der Darbietung. Es wird da nach beiden Richtungen hin schwer gesündigt. Wenn gemeindepolitische Entschärfungen und Dilettanten einen „Unterhaltungsabend“ veranstalten, so ist das eher zu verzeihen, als wenn ausübende Gesangsleute und „Regitatorn“ niedriger Gattung unter Verweigerung eines pompösen Reklametittels sich erdreisten, ihren ausgeleiterten Chansonetten- oder Variétébühnentram vor naiven Ohren auszubreiten. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß solche Jahrmakelbuden und Zingelstangekunst von allen geselligen Arbeitervereinigungen ferngehalten werden, weil dadurch, daß man ihr in unseren Reihen Unterhaltungsabend gewährt, die erzieherische Erziehung des Volkes zur wirtlichen Kunst illusorisch gemacht wird. Was nutzt es da, wenn wir emsig bemüht sind, wirtliches Verständnis in die Gemüter hineinzupflanzen? Gerade die Arbeiter haben Ursache genug, ernst wägenden Stimmen Gehör zu schenken. Es kommt uns darauf an, vor solchen zweifelhaften Elementen Warnungstafeln aufzurichten. Sie führen in ihrem lunterbunten Programm nur sogenannte „Schlager“ im Genre der bonastischen Gesangstoupetts und Breitlitteratur. Ihr Deklamatorium ist auf den Geschmack der Besucher von „Kabarett“ zugeschnitten, um rohe Instinkte zu reizen. Was aber Rohtschwärzern und Bildungsproyen recht ist, sollte sozialdemokratischen Arbeitern noch lange nicht billig sein. Wie nun solchen Uebelständen wirksam begegnen? Nichts ist schärfer und doch einfacher als dies. Bevor eine Arbeitervereinigung daran geht, einen Kunstabend zu veranstalten, vergewissere man sich über die künstlerische Qualität der ins Auge gefaßten Kräfte durch Nachfrage bei sachverständigen Genossen. Ferner überlasse man den zur Mitwirkung heranzuziehenden Künstlern nicht allein die Zusammenstellung des Vortragsprogramms, weil es viele gibt, die stets ein paar bewährte Stedenpferde vorzuzureiten geneigt sind. Soll ein Programm eine geschlossene künstlerische Wirkung erzeugen, so muß es auch ein in sich geschlossenes Ganzes bilden. Solche Zusammenfassung setzt aber gebiegene künstlerische Bildung und Erfahrung voraus.

Nun ist ja seit einiger Zeit auch in parteigenössischen Kunstdarbietungen eine merklie Emporhebung des Geschmackes zu verzeichnen, dank dem Zusammenwirken einseitiger Vereinsleiter mit künstlerisch bewährten Kräften. Am Sonnabend und Sonntag wohnten wir zwei Kunstabenden bei, die einerseits vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis in den „Germaniasälen“, andererseits vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis in der „Neuen Harmonie“ veranstaltet wurden. Beide Veranstaltungen durften auf die Bezeichnung „Kunstabend“ Anspruch erheben. Das erstere Programm war auf die Darbietung „Weiterer Kunst in Wort und Ton“ gestimmt, und hatte, trotz dieses Charakters, nicht die mindesten Verhängungspunkte mit Veranstaltungen, die unter ähnlichen Wimpeln reifen, gemein. Der orchesterale Teil, vorzüglich ausgeführt durch das „Neue Tonkünstlerorchester“ unter Leitung seines Dirigenten Franz Hollfelder, wies herrliche Kompositionen von Mozart,

müht mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Marx und Böhm - Bakewell kennen, ehe ihr über Werttheorie reden wollt. Es ist wirklich an der Zeit, die vielen jungen Genossen, die sich jetzt mit Feuereifer in die Studien stürzen, daran zu erinnern, daß echte Bildung ein langames Gewächs ist, und daß sie, je umfassender sie ist, um so — bescheidener in theoretischen Formulierungen macht.

„Wer nicht von zweitausend Jahren sich weiß Rechenschaft zu geben, bleibt im Tiefsten unerfahren, muß von Tag zu Tage leben.“

Was wir für die Masse der Parteigenossen brauchen, ist nicht die „Theorie des Sozialismus“ oder „Die Lehren unserer Meister“ oder wie die Ausdrücke sonst lauten, sondern es sind die Tatsachen, auf Grund deren sie Entschlüsse zu fassen gezwungen sind. Die „Theorie“ ist in ihrer, zwar unbeabsichtigten, aber doch sehr häufig vorhandenen Wirkung oft geradezu eine Erstickung der Kraft zum Entschluß und zum Handeln. Gerade weil sie für jedes neue Erlebnis sofort seine ökonomisch-historische „Notwendigkeit“ nachweist, dient sie weit eher zur Abstumpfung der Energie und mahnt zum Dulden, Warten und Ertragen, als daß sie scharf umrisse Ziele und aus dem Moment geborene Aktionsprogramme für den Willen schafft. Die Demokratie aber braucht eine Masse, die an Aktionen an Ziele, Pläne und rasche Entschlüsse gewöhnt ist. Der gewerkschaftliche Kleinkampf, der beinahe täglich die Masse selbst in Entschlüssen, Überlegungen und Plänen übt, der jeder Werkstübchenbesprechung immer wieder die Frage vorlegt: Wagen wir's oder wagen wir's nicht?, der ist's, der die Latkraft der Masse übt und spannt.

Technisches muß unsere Bildungsarbeit für die politische Tätigkeit leisten. Geschichte, Geschichte und immer wieder Geschichte: das ist die grundlegende Forderung. Und zwar politische Geschichte bestimmter Momente und Aktionen, nicht allgemeine Entwicklungsgeschichte der Menschheit in Achsfundenberdämmung. Geschichte, die die Zuhörer immer wieder vor Entscheidungen stellt, sie die tatsächlichen Schwierigkeiten früherer Jahrzehnte nachleben und nachdenken lehrt, die diejenigen Perioden hervorhebt, in denen irgend ein großer Kampf um die Macht mit Glück oder Unglück gewagt wurde: das ist das vorzüglichste Bildungsmittel, das wir haben. Also Geschichte der französischen Revolution, des Jahres 1848, der preussischen Konfliktzeit, der politischen Parteien, Biographien von Männern, die das Glück hatten, in großen Entscheidungen mit an verantwortlicher Stelle zu stehen (Laffalle steht uns da am nächsten; aber warum nicht auch Napoleon, Friedrich der Große, Bismarck, Disraeli und andere? Es braucht wahrhaftig keine Heldenverehrung zu sein; aber auch am Gegner kann man lernen, wenn er ein Ziel und einen Willen gezeigt hat): kurz, Tatsachen, Aktionen, Entschlüsse? Das scheint mir mehr wert zu sein, als alle alten und neuen Katechismusformeln, die wir auswendig lernen könnten.

Man sieht: nach Maurenbrecher gibt es zwei Arten der Bildung, wie es etwa in Preußen - Deutschland zweierlei Recht gibt: Die Theorie, die uns den systematischen Zusammenhang erkennen, die Masse der Tatsachen unter Gesetze einreihen und damit erst die Möglichkeit selbständiger Kritik und weiterer Forschung gibt, sie wird zum Privileg der Lehrer; für die Masse genügt es, wenn sie die von dem Lehrer gesunden Resultate erfährt, sie übernimmt und nach den Weisungen des Lehrers in die gewünschte und gewollte Tat umsetzt. Zu viel zu wissen ist ungesund: die Theorie ist oft eine Erstickung der Kraft zum Handeln. Die Masse aber muß handeln; wie sie zu handeln hat, erfährt sie von ihrem Lehrer. Diese Auffassung von dem Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler ist nicht neu; im Jesuitenorden herrscht ein ähnliches System noch heute und auch einem protestantischen Pfarrer liegt der Gedanke von Hirn und Herden nahe. Aber es ist neu, sie in einem sozialdemokratischen Volk von einem Parteilehrer entwickelt zu finden. Doch sind wir unserer Sache auch sicher? An dem Orte, an dem wir diese Ausführungen finden, stehen sonst die Scherze - Jock. Hat sich Jock da am Ende mit uns einen zur Abwechslung einmal guten Witz erlaubt?

Unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit?

Die „Münchener Post“ wiederholt in ihrer Sonntagsnummer:

E. M. v. Weber und Johann Strauß auf. Dazwischen folgten deklamatorische Vorträge (Lessing, Goethe, Heine), die durch Max Laurence — allerdings mit Hervorhebung eines alzu prononcierten Kabarettstils — bestritten wurden. Schöne Kunst oder liehen Leo Reitenberg und Gertrud Bischoff an beiden Kunstabenden hören. In Reitenberg haben wir ja einen trefflichen Klaviervirtuosen, und Gertrud Bischoff entzückt als Konzertsängerin durch die Vielseitigkeit ihrer Begabung, die ebenso vollendet dem einfachen Volkslied wie dem schwierigen Kunstgesange gerecht wird. Ihre Vortragskunst verrät in allem die denkende Sängerin; ihre von jedweder Pose freie Erscheinung gewinnt sich im Sturm die Herzen der Zuhörer. Der Charakter des zweiten Kunstabends war ernst, ohne streng zu sein. Hier begegneten wir Rina Mardon-Holzamer als Regitatorin. Ihre Sprechweise, ihr Vortrag verrät eine selten hohe, mächtige Wirkung hervorruftende Stilbildung, die durch eine feierliche, sich ihres Gegenstandes stets bewußt bleibende Geste unterstützt wird. In Reitenberg, Gertrud Bischoff und Frau Holzamer haben wir — wenn wir nur ernstlich wollen — ein über jeder Gefährdungsfähigkeit stehendes Künstlertrio, bei dem der feinste Geschmack vollkommen befriedigt wird. Nicht vergessen sei die Mitwirkung des Männergesangsvereins „Typographia“, dessen Chorlieder-vorträge sich durch künstlerische Vollendung auszeichnen. a. k.

Theater.

Neues Theater: „Der Prinz d'Anrec“, Komödie in drei Akten von Henri Labedan. Warum die Diktion diese anderthalb Jahrzehnte alte und niemals jung gewesene Komödie ausgegoren, blieb unverständlich. Die satirische Schilderung einer im Gemühten aufgehenden, ebenso unfähigen als hochmütigen Aristokratie, die Kontrastierung solcher Typen mit Typen bürgerlicher Parvenus, deren erworbenen Millionen, bei aller Unsicherheit der angewandten Mittel, doch immerhin eine gewisse Intelligenz und hochgespannte Energie bezeugen, ist ein von dem französischen Gesellschaftsdrama oft und vielfach mit stark zugreifender Bühnengefühllichkeit behandeltes Thema. Wie effektiv hatte z. B. jüngst noch Henri Bernstein in seinem am Neuen Theater gespielten „Simon“ die Gegensätze dabei arrangiert! Er häufte nach französischer, vom Einfluß des Ibsen-Hauptmannschen Naturalismus noch immer unberührt Theatertradition in der dramatischen Handlung arge Unwahrscheinlichkeiten, aber die Szenen, die er der Handlung abgewann, waren dabei so temperamentoell in ihrer Pointierung und Steigerung durchgeföhrt, daß die Spannung bis zum Schluß gewahrt blieb. Die Satire gegen die blaublütigen, den jüdischen Emporkömmling verachtenden und ihn parasitisch ausbeutenden Nichtstuer, erhielt so eine Stoßkraft, die über alles, was ein hoch polemisch spitzes Wortgeplänkel auf der Bühne vermag, weit hinaus ging.

Das Labedan'sche Stück, das gleichfalls einen jüdischen Finanzler als Gegenspieler in die aristokratische Gesellschaft einföhrt, wirkt daneben wie mattes Feuilleton. Von einer Handlung ist kaum die Rede, die wenigen Anläge dazu verraten nur ein gänzlich Unvermögen zu motivieren. Auch fehlt jede intime Art der Seelenmalerei, die für den Wangel an Bewegung irgendwie entschädigen

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben das Budget nie abgelehnt.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer 199 vom 28. August und in der Nummer 213 vom 11. September festgestellt, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins niemals für den Etat der Stadt Berlin gestimmt haben. Ist es der „Münchener Post“ nicht möglich einzusehen, daß sie die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Unrecht beschuldigt hat? Ist es der „Münchener Post“ nicht möglich, ihre die süddeutschen Genossen irreföhrende Behauptung richtigzustellen?

Ein Jahr „Kampf“.

Die wissenschaftliche Revue der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, „Der Kampf“, tritt am 1. Oktober in das zweite Jahr ihres Lebens. Die neue Zeitschrift, die von den Genossen Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner redigiert wird, hat sich als eine wertvolle Bereicherung nicht bloß der österreichischen, sondern auch der internationalen Parteizeitschriften-Literatur erwiesen. Für die Oesterreicher bietet sie neben dem Raum für Fortbildung der allgemeinen Theorie der Arbeiterbewegung, für den Austrag wissenschaftlicher Streitfragen besonders die Stätte für die Unterfuchung und Klärung der sehr schwierigen nationalen Probleme, mit denen unsere Bruderpartei zu ringen hat. Für die Genossen des Auslandes werden dabei sehr wichtige und instruktive Einblicke eröffnet. Besonders wertvoll ist aber die neue Zeitschrift für sie durch eine Reihe vortrefflicher Artikel gewesen, die theoretische und praktische Fragen behandeln, die der Arbeiterbewegung aller Länder gemeinsam sind. Wir haben mehrfach Veranlassung gehabt, die trefflichen Beiträge zu erwähnen oder auch auszugsweise wiederzugeben. Am Abschluß des 1. Jahrganges drängt es uns, den österreichischen Genossen zu ihrem wohl gelungenen Werk Glück zu wünschen. Möge „Der Kampf“ weiter seinen Weg machen.

Das soeben erschienene Heft 12 des 1. Jahrganges enthält u. a. Otto Bauer: Der Kampf um die Landtage.

Franz Pattermann: Arbeiterschaft und „Freie Schule“.

L. B. Zeifen: Organisierte Arbeiter und die „Freie Schule“.

Karl Mann: Proletariat und Religion.

Hugo Schulz: Die Zukunft der „orientalischen Frage“.

Dr. Richard Engländer: Die Renaissance des Naturrechtes.

Jug. Paul Kar: Die Eisenbahnerstaatsfuchung und die Reorganisation der Staatsbahnen.

Max Winter: Die Böhmerwälder als Lohnbrüder.

Josef Steiner-Paris: Die Lehren eines Generalstreiks. Wäherichau.

Die Arbeiterbibliothek.

Die Freiburger Genossen und die „Sozialistischen Monatshefte“.

Der Vorstand der Parteioorganisation in Freiburg i. B. (S. Badischer Reichstagswahlkreis) legt Wert darauf festzustellen, daß der Antrag zum Parteitage, die „Sozialistischen Monatshefte“ mit der „Neuen Zeit“ zu verschmelzen, nicht von der Mitgliedschaft Freiburg, sondern von einem einzelnen Mitgliede, dem Genossen Haas, gestellt worden ist. Die Freiburger Organisation ist also dafür nicht verantwortlich zu machen, die Angabe in der Zusammenstellung der Parteitageanträge beruht auf einem Irrtum.

Das Parteibüreau in Hamburg ist am 9. September nach Hamburg 38, Gr. Theaterstr. 44 I verlegt worden.

Gerichts-Zeitung.

Eine diebische Krankenschwester

Mußte sich gestern in der Person der Krankenschwester Ida Sing vor der 7. Ferienkammer des Landgerichts I verantworten. Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Angeklagte von einer Frau W., deren Mann schwer erkrankt war, als Krankenschwester engagiert. Da sie ein sehr stilles und bescheidenes Wesen zur Schau trug, gelang es ihr bald, das vollste Vertrauen seitens

konnte. Die drei Akte leben ausschließlich von der Neugierigkeit und den gelegentlichen Donnern der Personen. Mit jedem Aufzuge wird das Gefühl der Leere intensiver. Nur in den Summen, die die d'Aurecs pumpen und die der jüdische, in ihren Kreisen Ansehlich suchende Finanzmann ohne Wimpernzucken hergibt, zeigt sich ein höherer Flug der Phantasie. Vierhunderttausend hat der junge Herr an einem einzigen Abende verspielt. Da die Frau Mama eine millionenschwere, durch Heirat zur Herzogin avancierte Kaufmannstochter, nicht gleich mit dem Gelde herausrücken will, macht sich Baron von Horn, so heißt das jüdische Finanzgenie, aus der Begleichung dieser Kleinigkeit ein Vergnügen. Dreihunderttausend hat er der stolzen Herzogin, die ihn in Sachen ihrer Schneider- und Juwelenrechnungen des Vertrauens würdigte, hinter dem Rücken ihres Mannes vorgestreckt. Als er auf Grund dieser Gefälligkeiten einmal etwas zudringlich wird, zieht er sich von der Dame eine elatante Abfuhr zu, für die er an dem Prinzen durch die Verlesung aller Schuldensummen, auch der geheimen, böshast Revanche nimmt. Die bürgerlich geborene Mama, die sich am Schluß von ihrer Ahnenwärmerei gründlich kuriert erklärt, greift noch einmal ins Portemonnaie, zur Rettung der Ehre, und der fatale Gläubiger muß abziehen. Herr Schrotz in seiner Darstellung des Prinzen brachte das Gemisch von Schläffigkeit, Dreistigkeit und jüdischer Selbstironie, das sich mit einer lebenswärdigen Glätte der Manieren paart, treffend zum Ausdruck. Gewandt repräsentierte Fräulein Reichenhofer die prinzliche Gemahlin, Christianus den Finanzler. dt.

Notizen.

— Leonid Andrejew hat seine „Geschichte der sieben Geherten“, die zuerst in unserem Feuilleton erschien und jetzt im Verlage von J. Labyschilow in Berlin herausgegeben ist, Tolstoi gewidmet. Auf diese Widmung erwiderte Tolstoi, daß ihm der Ausdruck so guter Geföhle Leonid Andrejew's sehr angenehm sei. — Wir möchten das Erscheinen der deutschen Ausgabe nicht vorübergehen lassen, ohne unsere Bibliotheken und noch einmal ausdrücklich auf diese ergreifende Erzählung, die ein Meisterwerk künstlerischer Psychologie ist, aufmerksam gemacht zu haben.

— Edmund Kretschmer, langjähriger Dirigent Dresdener Gesangsvereine und Komponist der Opern „Die Follinger“, „Heinrich der Vierte“, „Der Rächling“ und „Schön Rotaus“, ist 78 Jahre alt in Dresden gestorben.

— Stenographierte Trauer. Dem „Kunstwart“ ist Kunde geworden von einer neuen Industrie, die vielversprechend ist. In dem Schreiben, mit dem trauernde Hinterbliebene auf die Möglichkeiten moderner Kultur gebührend aufmerksam gemacht werden, liest man: „Unterzeichnetem Verlag hat sich erlaubt, die am Vordernstage Ihres Herrn Gemahl gehaltenen Grabrede stenographisch aufzunehmen und gestattet sich dabei dieselbe anzustellen mit der Bitte um deren gütige Annahme. Ein Hochwohlgeborner wird es anheimgestellt, das Honorar hierfür gütig selbst bestimmen zu wollen. Etwasige Nachbesserungen werden schnellstens geliefert und werden uns erlauben mit vorzugsprech.“

Der Frau B. zu erwerben. Schon nach kurzer Zeit vermehrte diese jedoch verschiedene Wäschstücke, die auf rätselhafte Weise plötzlich aus dem Schrank verschwunden waren. Als einige Tage später wiederum verschiedene Sachen spurlos verschwanden, wurde der Angeschuldigte doch etwas genauer auf die Finger gesehen. Diese mußte wohl Lunte gerochen haben, denn eines Tages war auch sie auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Die Angeschuldigte quartierte sich nunmehr bei einer Gefindepelzmeisterin K. in der Gartenstraße ein. Auch hier stahl sie wie ein Kabe, ohne daß auf sie anfänglich auch nur der geringste Verdacht fiel. Schließlich wurde die Diebin durch eine polizeiliche Durchsuchung ihrer Sachen entlarvt. — Vor Gericht bestritt die Angeklagte in beiden Fällen, sich eines Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Die Bestohlenen rekonstruieren die beschlagnahmten Sachen an der Hand ganz charakteristischer Erkennungszeichen als ihr Eigentum, während die Schwester der Angeklagten trotz aller Ermahnungen dabei blieb, daß die Sachen ihr gehörten. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und fünf Tage Haft. Außerdem wurde die Angeklagte sofort in Haft genommen, da Fluchtverdacht vorlag.

Ein Amtsvorsteher, der nicht klagen durfte.

„Den Menschen bringe ich noch raus!“ So oder ähnlich, nach etwas schroffer im Ausdruck, hatte sich der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Kasch mit Bezug auf den Restaurateur Grabow im Offizierbad Witten geäußert, gegen den er die Klage auf Entziehung der Schankkonzession angestrengt hatte. Grabow hatte das Strandlokal in dem Badeort und sollte nach der Klagebehauptung in der dazu gehörigen „Kaiserküche“ die Kellerei gefordert haben. Der Kreisaußschuß des Kreises Danziger Höhe wies die Klage des Amtsvorstehers ab und der Bezirksaußschuß bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Es habe sich, daß der Klagende Amtsvorsteher die oben wiedergegebene Äußerung ge-

tan habe. Wenn ein Beamter sich zu einer solchen Äußerung betriebe, so erscheine sein Urteil nicht völlig objektiv. Der Amtsvorsteher erscheine deshalb nicht geeignet, die Klage auf Entziehung der Gewerbeberechtigung anzustrengen, weil der Verdacht gegeben sei, daß der Beamte ein besonderes Privatinteresse durch die Anstrengung der Klage fördern wolle. Die Klage sei daher schon wegen persönlicher Beteiligung des Amtsvorstehers als unzulässig abzuweisen. Im übrigen sei durch die Verhandlung auch nichts beigebracht, was die Annahme rechtfertigen könnte, der Beklagte Grabow habe die Konzession für das Strandlokal zur Förderung der Kellerei mißbraucht.

Der Amtsvorsteher legte Revision ein und machte geltend, der Bezirksaußschuß habe auf jene Worte kein entscheidendes Gewicht legen dürfen. Es käme für das Gericht doch vor allem darauf an, ob der Beklagte gesundigt habe. Wegen Unzulässigkeit hätte die Klage jedenfalls nicht abgewiesen werden dürfen.

Das Oberverwaltungsgericht verworft jedoch die Revision mit folgender Begründung: Ein Beamter dürfe nicht gegen jemanden mit der Klage auf Entziehung des Gewerbebetriebes vorgehen, wenn eine Feindschaft vorhanden sei, die seine Unbefangenheit in der fraglichen Angelegenheit beeinflussen könnte. Ob überhaupt die Klage erhoben werde, liege hier im Ermessen des Beamten. Dabei sei es aber von großem Wert, daß Einflüsse persönlicher Natur nicht entscheidend mitwirkten. Im vorliegenden Falle seien aber solche Einflüsse in einer Feindschaft und Barcingenommenheit des Amtsvorstehers gegen den Wirt gegeben, denn es habe ja ja, daß er in der fraglichen Zeit gesagt habe, er wolle den Menschen hinausbringen. Unter den Umständen hätte der Amtsvorsteher sich an den Kreisaußschuß wenden müssen und beantragen, daß ein anderer Amtsvorsteher oder ein Bürgermeister mit der Erhebung der Klage betraut würde. Die Sache des damit Beauftragten wäre es dann gewesen, erst zu prüfen, ob die Erhebung der Klage geboten sei oder nicht. Mit

Recht sei die Klage des Amtsvorstehers des Amtsbezirks Kasch als unzulässig abgewiesen worden, weil er persönlich interessiert sei.

Was geschieht denn nun dem Amtsvorsteher, dem wiederholt gerichtlich bescheinigt wurde, daß er sein Amt zur Betätigung persönlicher Feindseligkeit zu benutzen versucht hat? Wird ihm durch ein Disziplinarverfahren klar gemacht werden, daß ihm zur Ausübung der Amtsgewalt die notwendige Unparteilichkeit und Sachlichkeit mangelt? Oder wird er auch in Zukunft darüber zu entscheiden haben, ob ihm persönlich Verfeindeten die Erlaubnis genommen werden soll?

Schwere Jungen.

Im Anschluß an die mit vorstehendem Titel von uns am 12. d. M. gedruckte Gerichtsverhandlung werden wir ersucht, mitzuteilen, daß die Genossen Oswald Klische, Romintener Straße 57, Paul Klische, Grimmelstraße 24 und Richard Klische, Bergmannstraße 110, mit dem im Bericht genannten „Schweren Jungen“ gleichen Namens weder identisch noch verwandt sind.

Achtung! Blumen-, Palmen- und Pufffeder-Arbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr, im Rube-Festhau, Alte Jakobstr. 75: Versammlung, Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Bräutigam und wie sind sie zu verbessern?

Antiklicher Marktbericht der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Nachfrage stark, Geschäft schleppend, Preise für Hammelfleisch nachgebend, für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. **Fisch:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut. **Geflügel:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut. **Butter:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut. **Eier:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut. **Obst:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut. **Getreide:** Nachfrage mäßig, Geschäft reger, Preise gut.

Unserem Kollegen
Karl Zick und seiner lieben Frau
zur silbernen Hochzeit die herzlichsten
Glückwünsche. Seine Werkstattkollegen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel.
Bezirk Nr. 310.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Genosse,
der Wöbelpolierer **Franz Wolf**
Friedenstraße 63
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Wöbelpolierer
Franz Wolf
am 11. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für
Schöneberg.
Bezirk 6b.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Mitglied,
der Metallarbeiter **Julius Paetzold**
im Alter von 39 Jahren an der
Pneumonie verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Julius Paetzold
am 13. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für
Schöneberg.
Bezirk 6b.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Mitglied,
der Metallarbeiter **Julius Paetzold**
im Alter von 39 Jahren an der
Pneumonie verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Julius Paetzold
am 13. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für
Schöneberg.
Bezirk 6b.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Mitglied,
der Metallarbeiter **Julius Paetzold**
im Alter von 39 Jahren an der
Pneumonie verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Julius Paetzold
am 13. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Schöneberger Friedhofes,
Ragstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Große Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
mit doppelt gereinigtem neuen Bett-
decken, beste Bettens 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Gustav Lustig, Berlin S. 20
Friedenstraße, 48
Größe: Einzel- und Doppelt.

Hierdurch die traurige Nachricht,
daß mein guter Mann, unser
lieber Sohn und Bruder, der
Metallarbeiter
Julius Paetzold
am 13. d. Mts. nach langen,
schweren Leiden an der Lungen-
schwindsucht verstorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 16. September, nachm. 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Schöne-
berger Friedhofes, Ragstraße,
aus statt. 430/2
Um stilles Beileid bitten
Anna Paetzold geb. Palm,
Therese Paetzold geb. Jahr,
H. Paetzold.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Ortsverwaltung Rixdorf.
Am Sonntag verstarb plötzlich
unser Kollege, der Gastwirt
Albert Wedel
im 47. Lebensjahre. 75/17
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. September,
nachmittags 3 Uhr, von der
Halle des Rixdorfer Friedhofes
am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Berggolfer
Ernst Haspel
am 8. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 15. September,
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Dantes-Rich-
hofes, Müllerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Berggolfer
Ernst Haspel
am 8. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 15. September,
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Dantes-Rich-
hofes, Müllerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
90/10 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Schönhauser Vorstadt.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Erich Schurwanz
verstorben ist. 81/9
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 16. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, von Trauerhaus Forster
Straße 21 aus auf dem Friedhof
der Göttemane-Gemeinde in
Nieder-Schönhausen/Nordend statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

**Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Schönhauser Vorstadt.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Erich Schurwanz
verstorben ist. 81/9
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 16. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, von Trauerhaus Forster
Straße 21 aus auf dem Friedhof
der Göttemane-Gemeinde in
Nieder-Schönhausen/Nordend statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

**Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Bezirk Schönhauser Vorstadt.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Erich Schurwanz
verstorben ist. 81/9
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 16. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, von Trauerhaus Forster
Straße 21 aus auf dem Friedhof
der Göttemane-Gemeinde in
Nieder-Schönhausen/Nordend statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

**Möbel
Schulz**
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Außerst billige Preise.
Ratenzahlung.

Vielen Kranken ein großer Segen!

H. R., not. cand. in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgepannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer kalten Blutes und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamsfelder Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.

Dr. D. in Kautschal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihr Lamsfelder Stahlbrunnen dem meinem mich seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Beeinträchtigung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.

Gebietarzt Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilfaktor ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.

Wenn empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamsfelder Stahlbrunnen in Dörsdorf W. 164.

**Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.**
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45
am Holkenmarkt.
Filialen: Rixdorf, Bergstraße 65,
am Bahnhof
und Brandenburg a. H.,
Hauptstraße 59, 60.

Nervosität

Frage Sie Ihren Arzt über
Loeithin, er wird Ihnen
sagen, daß dies das einzige wissen-
schaftlich einwandfreie Mittel ist,
die Nerven zu kräftigen. Auch die
Gerichte haben es ausprobiert, daß Dr.
med. Wäcker's Loeithin-Präparat frei von
alkoholisch sei. Wenn die Anzeichen sich einstellen, wie Kopfschmerzen,
Gedächtnisschwäche, Müdigkeit, Schlaflosigkeit, Erschöden, nerv. Herz-
kopfen usw., dann ist es die höchste Zeit, daß an richtige Nerven-
erregung gedacht wird, denn die Nervosität führt zu entsetzlichen
Zuständen. Man braucht nur eine Füllung in die Hand zu nehmen,
um zu sehen, daß unzählige Unglücksfälle, Unfälle, Unfälle, Unfälle,
Selbstmorde usw. auf das Nervensystem zurückzuführen sind. Auch die
Geisteskrankheiten sind nur Folgen der Nervosität, weil die
Zentrale des gesamten Nervensystems das Gehirn und Rückenmark ist.
— Warten Sie mit dem Gebrauch Dr. med. Wäcker's Nerven-
erregung jedoch nicht, bis bereits eingetretene Störungen eingetreten sind. Der
Gebrauch ist billig, bequem und unbemerkt, denn nach jeder Mahl-
zeit werden zwei Tabletten genommen. Esst erhältlich im Spezial-
geschäft für Körperkultur, Aufwärtsstraße 83, nahe Potsdamerstraße.
Originaldose für 1 Dose 2,50, Berlin frei Haus. 64 Seiten starke
Anleitung, Broschüre und Anweisung mit erster
Sendung gratis. 156/12 **Gratis!**

Vereine! Achtung! Gewerkschaften!
Neue Armin-Hallen
Kommandantenstr. 58/59. — Fernspr. IV, 10 155.
Säle von 50—1000 Personen fassend.
Noch frei! Dienstag vor Sonntag, Sonntag, Toten-
sonntag, Weihnachten, Chrus. 1487*

Sozialistische Neudrucke.

Als II. Band dieser Sammlung ist jetzt
erschienen: 247/3
**Garantien der Harmonie
und Freiheit**
von **Wilhelm Weitling.**
Jubiläums-Ausgabe.
Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen
herausgegeben von **Franz Mehring.**
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3.— M.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69 — Laden.

Wann haben Sie wieder Waschtage?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine
Dampf-Schnell-Waschmaschine „Meteor“.
Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.
Fritz Knoch, Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 19.

Kaufen Sie Augengläser nur bei einem Fachmann! — Wer ist das?
Optiker Läckemäcker
I. Schönhauser Allee 136
II. Kommandantenstr. 32
Empfehl. Brillen u. Pincenez 1 M., an Thermometer 30 St. an,
Reisegläser, sehr schön 8,50 M., Barometer, bestes Werk 5,50 M.
Gegr. 1895. — Reparaturen in eigener Werkstatt. — Gegr. 1895

Problem

Trauer-

Bekleidung für
Herren u. Knaben.
Gehrockanzüge v. 36,50 an.
Rock-Anzüge v. 24 M. an.
Maß-Anfertigung
— in 12 Stunden. —
Elegante Frocks und Gehrock-
Anzüge werden versehen.
M. Schulmeister,
Dresdenerstraße 4
(am Kolbitzener Tor).

Lank-Berliner Lotterie.

Ziehung 6. Oktbr. 1902.
455 Gewinne i. W. v. aus. Mark
10 000
I Hauptgewinn i. W. v. Mark
5 000
und 454 Gew. i. W. v. aus.
5 000
Kleinsten Gewinn i. W. v. 5 Mk.
Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk.
(Porto u. Gewinnliste 20 Pf. extra)
sind in allen Lotteriegeschäften u.
den durch Plakate kenntlichen Ver-
kaufsstellen zu haben sowie beim
General-Debit
Paul Steinberg & Co.
G. m. b. H., Bankgeschäft
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 11-12.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog
u. Empfehlung vieler Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Leihhaus

Gelgenheitskufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28
Ecke Ritterstr.

Gänse, Enten

gar. leb. Anf. 6 Mon. alt, vollkommen
ausgewachsen, vollständig
schlachtet, 10 St. ca. 8 Pf. schwer
Gänse 30 St.; 18 schwere Enten
27 St. Streisand, Dödelitz,
Schlesien 45

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 15. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Wagners Königl. Schauspielhaus. Die drei Mosen.

Deutsches. Reden. Kammerstücke. Sozialaristokraten. (Anfang 8 Uhr.)

Leistung. Die Nacht der Finsternis. Neues. Der Prinz d'Aurec. Neues Schauspielhaus. Faust I. Teil. (Anfang 7 Uhr.)

Kleines. 2x2=5. Komische Oper. Tiesland. Heidenz. Der Hahn im Ohr. Heibel. Der Liebhaber.

Zirkus. Bräulein Josefine — meine Frau. Weichen. Ein Helgengraum. Schiller O. (Schiller-Theater.)

Der Pfaffen. Die Lore. Schiller Charlottenburg. Der Herr Ministerialdirektor.

Friedrich Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Als ich wiederkam. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Vorstellung. Jaja. Luffen. Flachsmann als Erzähler. Thalia. Das Ritternachtsmädchen.

Berhard Wofe. Das demooste Haupt. Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.

Metropol. Donnerwetter — tadellos. Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon! Es lebe das Nachtleben.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Prinz d'Aurec.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Dienstag, 15. September, Anf. 8 Uhr: Als ich wiederkam.

Heibel-Theater. Abends 8 Uhr: Der Liebhaber.

Lortzing-Theater. Heute 8 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange.

Residenz-Theater. Abends 8 Uhr: Der Hahn im Ohr.

Neues Operetten-Theater. Schiffsbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Bernhard Rose Theater. St. Frankfurter Str. 132. Das demooste Haupt.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

W. Noacks Theater. Danksagung. Die Mutterjegen.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die blaue Maus.

Passage-Panoptikum. Ohne Extra-Entree. Der Riese aller Riesen Pisjakoff

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Na endlich!

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Heute: Cavalleria Rusticana

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das gr. Attraktions-Programm.

Trilby und Svengali? Kunst und Mysticism.

Vera Violetta. 10 1/2 Uhr: Paul Spadoni

WINTERGARTEN. Eröffnungs-Programm.

The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thomson, dressierte Elefanten

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. Feine Sache! Ausgezeichnet!

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Phyllis.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Der Herr Ministerialdirektor.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahistelle Berlin. Sonnabend, den 19. September.

Zur Feier des 16. Stiftungs-Festes. Konzert: Berliner Sinfonie-Orchester

Kinematograph. Nach dem Konzert: Gr. Ball. (Zwei Orchester.)

Zirkus Schumann. Heute Dienstag, den 15. d. Mtz., abends präzis 7 1/2 Uhr: Das Sensations-Programm.

Brauerei Friedrichshain. früher Lipps, am Königstor. Heute Dienstag: Bayerisches Keller-Fest

Brunnen-Theater. Badstraße 68. Direkt.: Will Voigt. Täglich: Mit vollen Segeln.

Sanssouci. Kottbusser Dirschow Wilhelm Reimer. Montag, Donnerstag und Sonntag: Hoffmanns Nord. Sänger

Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation! Selowsky's Caruso Zigaretten

Hagenbeck-Schau. Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die Hagenbeck-Schau

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bf. Börse. Täglich 8 Uhr. Galerie 30 Pf.

Volksgarten-Theater. am Bahnhof Gesundbrunnen. Für die Winter-Saison

Frühels Allerlei-Theater. Schönhäuser Allee 148. Danksagung: Die Mutterjegen.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenh. Tor. Anfang 8 Uhr.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

XIV. Saison! Zirkus Busch. Dienstag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend.

Mr. Houdini Mile. Mariska Recsey. Gebr. Saxon! Das Phantoucaistische menschliche Kraft.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzähler.

Folies-Caprice. Durchschlagender Erfolg! Die lästige Witwe.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr. Familie August Knoche.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.

Das kommt davon! Es lebe das Nachtleben.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bf. Börse. Täglich 8 Uhr.

Volksgarten-Theater. am Bahnhof Gesundbrunnen. Für die Winter-Saison

Frühels Allerlei-Theater. Schönhäuser Allee 148. Danksagung: Die Mutterjegen.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenh. Tor. Anfang 8 Uhr.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Blendol. mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.

Berliner Eis-Palast. Aufhehr. 22/24. Pormasenteisbahn. 2000 qm Ranfläche.

Metropol-Theater. Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke.

Donnerwetter tadellos! Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund.

Berliner Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Berlin wie es weint und lacht.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

Wen's juckt, wer hoch Qualen hat zur Vermeidung gebräutet.

WEISSE WOCHEN JANDORF WEISSE WOCHEN

BEI

Damen-Wäsche

Tag-Hemden	Vorder- u. Achselst. mit gestickter Passo	1.45
Tag-Hemden	mit Stickerel-Einsatz	1.65
Fasson-Hemden	in den verschiedensten Ausführungen mit hübscher Stickerel	1.95, 2.45
Tag-Hemden	aus gutem Wäschestoff mit handgestickter Badefra-Passo	1.85
Beinkleider	Kniefassen, Hemdentuch od. Körperbarchend mit Stickerel-Volant	1.45, 1.95
Beinkleider	Körperbarchend mit Stickerel-Volant, Kniefassen	1.35
Nachtjacken	Körperbarchend mit Languetten	1.35, 1.95
Nachtjacken	Körperbarchend mit Stickerel-Volant	1.95
Nachthemden	mit Stickerel-Volant	3.25
Nachthemden	m. Hohlnaum-Languetten und Umlegekragen	3.45
Nachthemden	mit 4-eckigem Ausschnitt und Stickerelgarnierung	3.95

Herren-Hemden	aus gutem Hemdentuch	1.85
Herren-Hemden	aus kräftigem Hemdentuch mit 3 Fältchen	2.45
Knaben-Hemden	aus kräftigem Hemdentuch mit Fältchen	ca. 45 50 55 60 65 70 75 80
		55 65 75 90 1.05 1.25 1.40 1.55
Mädchen-Hemden	Achselchluss, Hemdentuch mit Trimming	ca. 45 50 55 60 65 70 75 cm
		58, 68, 75, 85, 95, 1.05, 1.15
		ca. 80 85 90 100 cm
		1.25 1.35 1.45 1.65
Mädchen-Beinkleider	Körperbarchend mit Stickerel	ca. 45 50 55 60 65 cm
		90 1.00 1.15 1.25 1.35
	geschl. ca.	35 40 45 50 55 60 65 cm
		90 1.00 1.15 1.25 1.35 1.45 1.55

Wäschestoffe

Mit Sonnabend den 19. Sept. Soweit Vorrat

Hemdentuch	Elasser Qualität ca. 80 cm br. Mtr.	18, 25, 30 Pt.
Renforce	feinfädige Qualität ca. 80 cm breit .. Meter	35, 42, 48 Pt.
Wäsche-Batist	für feine Leibwäsche ca. 84 cm breit .. Meter	38, 45, 55 Pt.
Louisianatuch	leinenartiges Gewebe ca. 84 cm breit f. Leibwäsche Mtr.	30, 38, 42 Pt.
Louisianatuch	leinenartiges Gewebe für Bettwäsche, ca. 84 cm breit Mtr.	40, 48, 55 Pt.
Louisianatuch	leinenartiges Gewebe für Bettwäsche ca. 130 cm breit Mtr.	60, 75, 95 Pt.
Bettsatin	verschiedene Streifen Kissenbreite .. Meter	45, 55 Pt.
Bettsatin	verschiedene Streifen Deckbettbreite .. Meter	75, 90 Pt.
Bettdamast	prima Qualität, Kissenbreite Mtr.	55, 75, 85 Pt.
Bettdamast	prima Qualität Deckbettbr. Mtr.	85, 1.15, 1.25
Lakendowlias	vorsichtige Qualität, ganze Breite .. Meter	55, 70, 90 Pt.
Reinleinen	für Bettbecher, vollweisse Ware ca. 140 cm breit .. Meter	1.95
Piqué	oder Kroisé-Barchend .. Meter	38, 42, 55 Pt.
Piqué-Damast	schwere Qualität Mtr.	58 Pt.

Grosse Posten

Unterröcke mit breitem Stickerel-Volant, Serie I: **3.90** Serie II: **4.90**

Hocheleg. Unterröcke reich mit Stickerel und Spitzen garniert, aussergewöhnlich billig

Besonderes Angebot!

Fasson-Hemd u. Beinkleid mit Stickerel oder imit. Klöppelspitze garniert .. Garnitur **3.90**

Bettbezüge

Deckbett	Flussentuch ..	1.95, 2.95
Kissen	Hemdentuch ..	68, 85 Pt.
Deckbett	Leinwandtuch ganze Breite	2.95 3.95
Kissen	Leinwandtuch ..	75, 95 Pt.
Bettlaken	ohne Naht	95, 1.65, 1.85
	extra lang	1.95, 2.50
	Reinleinen	extra lang 3.90
Deckbett	Dübel, ganze Breite ..	4.25, 5.40
Kissen	Dübel ..	1.20, 1.35
Deckbett	Damast, ganze Breite ..	4.25, 5.50
Kissen	Damast ..	1.25, 1.45

Grosse Posten

Bettdamast elegante Brokate mit Seidenglanz, Kissenbreite Mtr. **85** Pt. **Deckbettbreite** Meter **1.25** **Louisianatuch** ca. 130 cm breit f. Deckbetten od. Laken .. Meter **45** Pt.

Tischzeuge

Nur erstklassige Fabrikate

Jacquard Tischtücher	geblickt gesäumt	ca. 130x130	130x160	145x225	1.65	1.95	2.75
Servietten	gesäumt ..	Dutzend	3.50				
Jacquard Tischtücher	Halbleinen, gesäumt feinfädige Qualität	ca. 130x130	130x160	130x200	1.95	2.25	2.90 4.10
Servietten	gesäumt ..	Dutzend	4.50				
Jacquard Tischtücher	Halbleinen gesäumt kräftige Qualität	ca. 130x130	130x160	130x200	2.35	2.85	3.85 5.25
Servietten	gesäumt ..	Dutzend	4.95				
Jacquard Tischtücher	Reinleinen gesäumt	ca. 130x130	130x160	130x200	2.25	2.75	3.85
		ca. 165x165	165x200	165x300	3.50	4.95	6.95
Servietten	gesäumt ..	Dutzend	5.75				

Schürzen

Tändelschürze	Batist ringsherum mit Stickerel ..	48, 95 Pt.
Tändelschürze	aus gepunktetem Mull in eleganter Ausführung ..	1.45
Tändelschürze	aus Batist ringsherum Stickerel ..	95, 1.45
Tändelschürze	gemusterter Mull oder Batist mit Stickerel-Träg. ringsherum mit Stickerel-Volant, eleganteste Ausführung ..	1.75
Kinder-Reformschürze	gemusterter Batist mit reicher Stickerel-Garnierung in Größen 45 bis 70 cm ..	1.45
Hausschürze	aus kräftigem weissen Stoff mit Volant und Tasche ..	95 Pt.
Hausschürze	extra weik, schwere Qual. mit Volant und Taschen ..	1.45
Servierschürze	mit Volant u. gefüllten oder geschlossenen Stickerel-Trägern ..	1.45
Mieder-Servierschürze	m. Volant u. Stickerel-Träg. ..	1.75
Mieder-Servierschürze	mit Volant und Stickerel-Trägern, eleganteste Ausführung ..	1.95

Parfümerien

Eau de Cologne	essenswert angenehm u. erfrischend Flasche	28, 48, 85 Pt.
Eau de Cologne 1/2 Liter-Flasche	1.65
Eau de Cologne	Probe-Flasche 10, 12 Flaschen	1.00
Lilienmilchseife Karton 3 Stück	1.10
Toiletteseife „Weisser Flieder“	Stück ca. 150 g schwer ..	10, 6 Stück 55 Pt.
Jandorfs Spezialseife	vorzüglich parfümiert ..	Karton 6 Stück 1.00

Futterstoffe

Jaconet Meter	28 Pt.
Kroisé Meter	38, 48 Pt.
Falle Meter	48 Pt.
Satin Meter	55 Pt.

Schreibwaren

100 Kuverts	undurchsichtig	} 95 Pt.
100 Bogen Billetpapier	gute Qualität	
50 Bogen Leinenpapier	Hübsch, gelblich	} 1.25
50 Kuverts		
1 dek. Kreppschlauer	im Karton	} 1.25
100 Kreppservietten	
1 dek. Kreppschlauer	im Karton	} 75 Pt.
50 dek. Kreppservietten	...	
100 weisse gezackte Kreppservietten	48 Pt.
500 Blatt fettgedichtetes Butterbrotpapier	95 Pt.
6 Rollen Toilettepapier	95 Pt.
1 Kassetten Briefpapier	25 Bogen 25 Kuverts	38 Pt.
1 Kassetten Briefpapier	50 Bogen 50 Kuverts	68 Pt.
Ein Posten Kreppschlauer	ca. 3 Meter lang, schön dekoriert .. Stück	18 Pt.

2000 Tüll-Stores weiche Appretur, regulärer Wert bis 7.50 jetzt Stück **2.35, 2.75, 3.85**

5000 Fenster-Gardinen weiche Appretur, regulärer Wert bis 15.00 Fenster **3.75, 5.25, 6.75**

30000 Meter Gardinen 38, 55, 75 Pt.

regulärer Wert bis 1.25 Meter

Ein grosser Posten Tüll-Bettdecken über 1 Bett, regul. Wert 1.75, 2.50, 3.95 bis 5.75 .. jetzt

Ein grosser Posten Erbstüll-Stores regulärer Wert bis 15.00 .. jetzt **3.75 5.75, 7.75**

Ein grosser Posten Gardinen-Muster-Stücke ca. 140 cm lang **48 Pt.**

Ein grosser Posten Ziegenfelle mit Futter, ca. 70x170 cm .. **4.85**

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr stattfindende Versammlung in Goppes Festsaal, Hermannstr. 49, ganz besonders hingewiesen. Diese Versammlung soll die Agitation für die im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen einleiten. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Heute abend 1/9 Uhr findet die Vereinsversammlung im Lokale des Herrn Schöneberg, Rudower Str. 86, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen M. Schütte über: „Die Anfänge der Berliner Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Potsdam. Am Mittwoch in allen Bezirken: Pahlaben d. Der 1. Bezirk umfasst die innere Stadt links der Rauener Straße und die Keltower Vorstadt; Versammlungsort: Restaurant Wegener, Am alten Markt (Ecke der Kaiserstraße). Der 2. Bezirk umfasst die Stadt rechts der Rauener Straße und die Jäger- und die Rauener Vorstadt; Versammlungsort: Wilh. Labentzin, Kaiser-Wilhelm-Straße. Der 3. Bezirk, die Brandenburger Vorstadt, hat als Versammlungsort den Viktoriagarten bestimmt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Mitteilung, daß die nächste Wahlvereinsversammlung nicht am Mittwoch, den 16. September stattfinden kann; dieselbe ist auf Mittwoch, den 23. September verlegt und zwar findet sie im Lokale des Herrn Wehborn statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Berliner Nachrichten.

Farbenwechsel.

Jede Jahreszeit hat ihre Palette. Der Winter streicht nur Weiß über die Gefilde und ist am zufriedensten, wenn er alles, Laotes und Lebendes, gleichmäßig darunter begraben hat. Der Frühling führt das Grün in allen Schattierungen und spritzt hier und da bunte Farbensplecke dazwischen. Beim Sommer überwiegen auf der Palette die farbigen Flecke im dunklen Grün. Der Herbst aber ist der Meister im Großen. Er hat wie der Sommer alle Farben des Regenbogens auf seiner Palette, aber anstatt sie auf Wiesen, Feldern und Gärten zu verteilen, läßt er die Blumen vergehen, um an ihrer Stelle die Baumkronen und Sträucher zu einem letzten farbigen Gesamtbilde zu vereinigen.

Schon in der Stadt fällt auf den Balkonen die rote Verfärbung des wilden Weines auf. Um mehr zu sehen, müssen wir in unsere Wälder, in die Jungfernhede, nach Finkenkrug oder Spandau wandern. Die Rotbuche hat von der Art, wie ihre Kronen die ganze Stala von Hell- zu Braunrot durchläuft, ihren Namen, während die Weißbuche, die sich im Wäldchen so gern mit den Niesern gesellt, sich wie die Birken und Ahornbäume gelb verfärbt. Erbsen- und Braune wandelt sich das Laub der Erlen, rote und violette Töne treten besonders an verschiedenen Sträuchern auf und bis zur Scharlachrote färbt sich die Eberesche. Je mehr eine Gegend an verschiedenartigen Holzgewächsen besitzt und je länger und sonniiger der Herbst ist, um so lebhafter das herbstliche Farbenspiel. Denn es ist die Sonne, die auf einen im Herbst in den Wäldern gebildeten Stoff (den die Botaniker Antholhan nennen) einwirkt und ihm in Verein mit anderen Eigenschaften, die jede Pflanzenart besitzt, die Färbung gibt. Am Rhein, der einen warmen, sonnigen Herbst an seinen Geländen hat, ist in Deutschland die Herbstfärbung wohl am schönsten ausgebildet. Die größte Steigerung soll er als „Indianerommer“ an den Ufern nordamerikanischer Seen erreichen, was wieder mit der weitaus größeren Zahl der dort heimischen Holzarten und mit den langen Herbstnordamerikas zusammenhängt. Der wilde Wein unserer Balkone windet sich dort hoch auf die Bäume und ziert sie in brennendem Rot. Aber auch in unseren Wäldern sind herrliche Herbstbilder zu finden. Nur die hohen Niesern, wo sie vorerstehen, ragen stolz und starr über den eingeprengten, verblässhenden Laubbäumen. Noch ein paar Wochen, dann stehen die kahlen Zweige der Erlen, Birken und Buchen zwischen den dunklen Wipfeln der Niesernforsten, die sich nur um ein wenig dunkler färben und umdrehen dem grimmigen Winter erwarten.

Wenn man auf der Eisenbahn etwas verliert.

Auf der Eisenbahn wird viel verloren, das ist ohne weiteres begreiflich. Manches von dem Verlorenen wird durch die Finder abgeliefert, aber nur wenig von dem Befundenen wird durch die Verlierer zurückgefordert. In Berlin ist das Fundbureau der Eisenbahn vollgepfropft mit Gegenständen aller Art, die gar nicht mal immer ganz geringwertig sind und dennoch nicht zurückgefordert werden, sobald sie schließlich in der Fundschauenauktion zu Spottpreisen verschleudert werden müssen. Woran das liegen mag? Zum Teil wohl daran, daß die Verlierer oft keine Ahnung davon haben, wo sie ihr Eigentum verloren haben und wohin es geraten sein kann; zum anderen Teil aber gewiß daran, daß der bei der Eisenbahnverwaltung herrschende Bureaualtrismus dem Publikum die Wiedererlangung verlorener Gegenstände in unnötiger Weise erschwert. Ein Lefer unseres Blattes namens G. schildert uns die Erfahrungen, die er habe machen müssen, als er auf der Eisenbahn etwas verloren hatte und nun den Verlust anmeldete. G. war nach Feierabend von Berlin in einem Vorortzuge nach Rixdorf gefahren, hatte beim Aussteigen eine Kofferkammer nebst Ledertaschen im Wagen liegen lassen, bemerkte aber den Verlust noch auf dem Bahnhofe und meldete ihn dem Stationsvorsteher unter Angabe des betreffenden Wagens. Der Verlierer sagte die Bitte hinzu, hinter dem dahinfahrenden Zuge her nach der nächsten Station zu telephonieren, und er hoffte, daß schon der nächste von dort kommende Zug ihm sein Eigentum zurückbringen würde. Doch der Eisenbahnfahrgehalt denkt — und der Eisenbahnbureaualtrismus lenkt. Der Stationsvorsteher gab eine Auskunft, die G. dahin verstand, es müsse eine Depesche abgesandt werden, sie sei mit 50 Pf. zu bezahlen und zwar sofort, außerdem sei bei Abholung des Gegenstandes noch eine Gebühr von 50 Pf. zu entrichten. G. antwortete, er habe im Augenblick nicht genug Geld bei sich, um sofort eine Depesche bezahlen zu können, auch seien Kasse und Tasche nicht mehr so wertvoll, daß er noch 1 M. dafür opfern möchte. Darauf erklärte der Beamte achselzuckend, dann wändere das Verlorenen in das Fundbureau, das am Schlesischen Bahnhof sich befindet und von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geöffnet sei. Also hatte G. sich an das Fundbureau zu wenden, doch so etwas ist leichter gesagt, als ein Arbeiteres tun kann. Genosse G. schreibt

uns, es sei ihm nicht möglich, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr das Fundbureau aufzusuchen, wenn er nicht einen Verdienstausfall erleiden wolle; der voraussichtliche Verdienstausfall würde über den Wert der Kasse und der Tasche hinausgehen, darum habe er sich entschließen müssen, auf die Wiedererlangung seines Eigentums überhaupt zu verzichten. Er macht den Vorschlag, das Fundbureau bis zum Abend offen zu halten, dann werde es auch Arbeitern leichter möglich sein, dort nachzutragen. Der Vorschlag verdient Beachtung. Wäre das Fundbureau länger geöffnet, so würde die Eisenbahnverwaltung wahrscheinlich nicht so viele verlorene Gegenstände auf dem Halbe halten. Wir nehmen an, daß auch ihr selber hiermit gedient wäre. Vor einiger Zeit wurde ja wohl gemeldet, man müsse das Fundbureau vergrößern. Das würde unseres Erachtens nicht nötig sein, wenn nur die Eisenbahnverwaltung den Verlierern etwas mehr entgegenkommen wolle.

Ernteaussstellung der Laubenkolonisten.

Was der Fleiß der Laubenkolonisten zu schaffen vermag, das sah man wieder auf der diesjährigen Ernteaussstellung, die von dem Bund der Pflanzervereine Berlins und Umgegend veranstaltet worden war. Sie wurde am Sonntag und Montag im Stabliement „Zur Lebensquelle“ (Kommandantenstraße) abgehalten; ausgestellt waren Erzeugnisse des Gartenbaues (Gemüse, Blumen, Obst), daneben Erzeugnisse der Viehzucht (Kaninchen, Geflügel). Der hauptsächlichste Zweck der vom Bund nun schon seit einer Reihe von Jahren veranstalteten Ausstellungen ist der, den Gartenbau in den Laubenkolonien Groß-Berlins durch einen anregenden Wettbewerb zu fördern. Aber auch für den Inbeteiligten, der nicht selber Laubenkolonist ist, sind sie nicht ohne Interesse.

Die Abteilung der Gartenbauerzeugnisse war besonders gut besetzt und bot tüchtige Leistungen, die auch einem Berufsgärtner Ehre gemacht hätten. Das Auge wurde erfreut durch eine bunte Fülle entzückender Blumen, den Gaumen reizte eine reichhaltige Sammlung prächtiger Gemüse. Freilich haben nicht in allen Laubenkolonien die Pflanzler mit dem Ertrag dieses Jahres zufrieden sein können. Die Dürre, die gerade der Juni brachte, ließ in den hochgelegenen Kolonien mit Sandboden manchen Pflanzler die trübe Erfahrung machen, daß nicht immer Segen der Mühe Preis ist. Dafür wurde aber in den niedrigergelegenen Kolonien, in den oft über ein Jubel an Feuchtigkeit gelagert werden muß, diesmal der Fleiß der Pflanzler um so besser belohnt. Auf der Ausstellung war unter den Gemüsen so manche Erfolgprobe zu sehen, die sich durch ungewöhnliche Quantität auszeichnete. Ein Kopf Wirsingloß zum Beispiel hatte das stattliche Gewicht von 17 Pfund erreicht; mehr kann selbst der Ungewöhnliche nicht verlangen. Auch an kräftig entwickelten Kartoffeln fehlte es nicht; die größten, die wir bemerkten, wogen 1 1/2 Pfund. Wie es allerdings um die Qualität solcher Niesenprodukte steht, darüber kann bloßes Anschauen keinen Aufschluß geben. Mit Mißtrauen, das von vornherein uns beschlich, betrachteten wir auch die hochragende Tabakpflanze von 1 1/2 Meter Länge, die in einer Rixdorfer Laubenkolonie gezogen worden ist. Wie mag so eine Savanna aus Rixdorf schmecken? Die Viehzucht der Laubenkolonisten muß sich im wesentlichen auf Kaninchen, Tauben, Hühner, Enten beschränken. Die Auswahl, die auf der Ausstellung geboten wurde, war diesmal nicht groß. Die Bitterung hatte manchem Pflanzler einen Strich durch die Rechnung gemacht, so daß er seine Tiere fernhalten mußte, weil sie in der Käufer stehlen oder krankeiten.

Einem Unkundigen kann bei einem Gang durch eine solche Ausstellung die Erkenntnis aufdämmern, daß die Arbeit der Laubenkolonisten reicher an Höhe ist, als es auf den ersten Blick scheint. Dem Fleiß kein Preis, das gilt auch hier. Daß auch sonst die Laubenkolonisten nicht „auf Kosten gebettet“ sind, dafür sorgen schon — im „Vorwärts“ ist das oft gezeigt worden — die Herren „Generalpächter“, die sich zwischen sie und die Besitzer der Laubenslandes schieben.

Ein Frauenmord in Grünau.

Vor den Toren Berlins ist in der Nacht zum Sonntag ein neues Kapitalverbrechen verübt worden. Auf Grünauer Gebiet, in der Nähe des Gemeinde-Friedhofes, wurde Sonntag früh eine in den dreißiger Jahren stehende Frau erdrosselt aufgefunden. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß man es in der Toten mit der 32jährigen Frau des Instrumentenmachers Hugo Buchholz aus der Königsberger Straße 7 in Berlin zu tun hat. Als mutmaßlicher Täter ist der 27jährige Kutscher Erich Wollenberg, der zuletzt in der Thierstr. 6 wohnte, verhaftet worden. An Einzelheiten wird uns über das Verbrechen das folgende gemeldet:

In der sechsten Morgenstunde des Sonntags bemerkten drei Arbeiter, als sie an dem Grünauer Friedhofe vorübergingen, eine weibliche Leiche an der Kirchhofmauer liegen. Als sie näher zutrafen, erkannten sie, daß die tote zweifellos ermordet worden war. Sie machten daher schleunigst Anzeige beim Gemeindevorsteher in Grünau, der seinerseits auch sofort die Gendarmerie und die Behörden der umliegenden Ortsteile hiervon benachrichtigte. Auch die Berliner Kriminalpolizei wurde in Kenntnis gesetzt, worauf Kriminalkommissar Weiß mit zwei Polizeihunden nach der Nordstelle eilte. Die Hunde arbeiteten vorzüglich und ließen von der Leiche direkt auf das Haus Hofstraße 5 zu, wo eine Schwester der Ermordeten wohnt. Auf diese Weise konnte die Persönlichkeit der Frau festgestellt werden. Durch Verhöre konnte bald ermittelt werden, daß Frau Buchholz, die seit einiger Zeit von ihrem Manne getrennt lebte, Beziehungen zu einem Kutscher Wollenberg gehabt hatte. Alle Anzeichen sprachen dafür, daß nur dieser Mann als Täter in Frage kommen könne. Die Polizei stellte daher umfangreiche Recherchen an, die den Verdacht gegen den Kutscher Wollenberg verstärkten, so daß dessen Verhaftung angeordnet wurde. Einige Kriminalbeamte begaben sich nach der Wohnung des Beschuldigten in der Thierstraße 6, fanden aber niemand zu Hause. Erst am Spätnachmittag gelang es, den Gefuchten in einer Gastwirtschaft zu ermitteln und festzunehmen. Er selbst bestreitet, die Tat begangen zu haben. Da aber schwerbelastendes Material gegen ihn vorliegt, wurde er nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Köpenick geschafft. Die Leiche liegt in der Friedhofshalle, wo die Obduktion stattfinden soll.

Wie jetzt feststeht, ist der Mord in der achten Abendstunde des Sonntags ausgeführt worden. Frau Buchholz hatte sich kurz nach 7 Uhr aus der Wohnung ihrer Schwester entfernt, um bei einer Wäschefrau Meier in Grünau Wäsche abzugeben. Zwischen 1/4 und 1/2 8 Uhr wurde der Kutscher Wollenberg mit der Ermordeten zusammen gesehen. Wollenberg hatte ein Fahrrad bei sich und redete heftig auf die Frau Buchholz ein, so daß es den Anschein hatte, als ob sich beide zankten. Schließlich warf Wollenberg sein Rad über eine Gede. Diese Szene spielte sich diesseits der Bahn ab. Jenseits der Bahn hat dann niemand das Paar mehr beobachtet. Das Fahrrad trägt die Marke „Reichsrad Brillant“ und hat imitierte gelbe Holzfelgen mit schwarzen Streifen und rote Gummimäntel. Es ist anscheinend gestohlen. Der Mörder hat sich nach der Tat auf einem Umwege nach der

Bahn begeben und zwar in nördlicher Richtung. Durch die Polizeihunde wurde die Spur ganz genau festgestellt.

Von einem Nachtzug überfahren und getötet wurde der 30 Jahre alte verheiratete Stredenarbeiter Georg Schubert. Gestern früh fand man seine Leiche auf den Schienen zwischen Bahnhof Steglitz und der Ueberführung an der Berlinische Straße. Die Leiche wurde nach der Steglitzer Kirchhofshalle gebracht.

Vom Dache abgestürzt ist am Sonnabend, nachmittags 8 1/2 Uhr, im Grunewald in der Herder-Straße der Dachbeder Julius Weutber. Derselbe war hier mit dem Einbenden von Dampfrohren beschäftigt und gerade im Begriff, sich seine Dachleiter im Hofen zu besichtigen, wobei der Absturz erfolgte. Er wurde schwerverletzt in das städtische Krankenhaus in Moabit eingeliefert.

Im Wannsee ertrunken. Ein folgenschweres Bootunglück hat sich am Sonntagnachmittag auf dem Wannsee in der Nähe des Freibades zugetragen. Der Glaser Kofinsky, der auf dem Wannsee ein eigenes Segelboot besaß, wollte mit zwei jungen Mädchen eine Segelpartie unternehmen. Doch kaum hatte das Boot das Ufer verlassen, als sich ein heftiger Sturm erhob und das Segelboot zum Kentern brachte. Alle drei Insassen fielen ins Wasser. Während es jedoch Kofinsky gelang, sich solange über Wasser zu halten, bis er von einem anderen Segelboot gerettet und aufgenommen werden konnte, wurden seine beiden Begleiterinnen, die 22 Jahre alte Schneiderin Anna Richter aus der Marchstraße 22 und die 25jährige Martha Mele aus der Marchstraße 23 zu Charlottenburg von der Strömung ergriffen und mit fortgerissen. Die Leichen konnten im Laufe des gestrigen Tages noch nicht aufgefunden werden, die Potsdamer Fischereiwache wird daher heute den Wannsee absuchen.

Der des Mordes an Kaufmann Engel verdächtige Serbe Kragujewicz wurde gestern wiederum vernommen. Ueber dieses Verhör wird aus Budapest gedruckt: Kragujewicz gab zu, mit älteren Herren homosexuellen Verkehr unterhalten zu haben, behauptet jedoch, daß dies bei Engel nicht der Fall war. Seine engeren Freunde sollen Gardeoffiziere und hochgestellte Beamte gewesen sein. Seine Angaben wurden zur Prüfung auf Richtigkeit der Berliner Polizei mitgeteilt. Die Wirtin sagte aus, daß er auch in Budapest stets mit älteren Herren verkehrt habe, die Polizei hat festgestellt, daß Kragujewicz aus Budapest keine einzige Selbendung erhalten und die Berliner Reise mit 240 Kr. angetreten hat. Ein fremdes Haar, das seinerzeit auf Engels Leiche gefunden wurde, ist zur Untersuchung an den Chemiker Dr. Jeserich, Charlottenburg, geschickt worden.

Vom Gerüst abgestürzt. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern abend in der Eldersstr. 4. Dort ist am Hause zwecks einer Reparatur ein Gerüst aufgestellt. Als die dort beschäftigten Arbeiter nun Feierabend gemacht hatten und das Gerüst ohne Aufsicht war, kletterte der achtjährige Willi Rinkinski empor, verlor aber plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit schweren Schädelverletzungen wurde er nach dem Paul-Gerhardt-Stift in der Müllerstraße gebracht.

Auf dem Rangierbahnhof der Anhalter Bahn, Weid 81, in der Nähe der Weid 78a, glitt vorgestern abend gegen 10 Uhr der Schirrman Friedrich Winkler aus Schöneberg, als er die Rangiermaschine Nr. 6153 besteigen wollte, vom Trittbrett ab. Er geriet mit dem linken Bein unter die rechte Hinterachse, wodurch es zwischen Fuß und Anie gebrochen und fast vollständig abgefahren wurde. Der Verunglückte fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

Jirkus Schumann ist nun gleichfalls wieder nach der Reichshauptstadt zurückgekehrt und hat am Sonnabend seine Eröffnungsvorstellung gegeben. Das Programm, das die Direktion den Besuchern bietet, ist so reichhaltig, daß wir uns hier nur auf einige wenige Hinweise beschränken müssen. Was zunächst die Reitkunst betrifft, so findet dieselbe hier namhafte Vertreter. Einen Tscherelessenritt führt Hrl. Ramy aus, während sich Signora Ricardo als Saltomortale-Reiterin und Hrl. Claire als Schulkriterin produzieren. Die Dressurkunst ist gleichfalls reichlich und gut vertreten, in erster Linie durch die Herdedressuren des Herrn Albert Schumann, durch Vorführung dressierter Maultiere sowie Esel und Elefanten. Am interessantesten für viele Besucher galt das dressierte Känguru h, das der Clown Armando vorführte. Neben anderen Kunststücken führte es einen regelrechten Vorkampf mit seinem Herrn aus.

Was das Auftreten der Luftvolkigeure Koeders-Reinats anbelangt, so arbeitet diese Truppe in den „höheren Regionen“ des großen Jirkus mit einer Eleganz und Sicherheit, daß der Verkauf, der ihr gesendet wurde, voll verdient war. Zum Schluß trat eine Marokkanertruppe auf den Plan, die wundervolle Gruppen bildete, von denen die Pyramide besonders sehenswert war.

Orgelkonzerte. Mittwoch, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Kapellmeister Bernhard Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Emmy Wollin-Haberlandt (Sopran), Herrn Kammerorganist Emil Diepe (Bass) und Frau Afla Spiro-Romero (Violine). U. a. Passacaglia von Bach und Psalm 84 (große Orgelkonzerte) von Reubke. Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Pfennige.

Am Donnerstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, beginnt Herr Organist Arnold Dreher in der Zionskirche (Zionskirchplatz) seine regelmäßig Donnerstags nach dem 15. jeden Monats stattfindenden Konzerte. Derselbe beabsichtigt in diesem Winter mehrere Kompositionen abzugeben. Das Programm des Konzerts am 17. d. Mts. bringt ausschließlich Kompositionen von G. F. Händel. Mitwirkende: Frau Martha Dreher-Wolff (Sopran), Herr E. Goeldner und A. Dreher (Bariton) und Frau Bianca Becker-Samalewska (Violine). Es werden u. a. Duette aus Judas Maccabäus und Samson (für 2 Vöfse) gesungen. Eintritt frei. Programm mit Text 10 Pf.

Die Schwedler Straße von der Kleinstraße bis zur Bernauer Straße wird behufs Umpflasterung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte“ veranstaltet seinen 213. Vortrag- und Beobachtungabend am Mittwoch, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im Hofsaal der Treptow-Sternwarte, der während des Neubaus im Restaurant Anape, vormals Jenner, Treptower Chaussee 22, eingerichtet ist. Auf der Tagesordnung steht ein Lichtbildvortrag des Herrn Dozent Jens Lüben über das interessante Thema: „Die Spektroskopie in ihrer Anwendung auf die Himmelskunde“. Nach dem Vortrage wird mit dem großen Fernrohr Saturn, dessen Ringsystem jetzt wieder deutlich sichtbar ist, gezeigt.

Feuerwehrbericht. Am Sonntag früh gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Chausseestraße 22 gerufen. Eine Gefahr war nirgends zu entdecken. Einem Feuermann glückte es schließlich, den Täter in der Person eines gewissen A. u. zu erwischen. Am Sonntagabend kam in der Neuen Königstraße 30 ein gefährlicher Kellerbrand zum Ausbruch. Der 1. Löschzug mußte längere Zeit Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Gleichzeitig hatte die Wehr am Mariannenplatz 23, Friedrichstraße 226, Steinwegstraße 75, Berleberger Straße 50 sowie Grünauer Straße 2 zu tun, wo Papier, Stroh, Schornstein usw. brannten. Ferner hatte die Feuerwehr am Michaeliskirchplatz 1 zu tun. Dort brannten Betten u. a. auf einem Hängeboden. Kleine Wohnungsbrände beschäftigten die Wehr in

der Bülowsstraße 102 und Gerhardsstraße 2. Der 17. Zug mußte in der Holsmannstraße 9/10 einen Brand löschen, der durch Entzündung von Papier entstanden war. Kleider u. a. wurden in der Weberstraße 2 durch Unvorsichtigkeit ein Raub der Flammen. Außerdem wurde gestern die Feuerwehre noch nach der Gelbengmeisterstraße 1, Gneifenstraße 88, Küdertstraße 5 und nach verschiedenen anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Mit dem Verbandstage deutscher Kaufmanns- und Gewerbe-gerichte beschäftigte sich am Donnerstag, den 10. September eine von der hiesigen Gewerkschaftskommission nach dem Zielischen Lokal in der Bergstraße einberufene Versammlung. Redner waren die Genossen Wetweg, Urban und Cohen. Gab der Genosse Wetweg einen übersichtlichen Gesamtbericht, so behandelte Genosse Urban recht eingehend die Konkurrenzklause, deren gänzliche Beseitigung durchaus zeitgemäß sei. Obwohl auch auf dem Gewerbegerichtstage die schädlichen Wirkungen der Konkurrenzklausel zugehört wurden, so konnte man sich doch nicht zur Forderung der gänzlichen Beseitigung aufschwingen. Genosse Cohen wies an der Hand reichlichen Materials nach, daß selbst Interessententeile, wenn auch mit belanglosen Vorbehalten, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zugeben haben, und daß die bedingungslose Aufhebung dieser Bestimmungen gefordert werden müsse. Genosse Urban brachte einige besonders krasse Fälle in Sachen der Konkurrenzklausel zur Kenntnis der Versammlung. Ein Fall sei zu verzeichnen, nach dem ein Vertreter der Firma Wertheim gegen eine Verkäuferin, welche im Kaufhause des Westens eingetreten war, vor dem Kaufmannsgericht die Verhängung von Haftstrafe beantragt hatte. Daß auch die Arbeiter mit jener Klausel belästigt werden, beweist der Fall des Bedenkönigs Freiherrn von Hohl zu Herznheim in Worms, der seinen Arbeitern bei Wochenlöhnen von 24 M. 5000 M. Konventionalsrate für den Fall auferlegt, wenn sie in bestimmter Zeit in einem Konkurrenzbetriebe eintreten. Die Konkurrenzklausel sei eine soziale Missethat, ihre gänzliche Beseitigung sei die Forderung des Tages. Genosse Cohen verbreitete sich des näheren über die Referate über: „Angliederung der Schlichtungskommission an die Einigungsämter“ und: „Vertretung vor dem Einigungsamt“. Er stellt aktenmäßig fest, daß die von den Referenten aufgestellten Vorschläge der Praxis nicht entsprechen, was ihm allerdings sehr wohl bemerkt worden sei. Das Verhalten des Stadtrats Dr. Glucksmann-Rigdorf, der zu der Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen war, wurde vom Genossen Cohen unter lebhafter Zustimmung der Versammlung als ungebührlich bezeichnet. Dieser Herr konnte es sich nicht verkneifen, am nächsten Tage in seinem Schlusssatz die am Tage vorher erledigte Angelegenheit nochmals anzuschneiden. Zur Sicherung von Bauforderungen sprach nach Genosse Haese, der besonders Sicherstellung der Löhne der Bauarbeiter verlangt.

Genosse Urban ersucht dann noch die Anwesenden, soweit es ihnen möglich, die im Kaufmannsgewerbe tätigen Personen dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen zuzuführen, damit der Kampf gegen die Konkurrenzklausel immer wirkungsvoller gestaltet werden kann.

Sichtenberg.

Ein Rohrbruch an der Kronprinzen- und Oberstraßen-Ecke veranlaßte gestern eine erhebliche Ueberschwemmung. Die Feuerwehre wurde alarmiert, um den Keller eines Hauses auszusumpfen. Es wurde auch nach der Polizei geschickt, aber die hatte keine Zeit, erst nach reichlich einer halben Stunde kam ein Vertreter.

Friedrichsfelde.

Als eine Gemeindevertretung im Umherziehen wird sich in Zukunft die Vertretung von Friedrichsfelde zu betrachten haben. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hatte sich nämlich mit dem Antrag verschiedener Gemeindevertreter aus Karlshorst zu beschäftigen, die Sitzungen der Gemeindevertretung abwechselnd in Friedrichsfelde und Karlshorst abzuhalten. Dieser Antrag wurde damit begründet, daß die Karlshorster Bürger den Wunsch hätten, auch einmal den Sitzungen der Vertretung beizuhören zu können; es wird sogar verlangt, daß auch einzelne Kommissions-sitzungen in Karlshorst abgehalten seien. Gegen diesen Ausdruck des Lokalpatriotismus wendeten sich verschiedene Redner, so Genosse Binseler, der Bürgermeister, die Schöffen Neßke und Gerhardschek. Der Antrag sei, so sagte der Bürgermeister, nicht geeignet, die Gegenseite zwischen den beiden Ortsteilen zu mildern, zumal die Gemeinde in Karlshorst gar keine eigenen Umkleenräume besitze. Alle Einwände halfen aber nichts, der Antrag der Karlshorster Gemeindevertreter wurde mit 13 Stimmen angenommen. Als Lokal für Abhaltung der Gemeindevertreter-sitzungen in Karlshorst wurde das Restaurant „Fürstenthaus“ in Aussicht genommen.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Eine umfangreiche Tagesordnung beschäftigte die Stadtverordnetenversammlung in der ersten Sitzung nach den Ferien. Die Wahl des in der ersten Abteilung gewählten Herrn Dr. Lehmann wurde für gültig erklärt und es fand im Anschluß an diese Beschlußfassung die Einführung desselben statt. Der Vorsteher gab Kenntnis von zwei Amtsniederlegungen, und zwar von der des Herrn Willnow als Magistratsmitglied und der des Herrn Gilow als Stadtverordneter (zweite Abteilung). Während der Vorsteher zur Renewahl eines Magistratsmitgliedes die Versammlung zum 2. Oktober einlud, soll die Erneuerung für Herrn Gilow mit den im November vor sich gehenden Ergänzungswahlen vorgenommen werden. Die Wahl eines stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers nahm längere Zeit in Anspruch. Von der liberalen Fraktion war Stadtv. Cuny vorgeschlagen. Unsere Fraktion verlangte gemäß ihrer Stärke ebenfalls einen Sitz in der Leitung und schlug den Genossen Wolf vor. Die stärkste Fraktion der Versammlung, die Freie Vereinigung bürgerlicher Stadtverordneter, präsentierte keinen Kandidaten aus ihrer Mitte, sondern stimmte für Pleßow, welcher ebenfalls Mitglied der Liberalen ist. Das Ergebnis war: für Pleßow wurden 12, für Wolf und Cuny je 10 Stimmen abgegeben; 2 Zettel waren unbeschrieben. Das Los entschied, daß Cuny in die Stichwahl mit Pleßow kam. In der Stichwahl erhielt Herr Pleßow 18, Cuny 7 Stimmen. Da Herr Pleßow aber die Wahl ablehnte, wurde ein dritter Wahlgang notwendig. Die Liberale Fraktion hielt wieder die Kandidatur Cunys aufrecht, unsere Genossen gleichfalls die des Genossen Wolf. Die größte Fraktion gab weiche Zettel ab, so daß Wolf mit 11 gegen 9 Stimmen, die auf Cuny fielen — 1 Stimme fiel auf Lucht — gewählt wurde. 18 Zettel waren unbeschrieben.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es beim Punkte: „Errichtung eines städtischen Friedhofes“, ein Antrag, welchen die Freireligiöse Gemeinde gestellt hatte. Genosse Herbst begründete den Antrag, indem er ausführte, daß der Antrag einem längst gehegten Wunsche zahlreicher Einwohner entspreche. Die hohen Gebühren für die Bestattung mit einem Aufschlage von 25 Proz., die die Kirchengemeinde auf ihrem Friedhofe für diejenigen Einwohner festgesetzt hat, welche nicht der evangelischen Kirche angehören, sprechen für Annahme des Antrages selbst. Auch die Vorkommnisse bei Beerdigungen, die in einem Fall sogar zur Anklage wegen Hausfriedensbruchs führte, könnten sich vermeiden lassen durch die Errichtung eines städtischen Friedhofes. Herr Dr. Göhring (Freie Vereinigung) will zunächst die Stärke der Freireligiösen Gemeinde wissen, außerdem koste die Stadt die Durchführung des Antrages ein Stück Geld. Von der liberalen Fraktion erklärt Stadtv. Lucht, sich den Ausführungen des Herrn Dr. Göhring anschließen zu müssen. Bevor man diesen Antrag annehme, sei die Kostenfrage zu regeln. Genosse Wolf meinte, daß die Stärke der Freireligiösen Gemeinde nicht in Frage komme. 60 Proz. der Einwohnerzahl, die politisch hinter seiner Fraktion stehen, seien für den Antrag. Auf eine Bemerkung des Stadtv. Schulze, daß auf

einem städtischen Friedhofe die Polizei ebenfalls Nachtbefugnisse besäße und die unlieblichen Vorkommnisse auch dann nicht beseitigt würden, wiesen unsere Redner darauf hin, daß jetzt nicht die Polizei die Schuldige sei, sondern diese erst stets auf Antrag der Kirchengemeinde einschreite. Um eine Unterlage bezüglich der Kostenfrage zu haben, beantragten unsere Genossen Einsetzung einer gemischten Kommission. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und gemäß einem Vorschlage des Stadtv. Lucht beschloffen, den Antrag dem Magistrat zu überweisen.

10 Punkte der Tagesordnung betrafen Abschlässe der einzelnen Klassen, die debattelos genehmigt wurden, da das Assessorat diese geprüft hatte. Trotzdem in den Positionen Staatsüberschreitungen von 85 861,58 M. eingetreten sind, bleibt doch ein Ueberschuß von 57 718,98 M. Der Magistrat wird noch über die Verwendung des Ueberschusses entsprechende Vorschläge bringen. Von einigen wichtigen Rechnungsabschlüssen ist die Endsumme in Ein- und Ausgabe: Staatssteuerkonto 100 733,73 M., Städtische Kanalisation 209 477,70 M., Städtisches Wasserwerk 50 815,55 M., Realschule 86 796,25 M. — Der Antrag des Magistrats auf nachträgliche Bewilligung von 150 M. für zwei Delegierte zum Verbandstage deutscher Kaufmanns- und Gewerbevereine in Jena wird einstimmig angenommen. Eine Anfrage des Stadtv. Dr. Schulze, wie hoch sich die Kosten für jede Sache bei Streitfällen vor dem Gewerbegericht belaufen — in Hannover soll die Summe 35 M. betragen — beantwortet Herr Bürgermeister Dr. Langebans dahin, daß sich dieser Satz auf etwa 7 M. in Köpenitz stellt. Zum 6. preussischen Stadttag in Königsberg i. Pr. wird seitens der Versammlung der Vorsteher Herr Weide entsendet.

Durch Verzug oder Niederlegung sind einige Schiedsmännerposten zu besetzen. Die Versammlung wählt demgemäß für den 1. Bezirk (Gegend Grünstraße) Herrn S. Mühl zum Schiedsmann, zum Stellvertreter Herrn Fr. Koppe, Kieker Straße 8; im 2. Bezirk (Gegend Alter Markt) Herrn W. Müller, Wilhelmstraße, als dessen Stellvertreter Herrn Seier; im 3. Bezirk (Gegend Bahnhofstraße) Herrn G. Burmann zum Schiedsmann-Stellvertreter.

Für die Ablösung der Lieferung von Deputatholz an den Oberprebiter beantragt der Magistrat Zahlung des Pfahnen Betrages für 90 Raummeter a 5 M., also 11 250 M. Jährlich sind 90 Raummeter zu liefern, und zwar auf Grund einer alten gesetzlichen Bestimmung. Die Versammlung stimmt dem zu. — Bezüglich des Ausschleusens aus dem Kreise Teltow haben sich die Ausschüsse für eine Einigung geäußert. Der Magistrat will einen Bericht über den Stand der Angelegenheit geben, was jedoch in der breiten Öffentlichkeit nicht angängig erscheint. Der Magistrat beantragt deshalb Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Kenntnisnahme näherer Mitteilungen. Debattelos wird der Antrag angenommen und ein neugliederter Ausschuß eingesetzt. Unsere Fraktion ist in demselben durch die Genossen Herbst, Nieke, Wolf vertreten. — Die Vorlage des Magistrats betreffend das Ortsstatut für ein Schulatorium für die Realschule wird ebenfalls einem Ausschusse überwiesen. In der Debatte über diese Vorlage wurde von dem Vertreter unserer Fraktion erklärt, daß diese Vorlage unannehmbar sei, wenn nicht die Bestimmung, wonach die Mitglieder des Kuratoriums von der vorgeschriebenen Behörde bestätigt werden sollen, gestrichen werde. Der Kommission für diese Vorlage gehören von unserer Fraktion die Genossen Wolf und Wihler an.

Für die Verbreiterung der Brücke über das Mühlenfließ in der Friedrichshagener Straße werden 12 500 M. nachgefordert. Die Brücke war zuerst in einer Breite von 15 Meter geplant; sie soll jedoch jetzt 20 Meter in der Breite erhalten. Die Pfahnarbeiten sollen über die Brücke hinaus bis zum Anschluß an das Pfahnen der Straße ausgeführt werden. Die Arbeiten sollen sofort beginnen. Die Mehrforderungen wurden einstimmig bewilligt. — Der Rest der Tagesordnung betraf kleinere Sachen.

Der erste Theaterabend in dieser Saison, vom Bildungsausschuß arrangiert, findet am 15. Oktober statt. Gegeben wird „Der rote Leutnant“. Wie in den Vorjahren, finden die Theater-vorstellungen auch wieder im Stadttheater statt.

Reinickendorf.

Ein gewaltiger Brand kam am Sonntag abend kurz vor 6 Uhr in Reinickendorf-West in dem Getreidepeicher der Fouragehandlung von S. St a m a n n, Scharnweberstraße 146/147 zum Ausbruch. Als die freiwilligen Feuerwehren von Reinickendorf-West und Ost anrückten, war das Feuer schon weit fortgeschritten. Seltene Flammen schlugen an allen Ecken aus dem zweistöckigen, langgestreckten Speichergebäude. Die großen Futter- und Getreidevorräte, die in dem Speicher lagerten, führten dem Feuer immer neue Nahrung zu, und bald brannte der Speicher in seiner ganzen Ausdehnung. Auf den weit hin sichtbaren Feuerschein hin waren auch die Feuerwehren aus Nieder-Schönhausen, Tegel, Wittenau, Wilhelmshagen und Köpenitz zu Hilfe geeilt. Da von vornherein klar war, daß von dem Speicher nichts mehr gerettet werden konnte, so richteten die Feuerwehren ihr Hauptaugenmerk darauf, die angrenzenden Wohngebäude, die stark gefährdet waren, zu schützen. Unausgeseht wurde aus einer ganzen Reihe von Schlauchleitungen Wasser gegeben, doch erst nach zweistündiger Vöschstätigkeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten, weshalb die fremden Wehren wieder abzückten. Die Ortswehren hatten aber mit der vollständigen Ablösung und Aufräumung bis gegen Mitternacht am Brandplatz zu tun. Das Speichergebäude, das etwa 20 Meter lang und ebenso breit war, brannte vollständig nieder. Nur die fahlen Mauern stehen noch. Da neben den großen Fourage- und Getreidevorräten auch mehrere Schrot- und Häckselschneidemaschinen vollständig vernichtet wurden, so ist der entstandene Schaden ganz bedeutend. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts ermittelt. Der Brand hatte zahlreiche Berliner Ausflügler angelockt, die bis gegen Mitternacht die Brandstätte umstanden.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Binnen kurzer Zeit wird mit den Arbeiten zur Verlegung des Druckrohrs nach Virchow und der einzelnen Kanäle in unserem Ort begonnen werden. Zu diesem Zweck soll ein Kanalisationsbaureue errichtet werden, und zurzeit werden mit einem Ingenieur, zwei Kanalisationsbauingenieuren und einem Vermessungsingenieur die Vorarbeiten vorgenommen. Eine Vergrößerung der Beamtenzahl wird vorgenommen, wenn die Arbeiten es erfordern. Professor Virx, der Verfasser des Kanalisationsprojektes, war vertraglich verpflichtet, bis zum 6. September ein spezielles Projekt vorzulegen, nachdem die Regierung eine generelle bereits genehmigt hatte. Es wurde ihm jedoch eine Nachfrist bis zum 1. Oktober genehmigt, da die Fertigstellung besonderer Umstände halber zurückgeblieben ist. Die Bewirtschaftung des Riesegutes erfordert die Einstellung ständiger Arbeiter, und ist die Gemeinde bemüht, Arbeiterwohnungen zu schaffen, da im Ort solche nicht zu haben sind. Dem Gemeindebauverein war vor einiger Zeit ein zinsfreies Darlehen von 60 000 M. gewährt worden. Diese Summe sollte der Kreis an die Gemeinde gegen 4 Proz. Zinsen vorstehen. Nunmehr erklärt der Kreis, keine Mittel zu besitzen, und machte den Vorschlag, eine Anleihe bis zur Höhe von 60 000 M. bei der Kreisbank aufzunehmen. Diese Summe sollte dann mit 1 1/2 Proz. amortisiert werden. Der Gemeindebauverein ist natürlich nun auch mit 50 000 M. zufrieden, nach dem Negativ ein Sperling in der Hand ist besser als zehn auf dem Dache. Selbstverständlich wurde die Vorlage gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. — Der Zinsfuß der Sparkasse wurde von 3 auf 3 1/2 Proz. erhöht. Die Erhöhung tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. — Die Rejsierung von Hochlinien für das zwischen Falkenberg und Berliner Straße sowie zwischen Rembahn und Berliner Straße liegende Gelände wurde nach dem Plane des Stadthaurats Verlach in Schönberg genehmigt.

Bernau.

Unter den üblichen Zeremonien wurde am Sonntag die neu-erbaute katholische Kirche eingeweiht. Die Religion muß doch dem Volke erhalten werden.

Potsdam.

Der zum Kronquitt Vornstiel gehörige frühere Schaffhof, welcher zur Aufbewahrung von Getreidevorräten diente, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag niedergebrannt. Es liegt wiederum, wie im Vorjahre beim Scheunenbrand, Brandstiftung vor. Das Schloß war nicht in Gefahr, da dasselbe etwa 2 Kilometer von der Brandstätte entfernt liegt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Fuhrwerksdiebstahl.

Der mit einer ziemlichen Portion Diebesfurchheit am helllichten Tage verübt worden war, lag einer Anklage zugrunde, welche vorgestern den Fuhrmann Mag Rost und den Klavierspieler Friedrich Schneider vor die 3. Ferienstrassammer des Landgerichts I führte. Am 25. Januar d. J. hatte ein Kutscher der Wafschanstalt „Lohengrin“ in einem Hause der Fürstentwader Straße Wäsche abgeliefert. Als er nach wenigen Minuten wieder auf die Straße trat, war das Fuhrwerk verschwunden. Einige Tage später erschienen bei dem Pferdehändler Brandt in Köpenitz zwei Männer; der eine stellte sich als „Fuhrherr Theodor Blank“ vor, der zweite gab sich als Kutscher aus und erklärte, daß er im Auftrage des angeklagten Blank zwei Pferde zu verkaufen habe. Blank selbst wollte nicht als Verkäufer aus gewissen Gründen auftreten. Da die beiden Pferde sehr prächtig waren, wurde der Handel perfekt. Der angeklagte Blank, der bei der ganzen Unterhandlung mehr eine passive Rolle spielte, unterschrieb auch mit seinem Namen eine Quittung. Kurze Zeit darauf stellte es sich heraus, daß die von B. gekauften Pferde diejenigen waren, die mit dem Wäschewagen gestohlen worden waren. Die Kriminalpolizei hatte inzwischen den Dieb in der Person eines gewissen Otto Lange ermittelt, der aber den „Verrückten“ spielte und der Zerknirschung Herzberge überwies, wurde, aus der er allerdings schon wieder ausgebrochen ist. — Wegen die beiden Angeklagten wurde Anklage wegen Beihilfe zum Diebstahl erhoben. Das Gericht nahm jedoch einen gegen den Pferdehändler Brandt verübten Betrug und eine Urkundenfälschung an und erkannte gegen Schneider auf ein Jahr und gegen Rost auf drei Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Die Cholera.

Unausgeseht nimmt die Choleraepidemie in Rußland immer größeren Umfang an. Nach vorliegenden Zahlen erkrankten in den verschiedenen Gouvernements im Laufe der letzten Woche an der Seuche 2296 Personen, von denen 1026 gestorben sind. Seit dem Ausbruch der Cholera sind 6747 Personen erkrankt, 3130 davon sind gestorben. Ein Telegramm vom 13. d. Mts. besagt, daß in Petersburg im Laufe des Sonnabend 80 Neuerkrankungen und 26 Sterbefälle zu verzeichnen waren, die Gesamtzahl der Erkrankungen betrug 166. Am Sonntag kamen 118 Neuerkrankungen und 34 Todesfälle hinzu. Aus Lissib kommt die Meldung, daß dort sieben Personen an der Cholera erkrankt sind. — Nunmehr scheint die Seuche auch nach Galizien überzugreifen. Nach einer telegraphischen Meldung aus Lemberg hat der Stadtkar Dr. Zarnopol bei einem aus Rußland Zugewanderten Cholerasymptome festgestellt.

Neue Erfolge Orville Wrights.

Orville Wright überbot gestern von neuem den von ihm aufgestellten Rekord, indem er einen 74 Minuten 24 Sekunden dauernden Flug ausführte, wobei er eine Höhe von 250 Fuß erreichte. Einen zweiten Flug unternahm er mit einem Teilnehmer und blieb dabei 9 Minuten 6 Sekunden in der Luft.

Ein Gattenmörder.

In Renthhausen, Kreis West-Oberland, hat gestern abend der Tagelöhner Paul Steinbock seine Ehefrau nach vorausgegangenem Streite durch Fufstritte getödtet. Des Mörder wurde verhaftet.

25 Millionen Kapital — 350 Frank Rassenbesatz.

Wie aus Nancy gemeldet wird, nahm die Polizei gestern eine Hausdurchsuchung in den Lokalen der Société générale française et anglaise vor, welche mit einem Kapital von 25 Millionen Frank zur Förderung der Handelsindustrie und freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich gegründet worden war. Die gerichtliche Behörde beschlagnahmte die gesamten Geschäftsbücher und Korrespondenzen. Daraus nahm sie eine Offenbarung des Geldschranke vor. In diesem wurden rund 3 Frank 50 Centimes in bar vorgefunden. Eine ähnliche Hausdurchsuchung fand bei dem Direktor statt. Der Direktor ist geflüchtet. Die Gesellschaft hat mehrere Filialen, bei welchen ebenfalls Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, und zwar auf Grund einer Klage wegen Betruges. Weitere Hausdurchsuchungen stehen bevor.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, der Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 11 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen präzis zu stellen. C. Z. Wir bitten Ihren Vorbehalt für undurchführbar. Er unterbindet die gegenseitige Ansprache.

Witterungsübersicht vom 14. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. d. g. — 10 g.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. d. d. g. — 10 g.
Emmende	763 SB	4 helter	10	Haparanda	762 SWO	2 wolfig	8				
Damburg	766 SW	5 Regen	10	Vetersburg	761 SWO	2 Regen	9				
Berlin	766 SB	4 bedekt	10	Sellö	769 SW	3 wolfig	13				
Frankfurt	771 SB	4 bedekt	10	Nerbeen	769 SW	1 wolfig	13				
München	775 SW	4 wolfig	8	Paris	772 SW	— wolfig	6				
Wien	771 SB	3 helter	10								

Wetterprognose für Dienstag, den 15. September 1908.

Etwas wärmer, zunächst vielwolfig helter bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmender Bewölkung und leichter Regen. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.					
Wasserstand	am 13. 9. (am)	seit 12. 9. (am)	Wasserstand	am 13. 9. (am)	seit 12. 9. (am)
Remel, Mühl	213	+1	Saale, Großk.	113	+15
Bregel, Anterburg	—	+4	Dabel, Sandau	80	—5
Welsch, Thorn	162	—6	Antbenow	32	+4
Oder, Kallbor	161	+48	Spre, Spremberg	72	+2
Stroffen	106	—6	Deeslow	69	0
Jeanfurt	114	—4	Sejer, Wänden	—	—1
Wartze, Schimm	35	—1	Wänden	6	—3
Landberg	15	—1	Rein, Magimillandau	550	+16
Rehe, Jordanau	—	+2	Raus	294	+1
Elde, Zeltmery	—26	+18	Röll	273	—10
Dresden	—	—	Redar, Hellbronn	128	—15
Barby	78	—8	Rain, Wertheim	145	+8
Magdeburg	92	—1	Rosel, Zier	67	—

+) bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpaal.

Sozialdemokratischer Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr:

Fünf Versammlungen.

1. im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41.

Tages-Ordnung:

1. Deutschlands Schutz und Wehr. 2. Diskussion.
2. bei Soeler, Weberstraße 17.
3. bei Litfin, Remeler Straße 67.
4. in der „Drachenburg“, v. d. Schlef. Tor.
5. bei Graumann, Rammstraße 27.

Tages-Ordnung in den von 2 bis 5 angeführten Versammlungen:

„Die wirtschaftliche Krisis.“

Referenten sind die Genossen: Julian Vorchardt, Feudel, Sildebrandt, Kloth u. Kubig.
Der Vorstand.

Arbeiter u. Hausfrauen des Westens!

Mittwoch, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Königshof“,
Bülowstraße 40:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse.“

Referent: Genosse Max Barth. — 2. Diskussion. 3. Genossenschaftliches.

Schließliches Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwünscht

Die Agitationskommissionen des Westens
der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend.

S. U.: Louis Ringel, Goldammer Straße 78.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (gr. Saal),
Engel-Ufer 15:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes. Referent:
Ramerad Gustav Lano-Keipak. 2. Diskussion.

Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Einladung. 200/16

Sterbefasse 56.

Donnerstag, den 17. September,
abends 7 1/2 Uhr: Außerordentliche
Generalversammlung im Wedding-
Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7, Hof-
getradeg. Der Vorstand.

Bruch-Pollmann

empfehlen Vager in Bruchbandagen,
Leitblinden, Geradehaltern, Spritzen,
Suspensoren sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstätten
Dietrichstr. 7, u. Hälbig-Stranzenfassen
Berlin N., 24581/2

jetzt Götthringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
löten, angenehm u. weich am Körper.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 17. September, abends 8 Uhr,
bei Thiel, Bergstraße 151/152:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

„Die Urgeschichte der Kultur.“ Referent: H. H. Baego.

Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Küchenmöbel-Branche.

Mittwoch, den 17. September 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kollegen F. Klots. 2. Branchenanglegenheiten.

Zahlreiches Besuch erwünscht

Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher Branchen und Bezirke

bei Freyer (früher Keller), Köppen-Straße 20.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Reichsvereinsgesetz. Referent: Genosse Bauer. 2. Die

am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Bestimmungen des Statuts.

Referent: Kollege Saed. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bodenleger! Achtung!

Heute Dienstag, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Der Streit bei der Firma Vogel. 2. Branchenanglegenheiten.

Achtung! Portefeuille. Achtung!

Die Versammlung am 16. September findet an diesem Tage

nicht statt.

Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet in der Urania,

Laudenstr. 45/49, eine Vorstellung: Eine Walfahrt bis zum ewigen

Salarakt statt. Billets a 70 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Vertrauens-

leitern und auf dem Bureau, Seebastianstr. 4, I zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 36162*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
an der Mariannen-Straße 2.

BERLIN S.

Oranien-Platz

Meine Abteilung für

Knaben-Bekleidung

ist in Herbst- und Winter-Neu-
heiten sehr reichhaltig sortiert
und unerreicht preiswürdig.

Blusen-Anzüge aus kräftigem, blauem Che-
viot mit Tressen-Garnierung Gr. 1 M. 3.50

Sammet-Anzüge Blusen-Fasson mit gold.
Knöpfen und Tresse . . . Gr. 1 M. 4.75

Joppen-Anzüge aus haltbarem Cheviot in
vielen Dessins Gr. 1 M. 3.25

Jackett-Anzüge aus prima Herren-Stoffen Für 9-10
erstklassig verarbeitet Jahre. M. 15.50

Einsegn.-Anzüge aus prima Stoffen, Ersatz von M. 18.-
für Maßarbeit

Knaben-Paletots u. Pyjacks in allen Größen
und Preislagen.

R. M. Maassen

Deutschlands größtes Spezial-Haus
für Damen- u. Kinder-Konfektion

Große Auswahl in Original-Bleyle-Anzügen



Praktischer Kinderwagen Dreifach
schubbar auf u. niederbewegend, erhält
die elegant zum Herbstpreise 10 Proz.
Nebst dem von d. Kinderwagenfabrik
Jul. Tretbar in Grimma 134

Kenner rauchen nur

Zeppelin-Zigarre

Marke: **Luftig-Duftig**

in Originalpackung, gesetzl. geschützt. Feinste G. 8 und
10 Pf.-Zigarre. Milde und aromatisch. Nachahmung wird
gerichtlich verfolgt. Vertretung: Leo Ansbach, Berlin O.,
Blankenfelde Str. 3.

Größere Posten, heut im Betrage

Berlin, den 12. Sept. 1908.

von 193 609 Mark Gardinen, Stores,

:: :: Bettdecken, Zierdecken, Zuggardinen, Scheibenschleier usw. :: :: ::
in bekannter Gediegenheit eminent billig. — Grosso-, Einzelverkauf. — Ungenierte Besichtigung.
— Darunter hervorragende Gelegenheitskäufe, soweit der Vorrat reicht. —

Weit unter Preis:

- | |
|---|
| Abgepaßte Gardinen z. B. Paar jetzt 3.90 M. statt 6.00 M., Paar jetzt 5.60 M. statt 9.00 M. |
| Metergardinen Mtr. jetzt 50 Pf. statt 80 Pf., Mtr. jetzt 75 Pf. statt 1.25 M. |
| Stores Stck. jetzt 3.60 M. statt 5.25 M., Stck. jetzt 4.75 M. statt 7.50 M. |
| Erbstüllstores Stck. jetzt 4.50 M. statt 6.25 M., Stck. jetzt 9.80 M. statt 14.50 M. |
| Scheibengardinen Mtr. jetzt 25 Pf. statt 35 Pf., Mtr. jetzt 45 Pf. statt 60 Pf. |
| Tüllbettdecken Stck. jetzt 1.90 M. statt 2.50 M., Stck. jetzt 4.75 M. statt 6.75 M. |
| Erbstüllbettdecken Stck. jetzt 6.00 M. statt 8.00 M., Stck. jetzt 10.50 M. statt 15.00 M. |
| Spachtelrouleaux Stck. jetzt 1.70 M. statt 2.50 M., Stck. jetzt 3.90 M. statt 5.50 M. |

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

- | | |
|--|---|
| C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor. | O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße. |
| SO. Wiener Straße 11, gegenüber der Hochbahn. | O. Niederbarnim-Straße 13, Ecke Boxhagener Straße. |
| S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüb. Boppstr. | O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle. |

Ohne jede Anzahlung. Verkauft ich erstklassiges Fabrikat. (9 Mal prim. Staatsmedaille.) In allen Holz- u. Stilart, v. wunderb. Tonfälle (Füßgelenk), gegen kleine monatl. Teilzahlg. ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie. Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1, Ecke Karl-Liebknecht-Str. Auch Sonntags geöffnet. Tel. Charlottenb. 10410.

Engelhardt-Malzbier. Preis 10 Pf. pro Flasche. Branerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow. Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Sofastoffe. Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-, Reste! Moquette, Plüsch, Satteltaschen. Muster b. n. Angabe franko. Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 150.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt IV, 8014.

Carmen Sylva Cigaretten. Beste Qualitäten.

Hut-Salinger. Engros Spezialhaus für Neuheiten Export in Filzhüten, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claque usw. Einzelverkauf zu sehr billigen u. streng festen Preisen. Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz. Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Ruhigster Schlaf auf neuesten, absolut geräuschlosen Patent-Matratten von Westphal & Reinhold, Berlin, Charlottenstr. 29/30. Beachte Stempel! Überall erhältlich. Metallbettstellen in jeder Preislage.

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Steppdecken, Vollsäckel und Stuhlbezüge 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. Portieren, Blisettstuck, 2 Stühle, 1 Kambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1167R*

Augen, Paletts nach Maß aus Ia Stoffen, Ronets- und nicht abgeholte Sachen haunend billig. Wäschereiberei Vog, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenhellerort. 1000B

Milchgeschäft, 13 Jahre bestehend, billig zu verkaufen Lohndorferstraße 44. Obhandlung, Eglitz, zwischen zwei Bahnhöfen, Königgräberstraße 31, Laden. 1000B

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhofsgebäude, direkt Hochbahnstation, modernste, schönste, bequemste Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Büchertische, Bibliotheken, Ankleidekabinen, Kuchentische, Bronzestaturen, Delgemälde, Schreibische 25,00, Aufbetten mit prachtvoller Damastdecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salontische, schon 14,00 bis zu allergrünsten Salontischen, allerliebste Himmerteppiche 8,00, reichgehaltene Liebergarnituren, Spachtelkuchen, Kuchentische, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Blüschdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten, Übernahme vollständiger Warenlager, Büchereien, Konstruktions- und Beschleunigung, Möbelfabrik, Lagerung. 1146R*

Möbelgeschäft, täglich 240 Liter, 28,00 Badewaren, Preis 2400, Miete 525, Karstadt, Wilmersdorf, Döllnbeinstraße 50. 1599B

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischler, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Arbeit. Ebert, Friedrichstraße 44, vorn. 143

Verkäufe. Steppdecken, Vollsäckel und Stuhlbezüge 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. Portieren, Blisettstuck, 2 Stühle, 1 Kambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1167R*

Milchgeschäft, 13 Jahre bestehend, billig zu verkaufen Lohndorferstraße 44. Obhandlung, Eglitz, zwischen zwei Bahnhöfen, Königgräberstraße 31, Laden. 1000B

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhofsgebäude, direkt Hochbahnstation, modernste, schönste, bequemste Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Büchertische, Bibliotheken, Ankleidekabinen, Kuchentische, Bronzestaturen, Delgemälde, Schreibische 25,00, Aufbetten mit prachtvoller Damastdecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salontische, schon 14,00 bis zu allergrünsten Salontischen, allerliebste Himmerteppiche 8,00, reichgehaltene Liebergarnituren, Spachtelkuchen, Kuchentische, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Blüschdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten, Übernahme vollständiger Warenlager, Büchereien, Konstruktions- und Beschleunigung, Möbelfabrik, Lagerung. 1146R*

Möbelgeschäft, täglich 240 Liter, 28,00 Badewaren, Preis 2400, Miete 525, Karstadt, Wilmersdorf, Döllnbeinstraße 50. 1599B

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischler, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Arbeit. Ebert, Friedrichstraße 44, vorn. 143

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischler, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Arbeit. Ebert, Friedrichstraße 44, vorn. 143

Verkäufe. Steppdecken, Vollsäckel und Stuhlbezüge 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. Portieren, Blisettstuck, 2 Stühle, 1 Kambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1167R*

Milchgeschäft, 13 Jahre bestehend, billig zu verkaufen Lohndorferstraße 44. Obhandlung, Eglitz, zwischen zwei Bahnhöfen, Königgräberstraße 31, Laden. 1000B

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnhofsgebäude, direkt Hochbahnstation, modernste, schönste, bequemste Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Büchertische, Bibliotheken, Ankleidekabinen, Kuchentische, Bronzestaturen, Delgemälde, Schreibische 25,00, Aufbetten mit prachtvoller Damastdecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salontische, schon 14,00 bis zu allergrünsten Salontischen, allerliebste Himmerteppiche 8,00, reichgehaltene Liebergarnituren, Spachtelkuchen, Kuchentische, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Blüschdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten, Übernahme vollständiger Warenlager, Büchereien, Konstruktions- und Beschleunigung, Möbelfabrik, Lagerung. 1146R*

Möbelgeschäft, täglich 240 Liter, 28,00 Badewaren, Preis 2400, Miete 525, Karstadt, Wilmersdorf, Döllnbeinstraße 50. 1599B

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischler, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Arbeit. Ebert, Friedrichstraße 44, vorn. 143

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Tischler, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Garderobereinigung, sucht Arbeit. Ebert, Friedrichstraße 44, vorn. 143